



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 7/8 · Juli/August 1999 · 54. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1998

Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte
in Hessen im Januar 1998

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in regionaler Sicht

Finanzstatistik — Auf dem Weg zu neuen Datenangeboten

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel

„Hessischer Umwelt-Monitor“ · Ausgabe 3/99



Seit Heft 1 · 99 auch auf
Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Sozialleistungen	
Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	202
Haushalte	
Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	208
Verkehr	
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in regionaler Sicht. Von <i>Udo Kroschewski</i>	213
Öffentliche Finanzen	
Finanzstatistik — Auf dem Weg zu neuen Datenangeboten. Von <i>Günter Rapior</i>	221
Landwirtschaft	
Der Anbau auf dem Ackerland zur Ernte 1999. Von <i>Carsten Beck</i>	225
Unternehmen	
Rhein-Main-Gebiet zeigt sich dynamisch. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	227
Energiewirtschaft	
32 Mrd. kWh erzeugt. Von <i>Manfred Frosch</i>	230
Daten zur Wirtschaftslage	231
Ganz kurz . . .	237
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	239
Arbeitsmarkt	239
Landwirtschaft	240
Verarbeitendes Gewerbe	240
Öffentliche Energieversorgung	240
Baugewerbe, Baugenehmigungen	241
Einzelhandel und Gastgewerbe	241
Außenhandel	242
Fremdenverkehr, Verkehr	242
Geld und Kredit	243
Preise	243
Steuern	244
Löhne und Gehälter	244
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4
Hessischer Umwelt-Monitor (Nr. 3/99)	grüner Teil

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 1999
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — URL: <http://www.hsl.de>

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,50 DM (Doppelheft 9,00 DM), Jahresabonnement 45,00 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 7,00 DM (Doppelheft 14,00 DM), Jahresabonnement 75,00 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 90,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

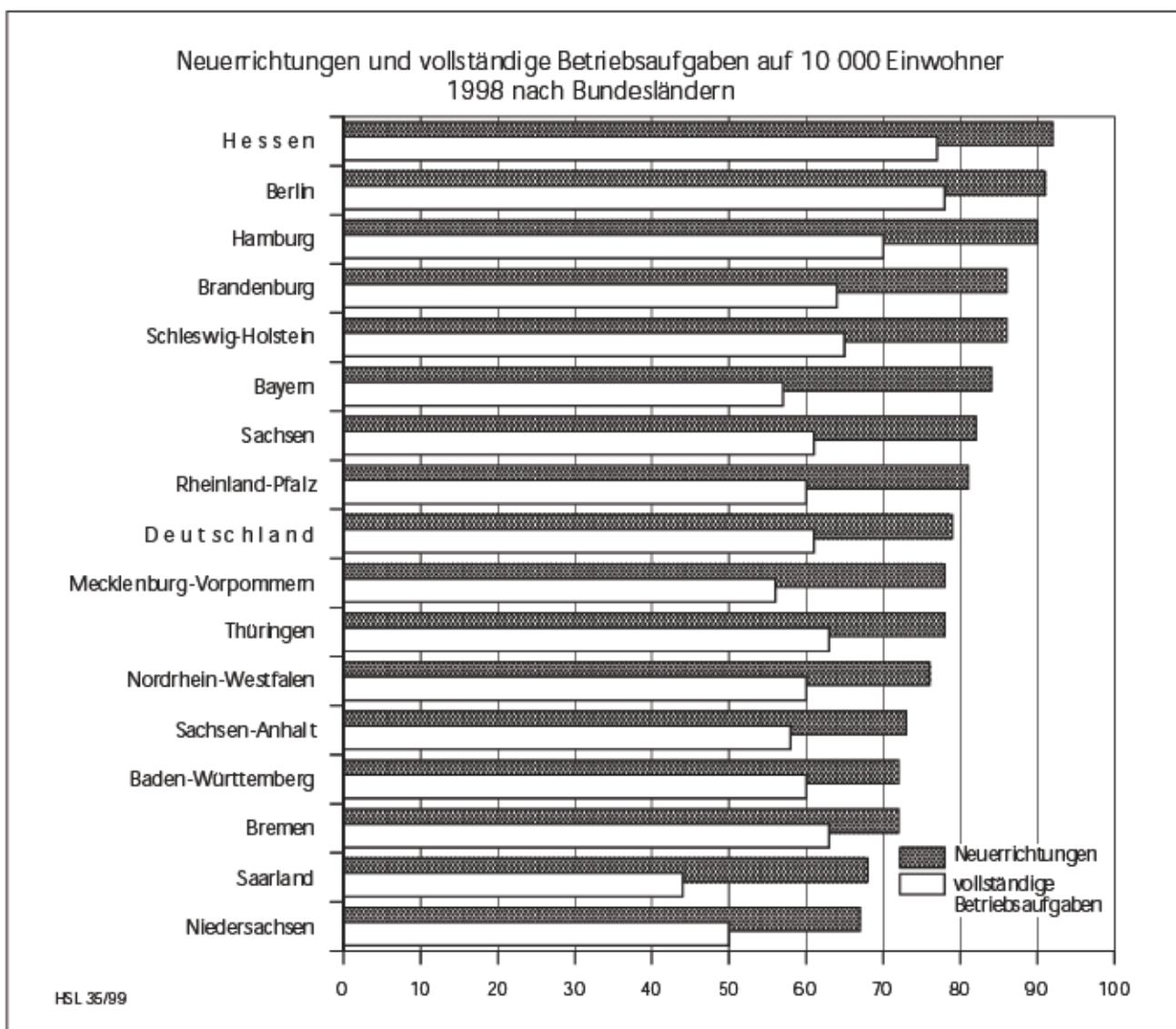
Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
. = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1998

Erstmals nach der Neuordnung der Sozialhilfestatistik im Jahr 1994 konnten zum festgesetzten Abgabetermin an das Statistische Bundesamt endgültige Ergebnisse über den finanziellen Aufwand bei Sozialhilfe und Leistungen für Asylbewerber im Jahr 1998 geliefert werden. Damit wird eine aktuelle Berichterstattung über dieses Thema ermöglicht, nachdem erst Anfang dieses Jahres die Daten für 1997 kommentiert worden waren. Der Bruttoaufwand für die Leistungen an Empfänger beider Teilbereiche zusammen lag 1998 in Hessen um 51 Mill. DM oder gut 1 % niedriger als im vorangegangenen Jahr. Damals waren die Aufwendungen gegenüber 1996 sogar um 333 Mill. DM oder fast 7 % gesunken. Während es bei den Leistungen für Asylbewerber erneut einen kräftigen Rückgang um 84 Mill. DM oder fast 14 % auf 528 Mill. DM gab, blieben die Bruttoausgaben für die Sozialhilfe im eigentlichen Sinne mit 4 Mrd. DM nahezu unverändert. Dabei waren zwischen einzelnen Hilfearten durchaus gegenläufige Entwicklungen zu beobachten, zum Beispiel ein erneuter Anstieg der Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte oder die Krankenhilfe und eine weitere Abnahme bei der Hilfe zur Pflege. Andererseits sind gerade im zuletzt genannten Bereich die Einnahmen der Sozialhilfeträger durch Wegfall der entsprechenden Kostenerstattungen oder Leistungen anderer Träger so stark gesunken, daß die Nettoausgaben der Sozialhilfe letztlich um 111 Mill. DM oder gut 3 % höher waren als 1997. Auf regionaler Ebene waren nach wie vor teilweise erhebliche Unterschiede sowohl in der Entwicklung als auch in der Belastung festzustellen. Bei der Sozialhilfe waren im wesentlichen die kreisfreien Städte, bei den Asylbewerberleistungen die Landkreise stärker betroffen.

Vorbemerkungen

Die Neuordnung der Sozialhilfestatistik im Jahr 1994, verbunden mit der Einführung einer eigenständigen Asylbewerberleistungsstatistik¹⁾, hatte über einen längeren Zeitraum zu Verzögerungen bei der Lieferung der Formulare und der Fertigstellung der Ergebnisse geführt, die teilweise auch durch die erforderliche Umstellung der kommunalen Haushaltsgliederung bedingt waren. Erstmals ist es jetzt für das Jahr 1998 gelungen, zum festgesetzten Abgabetermin an das Statistische Bundesamt (Mitte Mai) endgültige Ergebnisse über den finanziellen Aufwand bei Sozialhilfe und Leistungen für Asylbewerber zu liefern, während in den Vorjahren bis zu diesem Zeitpunkt lediglich Vorwegberechnungen — allerdings auf der Basis fast aller Träger — vorgelegt werden konnten. Für die rechtzeitige Lieferung der Unterlagen an das Hessische Statistische Landesamt sei an dieser Stelle sämtlichen Trägern ausdrücklich gedankt. Damit wird nun eine aktuelle Berichterstattung über dieses Thema ermöglicht, nachdem erst Anfang dieses Jahres die Daten für 1997 kommentiert worden waren²⁾. Daneben dürfte jedoch auch in qualitativer Hinsicht eine weitere Verbesserung der Ergebnisse erzielt worden sein. Eine Prüfung der Buchungen für das Jahr 1997 bei allen örtlichen Trägern der Sozialhilfe durch den Hessischen Landesrechnungshof im vergangenen Jahr sollte zumindest dazu geführt haben, die teilweise festgestellten Mängel zu beseitigen und damit die früher nicht seltenen nachträglichen Berichtigungsanträge für den Sozialhilfelausgleich überflüssig zu machen.

Für einen groben Überblick über die Entwicklung werden zu Beginn die Ergebnisse zusammengefaßt dargestellt, weil nur

in dieser Form ein längerfristiger Vergleich mit den Daten von 1993 oder früher zu gewährleisten ist. Ansonsten müssen die Aufwendungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) beziehungsweise nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gesondert behandelt werden, zumal auch in sachlicher Hinsicht nicht mehr bei allen Leistungsarten für die beiden Empfängerkreise Deckungsgleichheit besteht. Andererseits wurde jedoch auch die Vergleichbarkeit gegenüber den Vorjahren durch den gesetzlich angeordneten Wechsel der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Zuständigkeitsbereich des BSHG in den des AsylbLG erneut eingeschränkt.

Gesamtausgaben weiterhin rückläufig

Im Jahr 1998 wurden in Hessen für Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber insgesamt 4,55 Mrd. DM ausgegeben. Der Bruttoaufwand für die Leistungen an Empfänger beider Teilbereiche lag damit um 51 Mill. DM oder gut 1 % niedriger als im vorangegangenen Jahr. 1997 waren die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr sogar um 333 Mill. DM oder fast 7 % gesunken, nachdem 1996 erstmals seit der Einführung dieser Statistik nach dem zweiten Weltkrieg eine Abnahme der Ausgaben ermittelt worden war. Der bisherige Höchststand aus dem Jahr 1995 wurde sogar um weit mehr als eine halbe Milliarde Mark unterschritten. Während jedoch die Leistungen für Asylbewerber erneut kräftig zurückgingen, nämlich um 84 Mill. DM oder fast 14 % auf 528 Mill. DM, blieben die Bruttoausgaben für die Sozialhilfe im eigentlichen Sinne mit rund 4 Mrd. DM gegenüber 1997 nahezu unverändert. Kontinuierlich verringert haben sich seit der grundlegenden Gesetzesänderung im Jahr 1994 die Ausgaben für Asylbewerber um insgesamt 312 Mill. DM oder 37 %; bei der Sozialhilfe hatte es dagegen 1995 zunächst nochmals einen Anstieg um etwas über 5 % auf fast 4,4 Mrd. DM gegeben. Über den gesamten Zeitraum betrachtet, kam es jedoch auch in diesem Teilbe-

1) Vgl. „Zur Neuordnung der Sozialhilfestatistiken und zur Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 49. Jahrg., Heft 11, November 1994, S. 338 ff.

2) Vgl. „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber 1997“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 1, Januar 1999, S. 3 ff.

Entwicklung der Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen in Hessen von 1994 bis 1998

Jahr	Bruttoausgaben insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr	Von den Bruttoausgaben entfielen auf	
			Sozialhilfe gemäß BSHG	Leistungen gemäß AsylbLG
			Mill. DM	%
1994	4 997,9	6,0	4 158,1	839,8
1995	5 114,1	2,3	4 380,1	733,9
1996	4 937,4	- 3,5	4 274,3	663,1
1997	4 604,1	- 6,7	3 992,6	611,6
1998	4 553,0	- 1,1	4 025,2	527,9

reich zu Einsparungen in Höhe von 133 Mill. DM oder gut 3 %, im wesentlichen bedingt durch das Inkrafttreten der zweiten Stufe der Pflegeversicherung mit Leistungen für die kostenintensive stationäre Pflege ab Mitte 1996. Letztlich lagen damit die Bruttoausgaben für beide Bereiche zusammen im Jahr 1998 um 445 Mill. DM oder um 9 % niedriger als vier Jahre zuvor.

Leistungseinschränkungen im Asylbereich zeigen Wirkung

Die weiterhin stark rückläufige Tendenz bei den Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hat dazu geführt, daß sich seit 1994 ihr Anteil an den zuvor genannten Gesamtaufwendungen von fast 17 auf weniger als 12 % verringerte. Wesentlich dazu beigetragen hat sicher, daß die sogenannten „Leistungen in besonderen Fällen“, die für bereits länger hier lebende Asylbewerber zu zahlen waren und den Leistungen des BSHG entsprachen, stufenweise durch die abgesenkten „Grundleistungen“ nach dem AsylbLG ersetzt wurden. Während 1996 noch fast 500 Mill. DM und damit drei Viertel des Aufwands auf sie entfielen, war ihr Anteil im Jahr danach mit lediglich 297 Mill. DM auf weniger als die Hälfte der Gesamtausgaben gesunken. Für 1998 werden nur noch Grundleistungen nach § 3 AsylbLG ausgewiesen, so daß sie beim Zeitvergleich auf die Summe beider früheren Leistungsbereiche bezogen werden müssen. Daraus ergibt sich für 1998 gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme der laufenden Leistungen um 121 Mill. DM bzw. um über 22 % auf knapp 422 Mill. DM. Dagegen sind die Leistungen bei Krankheit (einschl. Schwangerschaft und Geburt) sowie die „Sonstigen Leistungen“ um jeweils deutlich mehr als die Hälfte angestiegen, was teilweise auch auf den erweiterten und damit anders zusammengesetzten Empfängerkreis zurückzuführen sein dürfte.

Auf eine weitere Einschränkung soll wenigstens hingewiesen werden, wengleich sich über eine daraus resultierende Kostendämpfung nur spekulieren läßt: Das Land Hessen hat seine Entschädigung für die Asylbewerber ab 1. Juli 1997 von

einer „spitzen“ auf eine pauschalierte Abrechnung³⁾ umgestellt. Dadurch sind die örtlichen Träger, also kreisfreie Städte und Landkreise, letztlich gezwungen, die Ausgaben so weit zu senken, daß sie nicht selbst für einen Teil aufkommen müssen. Am ehesten dürfte dies bei den Unterbringungskosten möglich sein, sofern nicht längerfristige Verträge, zum Beispiel mit Betreibern oder Vermietern von Einrichtungen, zu erfüllen sind.

Nicht einmal 26 Mill. DM, also knapp 5 % aller Ausgaben nach dem AsylbLG, waren durch Einnahmen abgedeckt; sie bestanden zu über der Hälfte aus Leistungen anderer Sozialleistungsträger, zu 35 % aus Kostenbeiträgen (einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen) und zu 14 % aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltspflichtige oder sonstigen Ersatzleistungen. Da diese Einnahmen gegenüber 1997 zusammen um über 3 Mill. DM bzw. um 10 % gestiegen sind, haben sich die reinen Ausgaben — bei einem Rückgang um fast 15 % — auf 502 Mill. DM reduziert. Sie lagen damit um rund 320 Mill. DM niedriger als 1994, dem ersten Jahr der getrennten Erhebung. Erneut verschoben haben sich die Leistungen nach der Art der Unterbringung. Während die Nettoausgaben für Empfänger in Einrichtungen 1997 noch um zwei Fünftel auf über 133 Mill. DM gestiegen waren, sind sie 1998 mit einer Abnahme um ein Viertel auf unter 100 Mill. DM deutlich stärker zurückgegangen als die Ausgaben für Empfänger außerhalb von Einrichtungen. Für Letztere wurden 1998 noch über 402 Mill. DM — und damit reichlich 11 % weniger als im Vorjahr (knapp 455 Mill. DM) — ausgegeben.

Ausgaben an Leistungsberechtigte und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1998 nach Arten

Ausgaben nach Hilfearten Einnahmen nach Einnahmearten Reine Ausgaben	Beträge		Veränderung in % ¹⁾
	1000 DM	%	
Ausgaben insgesamt	527 850,4	100	- 13,7
davon für			
Grundleistungen	421 875,4	79,9	.
Sachleistungen	125 724,2	23,8	.
Wertgutscheine	4 431,8	0,8	.
Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse	14 400,6	2,7	.
Geldleistungen für den Lebensunterhalt	277 318,7	52,5	.
Leistungen bei Krankheit ²⁾	94 488,6	17,9	52,8
Sonstige Leistungen ³⁾	11 486,5	2,2	63,3
Einnahmen insgesamt	25 649,3	4,9	10,0
davon			
Kostenbeiträge und Aufwandsersatz ⁴⁾	9 062,4	1,5	- 5,4
Übergeleitete Unterhaltsansprüche ⁵⁾	3 572,0	0,6	- 7,3
Leistungen von Sozialleistungsträgern	13 014,9	2,1	31,7
Reine Ausgaben	502 201,1	82,1	- 14,6
davon			
in Einrichtungen	99 808,9	19,9	- 25,3
außerhalb von Einrichtungen	402 392,2	80,1	- 11,5

1) Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1997. — 2) Sowie Schwangerschaft und Geburt. — 3) Einschl. Leistungen für Arbeitsgelegenheiten. — 4) Einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen. — 5) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltspflichtige sowie sonstige Ersatzleistungen.

3) Die regional gestaffelten Beträge je Asylbewerber wurden für 1998 auf 926 bis 1100 DM für die kreisfreien Städte und 800 bis 992 DM für die Landkreise festgesetzt.

Mehrausgaben bei Hilfe zur Arbeit und Eingliederungshilfe für Behinderte . . .

Im Bereich der Sozialhilfe errechnete sich für die beiden Haupthilfearten, nämlich die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), also die klassische „Fürsorge“, und die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) gegenüber 1997 ein Anstieg der Ausgaben um jeweils weniger als 1 %; er beruht allerdings aus zum Teil gegenläufigen Entwicklungen bei den einzelnen Unterpositionen. So ist der Ausgabenzuwachs bei der HLU in ihrer Gesamtheit um knapp 15 Mill. DM allein auf Mehrkosten in Höhe von 33 Mill. DM bei der Hilfe für Arbeit zurückzuführen, während die anderen laufenden Leistungen abnahmen und die einmaligen Leistungen der HLU, beispielsweise für größere Anschaffungen, stagnierten. Das Wachstum bei der HbL um insgesamt 18 Mill. DM beruhte dagegen in erster Linie auf Mehrausgaben bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und bei den „sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen“. Dazu ist allerdings anzumerken, daß genau in Höhe des genannten Betrages von 18 Mill. DM bei der letztgenannten Hilfeart in der Meldung des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 1997 enthal-

Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1998 nach Hilfearten

Hilfeart	Ausgaben für Hilfeleistungen an Berechtigte		Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾
	Mill. DM	%	%
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 910,6	47,5	0,8
darunter in Form von Hilfe zur Arbeit	177,9	4,4	22,5
Hilfe in besonderen Lebenslagen	2 114,6	52,5	0,9
davon			
Hilfe zur Pflege	576,4	14,3	- 9,2
davon			
ambulant	80,4	2,0	6,1
teilstationär	4,4	0,1	- 2,2
vollstationär	491,6	12,2	- 11,3
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 221,4	30,3	2,6
darunter			
ärztliche Behandlung, Körperersatzstücke ²⁾	35,5	0,9	11,6
heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	103,3	2,6	- 16,8
Hilfe zu angemessener Schulbildung	102,1	2,5	6,5
Beschäftigung in Werkstatt für Behinderte	274,5	6,8	3,1
Suchtkrankenhilfe	65,2	1,6	2,0
sonstige Eingliederungshilfe	636,2	15,8	5,3
Krankenhilfe ³⁾	234,4	5,8	2,1
Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen	82,4	2,0	95,3
darunter			
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	2,8	0,1	- 20,0
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	72,2	1,8	144,7
Altenhilfe	1,6	0,0	- 20,0
Insgesamt	4 025,2	100	0,8
davon			
außerhalb von Einrichtungen	2 181,6	54,2	2,6
in Einrichtungen	1 843,6	45,8	- 1,3

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Hilfsmittel. — 3) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.

ten waren und somit das Ergebnis nicht nur in diesem Bereich verfälscht wird. Es handelte sich dabei um die Unterposition „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“, für die 1997 Ausgaben von nur knapp 30 Mill. DM (statt 48 Mill. DM), 1998 aber 72 statt eigentlich 54 Mill. DM gemeldet wurden. Bei einer nachträglichen Bereinigung der Ergebnisse wären demzufolge auch die Gesamtausgaben der Sozialhilfe für die beiden Jahre auf 4,011 bzw. 4,007 Mrd. DM zu korrigieren, so daß sich daraus eine geringfügige Abnahme um 3 Mill. DM gegenüber 1997 ergeben würde.

Unabhängig von diesen Überlegungen war aber auch die Zuwachsrate bei der Krankenhilfe im Vergleich zur HbL immer noch überdurchschnittlich hoch, wenngleich sie sich gegenüber dem Vorjahr — wahrscheinlich wegen der Herausnahme der nicht krankenversicherten Bürgerkriegsflüchtlinge — von 17 auf 2 % verringert hat. Absolut betrachtet gab es mit einer Zunahme um 31 Mill. DM bei der Eingliederungshilfe für Behinderte die größte Kostensteigerung im Bereich der HbL. Damit entfallen auf diese Hilfeart mit über 1,2 Mrd. DM inzwischen gut 30 % der gesamten Sozialhilfeausgaben, obwohl innerhalb dieses Teilbereichs für heilpädagogische Maßnahmen für Kinder rund 21 Mill. DM weniger als 1997 ausgegeben wurden. In allen übrigen Unterpositionen der Eingliederungshilfe für Behinderte lagen dagegen die Zuwachsraten zum Teil deutlich über dem Gesamtdurchschnitt.

. . . aber erneut Minderausgaben bei Hilfe zur Pflege

Daß trotz aller bisher genannten Kostensteigerungen die Gesamtausgaben nahezu unverändert blieben, ist auf die erneuten Minderausgaben für die Hilfe zur Pflege zurückzuführen. Hierfür wurden 1998 nochmals 58 Mill. DM weniger ausgegeben als im Vorjahr, woraus sich ein Rückgang um 9 % auf 576 Mill. DM ergab. Weiterhin kostendämpfend hat sich vor allem im vollstationären Bereich die zweite Stufe der Pflegeversicherung ausgewirkt. Zur Verdeutlichung sei darauf hingewiesen, daß noch 1996 mit über 1 Mrd. DM fast ein Viertel des gesamten Sozialhilfeaufwands auf die Hilfe zur Pflege entfiel und sich dieser Anteil nun auf 14 % verringert hat.

In Korrelation zur Entwicklung bei HLU und HbL haben sich auch die Ausgaben für Berechtigte außerhalb von bzw. in Einrichtungen verändert: Während sich die Leistungen für Empfänger außerhalb von Einrichtungen um 56 Mill. DM oder knapp 3 % erhöht haben, wurden für die in Einrichtungen lebenden Personen 23 Mill. DM oder gut 1 % weniger ausgegeben als 1997. Damit ist der Anteil der Ausgaben für Empfänger in Einrichtungen auf weit unter die Hälfte abgesunken. Er hatte, bevor Mitte der 80er Jahre die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu einer Verschiebung führte, fast immer bei 60 % oder mehr gelegen, da ja nicht nur die Hilfe zur Pflege, sondern auch die Eingliederungshilfe für Behinderte in den meisten Fällen Personen in Einrichtungen zugute kommt.

Einnahmen ebenfalls gesunken

Gerade im Zusammenhang mit der Hilfe zur Pflege muß erwähnt werden, daß den Sozialhilfeausgaben auch Einnahmen gegenüberstehen, die sich im wesentlichen aus Kostenbeiträgen oder aus Kostenerstattungen durch andere Sozialleistungsträger zusammensetzen. Die Einnahmen dieser Art betragen 1998 landesweit insgesamt fast 489 Mill. DM, nachdem sie 1995 noch bei über 742 Mill. DM gelegen hatten. Der erneute starke Rückgang der Einnahmen gegenüber 1997 um 79 Mill. DM oder um 14 % ist nämlich hauptsächlich

Einnahmen der Sozialhilfe 1998 nach Einnahmearten

Einnahmeart	Einnahmen		Zu- bzw. Abn. (-) ¹⁾
	Mill. DM	%	%
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz ²⁾	74,8	15,3	- 25,5
Übergeleitete Unterhaltsansprüche ³⁾	39,9	8,2	- 4,9
Leistungen von Sozialleistungsträgern	315,2	64,5	- 12,5
Sonstige Ersatzleistungen	41,0	8,4	- 16,2
Rückzahlung gewährter Hilfen	18,1	3,7	11,8
Insgesamt	489,0	100	- 13,9
davon			
außerhalb von Einrichtungen	218,1	44,6	- 4,2
in Einrichtungen	270,9	55,4	- 20,3

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Kostenersatz. — 3) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete.

dadurch bedingt, daß wegen der Leistungen der Pflegeversicherung viele Menschen in Einrichtungen nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind und damit Kostenerstattungen durch andere Sozialleistungsträger entfallen. Das wird durch den erneuten starken Rückgang dieser Erstattungen um 45 Mill. DM bzw. um ein Achtel verdeutlicht. Zusätzlich haben sich die Einnahmen aus Kostenbeiträgen sowie der Aufwendungs- und Kostenersatz um fast 26 Mill. DM und damit relativ doppelt so stark reduziert. Somit konnten 1998 von den Bruttoausgaben der Sozialhilfe nur noch 12 % durch Einnahmen gedeckt werden. Im Vorjahr hatte der Deckungsgrad 14 % und noch früher meist bei über 16 % gelegen. Die Nettoausgaben im Jahr 1998 beliefen sich damit auf reichlich 3,5 Mrd. DM und sind gegenüber dem Vorjahr 111 Mill. DM bzw. um 3 % angestiegen.

Große regionale Unterschiede

Nach wie vor waren bei den *Sozialhilfeausgaben* erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Trägern sowohl hinsichtlich der Ausgabenentwicklung als auch der relativen Belastung festzustellen. Da beispielsweise der Grad der Kostendeckung durch Einnahmen — möglicherweise auch wegen unterschiedlichen Vorgehens bei der haushaltsmäßigen Verbuchung — in den Verwaltungsbezirken mit jeweils nur 7 % in der kreisfreien Stadt Offenbach am Main und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie fast 30 % im Main-Kinzig-Kreis

ganz extrem auseinander klafft, basieren die untenstehenden regionalen Betrachtungen auf den „reinen“ Ausgaben (abgesehen von den direkt folgenden Angaben zur Kostendeckung). Im Durchschnitt war das Verhältnis zwischen Einnahmen und Bruttoausgaben mit reichlich 14prozentiger Kostendeckung in den Landkreisen kaum günstiger als in den kreisfreien Städten. Anders sah es da beim Landeswohlfahrtsverband (LWV) als überörtlichem Träger der Sozialhilfe aus: Nur knapp 8 % seiner Bruttoausgaben konnten durch Einnahmen finanziert werden. Hauptsächlich liegt das daran, daß der LWV sein wichtigstes Betätigungsfeld in der Betreuung der Behinderten hat. Mit fast 1,2 Mrd. DM bestritt er allein über 96 % des gesamten Nettoaufwands der „Eingliederungshilfe für Behinderte“ in Hessen und gab 85 % seiner Sozialhilfeausgaben von netto 1,3 Mrd. DM für diese Hilfeart aus. Nach einem nur leichten Anstieg seiner Ausgaben im letzten Jahr hatte der LWV diesmal um fast 7 % höhere Nettoausgaben als 1997. Damit entfielen auf ihn nahezu 37 % der gesamten Nettoausgaben für Sozialhilfe im Land Hessen.

Ein eindeutiger Trend war bei der Entwicklung der Nettoausgaben gegenüber dem Vorjahr nicht festzustellen, da in jeweils etwa der Hälfte der Verwaltungsbezirke Mehr- bzw. Minderausgaben verzeichnet wurden. Dabei lagen die Zunahmeraten zwischen 1 % in der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main und im Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie über 11 % im Landkreis Groß-Gerau. Dem standen Abnahmeraten zwischen rund einem halben Prozent im Lahn-Dill-Kreis, im Wetteraukreis und im Rheingau-Taunus-Kreis sowie über 8 % im Odenwaldkreis entgegen. Nach wie vor war die Stadt Offenbach am Main — bezogen auf ihre Einwohner — am stärksten durch die Sozialhilfe belastet: 886 DM, immerhin 54 DM weniger als im Vorjahr, hatte sie 1998 je Einwohner für Leistungen nach dem BSHG auszugeben. Trotz eines relativ kräftigen Anstiegs war die Belastung in der kreisfreien Stadt Darmstadt mit 437 DM nicht einmal halb so hoch, während die drei anderen kreisfreien Städte in Hessen zwischen diesen Beträgen lagen. Andererseits waren in sämtlichen Landkreisen die Pro-Kopf-Ausgaben deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten. Sie bewegten sich zwischen Beträgen von etwa 200 DM in einigen südhessischen Landkreisen und 400 DM im Landkreis Gießen, wo die Stadt Gießen einen entscheidenden Einfluß auf die Höhe dieses Betrags hatte. Etwas mehr als 300 DM je Einwohner wurden in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Marburg-Biedenkopf sowie im Wetteraukreis und im Werra-Meißner-Kreis ausgegeben.

Die Anteile der verschiedenen Hilfearten an den Nettoausgaben streuten regional ebenfalls recht breit. So bewegte sich die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen — bedingt durch die starke Abnahme für die Hilfe zur Pflege inzwischen überall mit großem Abstand die bedeutendste Hilfeart — mit Anteilswerten zwischen gut 60 % in Frankfurt am Main und fast 85 % im Schwalm-Eder-Kreis. Daß alle regionalen Werte über dem Landesdurchschnitt von

Sozialhilfeaufwand 1998 nach Trägern und nach ausgewählten Hilfearten

Träger	Bruttoausgaben	Einnahmen		Reine Ausgaben			darunter für					
		insgesamt	Anteil an den Bruttoausgaben	insgesamt	je Einwohner ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen		Hilfe zur Pflege insgesamt ³⁾		Krankenhilfe insgesamt ⁴⁾	
							1000 DM	%	1000 DM	DM	%	1000 DM
Darmstadt, St.	65 988,3	5 954,3	9,0	60 034,0	437	6,6	45 782,3	76,3	8 209,6	13,7	4 364,3	7,3
Frankfurt am Main, St.	584 852,6	90 845,1	15,5	494 007,5	767	1,2	299 338,8	60,6	105 874,3	21,4	64 502,5	13,1
Offenbach am Main, St.	110 551,3	7 837,6	7,1	102 713,7	886	-6,0	80 085,7	78,0	9 817,5	9,6	8 963,6	8,7
Wiesbaden, St.	202 232,8	38 393,9	19,0	163 838,9	613	-1,1	130 432,5	79,6	18 676,7	11,4	12 458,7	7,6
Bergstraße	64 682,0	10 404,6	16,1	54 277,5	208	2,3	41 160,9	75,8	6 677,8	12,3	5 104,9	9,4
Darmstadt-Dieburg	72 276,4	8 054,5	11,1	64 222,0	227	3,7	47 005,9	73,2	7 108,7	11,1	6 477,2	10,1
Groß-Gerau	88 195,5	19 300,7	21,9	68 894,8	278	11,5	53 686,7	77,9	6 836,2	9,9	5 283,9	7,7
Hochtaunuskreis	58 946,8	6 443,5	10,9	52 503,3	235	-6,2	37 497,0	71,4	6 380,0	12,2	4 804,1	9,2
Main-Kinzig-Kreis	154 884,1	45 841,6	29,6	109 042,5	271	-0,9	80 178,7	73,5	12 419,3	11,4	12 142,7	11,1
Main-Taunus-Kreis	51 792,4	4 678,2	9,0	47 114,3	218	5,8	32 138,6	68,2	5 833,9	12,4	3 978,2	8,4
Odenwaldkreis	23 197,5	3 839,0	16,5	19 358,5	195	-8,3	14 628,2	75,6	2 684,2	13,9	1 641,7	8,5
Offenbach	92 626,0	11 661,0	12,6	80 965,0	244	-3,8	64 685,8	79,9	9 447,6	11,7	4 570,9	5,6
Rheingau-Taunus-Kreis	52 460,0	4 976,6	9,5	47 483,4	259	-0,6	35 116,1	74,0	6 382,8	13,4	2 997,4	6,3
Wetteraukreis	100 400,2	12 587,3	12,5	87 812,9	302	-0,5	67 091,2	76,4	8 618,1	9,8	6 825,4	7,8
Reg.-Bez. Darmstadt	1 723 085,9	270 817,7	15,7	1 452 268,2	392	0,3	1 028 828,5	70,8	214 966,7	14,8	144 115,4	9,9
Gießen	109 928,8	8 670,3	7,9	101 258,4	401	3,1	82 360,7	81,3	7 579,5	7,5	7 609,1	7,5
Lahn-Dill-Kreis	69 793,5	7 084,2	10,2	62 709,3	239	-0,4	45 107,3	71,9	8 613,4	13,7	4 259,7	6,8
Limburg-Weilburg	61 392,3	11 124,8	18,1	50 267,6	289	5,4	37 834,7	75,3	5 305,1	10,6	3 542,9	7,0
Marburg-Biedenkopf	86 941,5	9 819,1	11,3	77 122,4	305	2,0	59 346,4	77,0	9 112,9	11,8	5 015,9	6,5
Vogelsbergkreis	33 248,4	5 605,0	16,9	27 643,4	233	-3,5	21 072,5	76,2	3 424,2	12,4	1 169,5	4,2
Reg.-Bez. Gießen	361 304,5	42 303,4	11,7	319 001,0	301	1,9	245 721,6	77,0	34 035,1	10,7	21 597,1	6,8
Kassel, St.	184 321,8	22 045,7	12,0	162 276,1	819	8,4	122 180,6	75,3	20 397,4	12,6	13 864,3	8,5
Fulda	72 563,6	11 761,6	16,2	60 802,0	281	1,9	47 614,0	78,3	6 382,5	10,5	4 278,1	7,0
Hersfeld-Rotenburg	43 428,2	3 134,3	7,2	40 293,9	306	-3,0	29 991,9	74,4	5 371,5	13,3	3 413,7	8,5
Kassel	79 146,0	10 642,4	13,4	68 503,5	280	-1,6	56 187,7	82,0	8 236,1	12,0	3 468,5	5,1
Schwalm-Eder-Kreis	55 735,9	5 746,0	10,3	49 990,0	258	6,1	42 329,4	84,7	3 371,1	6,7	2 330,9	4,7
Waldeck-Frankenberg	52 624,4	9 182,6	17,4	43 441,8	254	1,2	34 582,4	79,6	3 516,4	8,1	2 585,5	6,0
Werra-Meißner-Kreis	40 021,5	4 521,7	11,3	35 499,8	307	9,3	25 508,2	71,9	5 376,6	15,1	1 866,9	5,3
Reg.-Bez. Kassel	527 841,5	67 034,3	12,7	460 807,1	363	4,0	358 394,3	77,8	52 651,6	11,4	31 807,9	6,9
Überörtlicher Träger ⁵⁾	1 412 945,8	108 826,1	7,7	1 304 119,7	216	6,8	2 110,9	0,2	98 737,6	7,6	33 620,1	2,6
Hessen insgesamt	4 025 177,6	488 981,6	12,1	3 536 196,1	586	3,2	1 635 055,4	46,2	400 391,0	11,3	231 140,4	6,5
darunter												
kreisfreie Städte	1 147 946,8	165 076,6	14,4	982 870,2	721	1,4	677 819,9	69,0	162 975,6	16,6	104 153,4	10,6
Landkreise	1 464 285,0	215 078,9	14,7	1 249 206,2	267	1,1	955 124,6	76,5	138 677,8	11,1	93 366,9	7,5

1) Stand am 31. 12. 1998. — 2) Gegenüber 1997. — 3) In und außerhalb von Einrichtungen. — 4) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung. — 5) Landeswohlfahrtsverband.

46 % lagen, ist dadurch bedingt, daß diese Hilfeart beim überörtlichen Träger (LWV) praktisch keine Rolle spielt und daher der Durchschnitt weit nach unten gedrückt wird. Nur 2,1 Mill. DM und damit gerade einmal 0,2 % seiner gesamten Sozialhilfeausgaben hatte der LWV nämlich für sie aufzubringen. Infolgedessen sind natürlich auch bei allen anderen Hilfearten die Anteilwerte für das Land insgesamt verzerrt und als Vergleichsbasis für die örtlichen Träger ungeeignet. Als Anhaltspunkte für Regionalvergleiche sollten deshalb die Durchschnitte aus den Summen für die kreisfreien Städte oder die Landkreise herangezogen werden. Unabhängig davon war der zweithöchste Einzelposten — mit Ausnahme des Landkreises Gießen — überall die Hilfe zur Pflege, deren Bandbreite zwischen knapp 7 % im Schwalm-Eder-Kreis und gut 21 % in Frankfurt am Main lag. Weiterhin an Bedeutung

gewonnen haben die Ausgaben für Krankenhilfe, für die im Durchschnitt der kreisfreien Städte gut jede neunte Mark des Sozialhilfeeats ausgegeben wurde. Im einzelnen bewegten sich die Anteile zwischen Werten von unter 5 % im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis sowie über 13 % in Frankfurt am Main. Die übrigen Hilfearten spielten bei den örtlichen Trägern nur eine untergeordnete Rolle.

Bei den *Leistungen für Asylbewerber* gab es nach wie vor große regionale Unterschiede, wobei vor allem für die geringen Einnahmen im Landkreis Limburg-Weilburg und in der kreisfreien Stadt Darmstadt kaum eine Erklärung möglich ist. Immerhin war hier — anders als bei der Sozialhilfe — eine doch recht eindeutige Tendenz bei der Ausgabenentwicklung gegenüber dem Vorjahr festzustellen. In 22 der 26 hessischen

Leistungen für Asylbewerber 1998 nach Trägern

Träger	Bruttoausgaben	Einnahmen	Reine Ausgaben		
			insgesamt	je Einwohner ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾
Darmstadt, St.	5 928,2	47,0	5 881,2	43	9,5
Frankfurt am Main, St.	45 579,0	1 860,6	43 718,4	68	11,1
Offenbach am Main, St.	4 325,2	397,3	3 927,9	34	-30,4
Wiesbaden, St.	31 995,9	2 636,9	29 359,0	110	-32,4
Bergstraße	29 673,2	559,7	29 113,5	111	-12,2
Darmstadt-Dieburg	26 008,8	1 046,3	24 962,5	88	-23,6
Groß-Gerau	7 972,5	941,7	7 030,8	28	-25,0
Hochtaunuskreis	24 046,1	382,6	23 663,5	106	-24,1
Main-Kinzig-Kreis	26 808,1	1 772,0	25 036,1	62	-22,0
Main-Taunus-Kreis	22 895,9	309,8	22 586,1	104	-12,1
Odenwaldkreis	5 036,1	572,1	4 463,9	45	-22,5
Offenbach	32 701,4	2 376,6	30 324,8	91	-19,6
Rheingau-Taunus-Kreis	16 713,8	561,8	16 152,0	88	-27,9
Wetteraukreis	29 872,6	1 332,1	28 540,5	98	- 8,4
Reg.-Bez. Darmstadt	309 556,7	14 796,6	294 760,1	80	-17,0
Gießen	20 392,0	867,7	19 524,3	77	-14,3
Lahn-Dill-Kreis	20 094,3	205,9	19 888,4	76	8,8
Limburg-Weilburg	20 397,1	13,8	20 383,3	117	- 7,0
Marburg-Biedenkopf	26 362,4	1 940,5	24 421,9	97	-25,2
Vogelsbergkreis	10 748,8	688,8	10 060,0	85	-14,2
Reg.-Bez. Gießen	97 994,7	3 716,7	94 278,0	89	-12,2
Kassel, St.	19 662,0	2 299,1	17 362,9	88	-29,6
Fulda	15 003,2	368,7	14 634,5	68	-14,3
Hersfeld-Rotenburg	9 023,1	1 089,5	7 933,5	60	-18,8
Kassel	19 134,2	1 171,7	17 962,6	73	-11,4
Schwalm-Eder-Kreis	16 074,8	889,7	15 185,1	78	-20,1
Waldeck-Frankenberg	14 307,8	1 097,5	13 210,3	77	-13,6
Werra-Meißner-Kreis	7 650,6	200,7	7 449,9	64	132,6
Reg.-Bez. Kassel	100 855,8	7 117,0	93 738,8	74	-14,3
Überörtlicher Träger ³⁾	19 443,3	18,9	19 424,3	3	17,8
Hessen insgesamt	527 850,4	25 649,3	502 201,1	83	-14,6
darunter					
kreisfreie Städte	107 490,3	7 241,0	100 249,3	74	-15,4
Landkreise	400 916,9	18 389,4	382 527,5	82	-15,6

1) Stand am 31. 12. 1998. — 2) Gegenüber 1997. — 3) Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes.

Verwaltungsbezirke sind die Nettoausgaben im Vergleich zu 1997 gesunken, und zwar um Werte zwischen 7 % im Landkreis Limburg-Weilburg und rund 30 % in den kreisfreien Städten Wiesbaden, Offenbach am Main und Kassel. Andererseits wurde für Leistungen an Asylbewerber in den beiden kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Darmstadt sowie im Lahn-Dill-Kreis mehr Geld als 1997 ausgegeben. Die außerordentlich hohe Zuwachsrate im Werra-Meißner-Kreis ist allerdings ganz wesentlich auf zu niedrige Angaben für das Jahr 1997 zurückzuführen, wäre aber trotz einer Bereinigung noch zweistellig ausgefallen. Im Durchschnitt wurden sowohl für die Landkreise als auch für die kreisfreien Städte Abnahmen um reichlich 15 % ermittelt. Dagegen hatten die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Hessen 1998 erneut einen höheren Aufwand als im Vorjahr, und zwar diesmal um fast 18 %.

Weiterhin waren — anders als bei der Sozialhilfe — die Landkreise durch die Aufnahme von Asylbewerbern relativ stärker betroffen als die kreisfreien Städte. Das spiegelt sich auch bei den durchschnittlichen Nettoausgaben je Einwohner in Höhe von 82 DM in den Landkreisen und 74 DM in den kreisfreien Städten wider. Ohne die relativ hohen Ausgaben von 110 DM in Wiesbaden wäre der Unterschied sogar noch größer ausgefallen. Unter den Landkreisen wies der Landkreis Limburg-Weilburg mit einem Betrag von 117 DM je Einwohner die höchsten Kosten auf. Drei weitere Landkreise mußten über 100 DM je Einwohner aufbringen. Relativ am niedrigsten waren dagegen die Ausgaben im Landkreis Groß-Gerau mit 28 DM, gefolgt vom Odenwaldkreis mit 45 DM je Einwohner. Zusammen hatten die Landkreise reine Ausgaben in Höhe von über 382 Mill. DM; das waren mehr als drei Viertel aller Ausgaben für Asylbewerber in Hessen. Die fünf kreisfreien Städte brachten dagegen zusammen netto gut 100 Mill. DM auf, von denen mit über 43 Mill. DM mehr als zwei Fünftel allein auf Frankfurt am Main entfielen □

Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998



Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Regelmäßig wurden am Ende der Einkommens- und Verbrauchsstichproben im Abstand von rund fünf Jahren die privaten Haushalte auch nach ihrem Haus- und Grundbesitz befragt, 1998 aber schon im Zusammenhang mit den Angaben über die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern zu Beginn der Erhebung. Nach den hochgerechneten Ergebnissen besaß gut jeder zweite der knapp 2,7 Mill. hessischen Haushalte zumindest eine Immobilie in Form eines Gebäudes oder eines unbebauten Grundstücks. Infolge der stark gewachsenen Zahl kleinerer Haushalte war dieser Anteil gegenüber dem Jahresende 1993 mit damals rund 56 % jedoch leicht rückläufig. Da die Zahl der Immobilien nahezu unverändert bei 1,8 Mill. blieb, kamen auf einen Haushalt mit Immobilienbesitz durchschnittlich 1,3 Objekte. Davon waren nahezu die Hälfte Einfamilienhäuser, jeweils knapp 16 % Eigentumswohnungen oder Zweifamilienhäuser, 11 % unbebaute Grundstücke und jeweils 4 % Mehrfamilienhäuser oder sonstige Gebäude, wie beispielsweise Büro- oder Geschäftshäuser. Eigentumswohnungen waren zu über 92 % von den Haushalten selbst erworben, Einfamilienhäuser zu fast 78 %. Dagegen waren nahezu 37 % der Zwei- oder Mehrfamilienhäuser durch Erbschaft oder Schenkung in den Besitz der Haushalte gekommen. Immobilienbesitz ist eher von der Haushaltsgröße und dem monatlichen Nettoeinkommen als von der sozialen Stellung oder — mit Ausnahme junger Menschen — dem Alter des Haupteinkommensbeziehers abhängig. Der Einheitswert der Immobilien je Haushalt wurde mit 43 400 DM beziffert. Er wurde aber um mehr als das Zehnfache vom Verkehrswert übertroffen, der im Durchschnitt auf über 465 000 DM geschätzt wurde. Das entspricht einem Gesamtwert des privaten Immobilienbesitzes in Hessen von rund 630 Mrd. DM. Dabei ist allerdings anzumerken, daß jeder zweite Haushalt mit Haus- oder Grundbesitz noch Restschulden zu tilgen hatte, die sich in diesen Fällen auf durchschnittlich 160 000 DM beliefen. Das Wohnen zur Miete (einschl. mietfreien Einsitzrechts) blieb mit einem Anteil von gut 54 % die überwiegende Wohnform, bei der die Haushalte mit durchschnittlich nur 71 m² über wesentlich weniger Wohnfläche verfügten als die Gesamtheit aller Haushalte mit durchschnittlich rund 96 m². Haushalte, die in den eigenen vier Wänden lebten, hatten im Durchschnitt 124 m² zur Verfügung. Ähnlich unterschied sich auch die Zahl der jeweiligen Räume je Haushalt.

Methodische Vorbemerkungen

Einkommens- und Verbrauchsstichproben¹⁾ werden in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte seit 1962 auf freiwilliger Basis — in der Regel mit fünfjähriger Periodizität — durchgeführt. Neben der Ermittlung von Art und Höhe der Einnahmen sowie deren Verwendung, die in Form von Anschreibungen in Haushaltsbüchern erfolgt, werden vorab in einem Grundinterview Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern²⁾ erhoben. Erstmals wurden 1998 bereits bei dieser Gelegenheit die Fragen zum Haus- und Grundbesitz einbezogen, die bis dahin erst in einem Abschlußinterview unter dem Themenkomplex „Vermögenssituation“ gestellt worden waren. Insofern ist bei einem längerfristigen Vergleich zu beachten, daß sich die Veränderung gegenüber der letzten Erhebung in diesem Bereich nur auf vier statt ansonsten fünf Jahre erstreckt, nämlich auf die Zeit vom Jahresende 1993 bis zum Jahresanfang 1998. Wegen der relativ starken Belastung der Haushal-

te und der — vor allem hinsichtlich der Vermögenssituation — zum Teil sensiblen Fragenkomplexe hat der Gesetzgeber bei dieser Erhebung generell auf eine Auskunftspflicht verzichtet. Aus diesem Grund wird für die Auswahl (bei einem durchschnittlichen Auswahlsatz von 0,2 %) eine Schichtung der Haushalte vorgenommen, um ein möglichst repräsentatives Abbild der realen Situation zu gewinnen. Schichtungsmerkmale waren — auf der Basis der Mikrozensus-Ergebnisse — die Haushaltsgröße, der Haushaltstyp, das monatliche Haushaltsnettoeinkommen sowie die soziale Stellung der Bezugsperson des Haushalts. Sie wurden auch zur schichtenspezifischen Hochrechnung der in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ermittelten Werte herangezogen.

Das Erhebungssoll von rund 5500 Haushalten wurde in Hessen allerdings wiederum verfehlt, wenn auch nicht in dem Maße wie 1993, als sich schon zu Beginn nur etwa 3900 Haushalte beteiligten, von denen damals aber lediglich etwas mehr als 3400 bis zum Schlußinterview durchhielten. Für die Fragen nach dem Haus- und Grundbesitz ergab sich daraus für 1993 eine Beteiligungsquote von exakt zwei Dritteln des eigentlichen Solls, die sich 1998 bei gut 4900 am Einführungsinterview teilnehmenden Haushalten auf rund 90 % erhöhte. Unabhängig von der nicht in allen Schichten gleichmä-

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Zu den diesbezüglichen Ergebnissen der letzten Erhebung vgl. „Langlebige Gebrauchsgüter in den privaten Haushalten“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 5, Mai 1999, Seite 152 ff.

Bigen Teilnehmerquote³⁾ dürfte sich damit die Qualität der Daten gegenüber der letzten Erhebung zweifellos verbessert haben. Von vornherein nicht einbezogen waren allerdings Personen in Einrichtungen sowie Haushalte mit einem Monatseinkommen ab 35 000 DM, da für sie wegen zu geringer Besetzung keine repräsentativen Ergebnisse zu erwarten waren. Insofern muß bei den nachfolgend kommentierten Daten mit einer gewissen Unterbewertung des Vermögens gerechnet werden, wohl kaum aber mit einer Verzerrung der Quoten von Immobilienbesitzern unter den Haushalten. Wie erstmals im Jahr 1993 sind auch Haushalte von Ausländern wieder in den nachgewiesenen Gesamtzahlen enthalten; gesonderte Aussagen über sie können jedoch wegen einer zu geringen Beteiligung — zumindest für das Land Hessen — nicht gemacht werden. Im übrigen sind in den Tabellen in einigen Fällen die Werte durch „/“ unterdrückt worden, und zwar dann, wenn infolge geringer Fallzahlen bei der Beteiligung der relative Standardfehler bei der Hochrechnung in einer Größenordnung von 20 % oder mehr lag. Bei den in Klammern gesetzten Werten bewegte sich der relative Standardfehler im Bereich zwischen 10 und 20 %, das heißt, daß die entsprechenden Daten nur begrenzt aussagefähig sind.

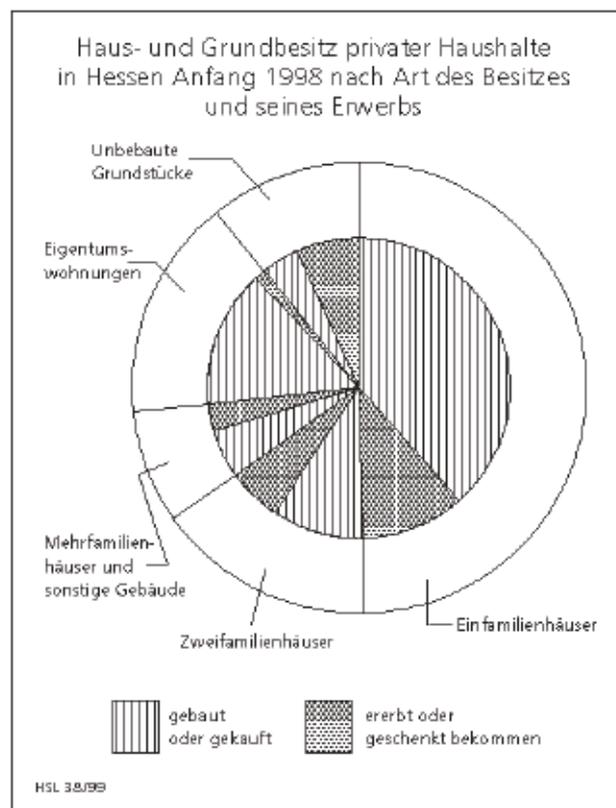
Jeder zweite Haushalt hatte Haus- oder Grundbesitz

Haus- und Grundbesitz gilt seit jeher nicht nur als relativ krisenfeste Kapitalanlage, sondern gewinnt auch — gerade angesichts der aktuellen Diskussion um die Zukunft der Renten — immer mehr als Teil der Alterssicherung an Bedeutung. Diese Aspekte dürften neben der ungewissen Situation auf dem Mietwohnungsmarkt mit längerfristig wohl zu erwartenden Preissteigerungen häufig ausschlaggebend für den Wunsch nach Immobilienbesitz sein. Obwohl in den Jahren 1994 bis einschließlich 1997 in Hessen über 42 000 Wohngebäude errichtet wurden, hatte sich zum Jahresbeginn 1998 der Anteil von Haushalten mit Haus- und Grundvermögen gegenüber Ende 1993 verringert, und zwar um 5 Prozentpunkte auf knapp 51 % aller Haushalte. Zu einem nicht näher quantifizierbaren Teil ist dies sicher darauf zurückzuführen, daß der gleichzeitige Gesamtzuwachs um rund 60 000 Haushalte auf einer Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte um zusammen 90 000 und einer Abnahme der größeren Haushalte um 30 000 beruhte und vor allem die erstgenannten viel seltener unter den Immobilienbesitzern zu finden sind als Mehrpersonenhaushalte⁴⁾.

Dagegen blieb die Zahl der von den Haushalten genannten Objekte mit 1,8 Mill. nahezu unverändert auf dem Stand von

3) So beteiligte sich z. B. nicht einmal die Hälfte der vorgesehenen 946 Haushalte von Selbständigen und nur etwas mehr als die Hälfte der geplanten 873 Arbeiterhaushalte; noch stärker unterrepräsentiert waren die Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1400 DM, während Haushalte von Angestellten weit überrepräsentiert waren.

4) Möglicherweise waren aber auch die Zahlen von 1993 etwas überhöht, weil vermögensrechtliche Ansprüche im Zuge der deutschen Vereinigung, die jedoch inzwischen überwiegend abgewiesen worden sind, als Immobilienbesitz angegeben waren. Vgl. dazu Dr. Münnich, Margot in *Wirtschaft und Statistik*, „Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland“, Heft 3, März 1999, S. 210 ff.



1993. Das bedeutet, daß pro Haushalt mit Immobilienbesitz im Durchschnitt 1,3 Objekte vorhanden waren, was insbesondere auch bei der Bewertung des Immobilienbesitzes je Haushalt berücksichtigt werden muß. Im einzelnen handelte es sich dabei in etwa um 870 000 Einfamilien- und 275 000 Zweifamilienhäuser, um 280 000 Eigentumswohnungen, um jeweils 70 000 Mehrfamilienhäuser oder „sonstige“ Gebäude und schließlich um 190 000 unbebaute Grundstücke. Einfamilienhäuser (49 %) und Zweifamilienhäuser (16 %) bildeten demzufolge mit einem Anteil von zusammen fast zwei Dritteln das Gros des Immobilienbesitzes, mit weitem Abstand vor den Eigentumswohnungen mit lediglich etwa einem Sechstel. 11 % entfielen auf unbebaute Grundstücke und jeweils 4 % auf Mehrfamilienhäuser oder sonstige Gebäude, wie beispielsweise Büro- oder Geschäftshäuser.

Nahezu vier Fünftel der Einfamilienhäuser waren von den jetzigen Eigentümern gebaut oder gekauft worden, während 22 % durch Erbschaft oder Schenkung auf sie übergegangen war. Diese Art der Besitzübernahme spielt bei Eigentumswohnungen bisher noch keine große Rolle, denn zu über 92 % wurden sie von den Haushalten selbst erworben. Ganz anders sah es dagegen bei Zwei- oder Mehrfamilienhäusern und insbesondere unbebauten Grundstücken aus: Mit einem Anteil von fast 37 % waren Häuser mit mindestens zwei Wohnungen relativ häufiger durch Erbschaft oder Schenkung in den Besitz der Haushalte gekommen als Einfamilienhäuser oder gar Eigentumswohnungen. Unbebaute Grundstücke hatten die jetzigen Besitzer sogar überwiegend geerbt oder geschenkt bekommen.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Januar 1998 nach Haushaltsgruppen

Haushaltsgruppe	Haushalte insgesamt	darunter mit Haus- und Grundbesitz								
		zusammen		darunter mit Einfamilienhäusern		Einheitswert	Verkehrswert	Haushalte mit Restschuld		
		1000	% ¹⁾	1000	% ²⁾	DM	DM	1000	% ²⁾	Restschuld in DM
Haushalte insgesamt	2 661	1 350	50,7	833	61,7	43 362	465 589	673	49,9	160 089
Nach der Haushaltsgröße										
1 Person	886	258	29,1	131	50,8	38 188	388 950	111	43,0	142 493
2 Personen	900	501	55,7	313	62,5	43 100	464 600	192	38,3	150 285
3 Personen	411	273	66,4	188	68,9	46 131	497 464	156	57,1	164 013
4 Personen	331	224	67,7	139	62,1	45 468	502 203	153	68,3	173 576
5 oder mehr Personen	133	95	71,4	62	65,3	45 878	501 178	61	64,2	179 133
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen										
unter 1 800 DM	502	(110)	(21,9)	(79)	(71,8)	(34 439)	(317 522)	/	/	/
1 800 bis unter 2 500 DM	403	137	34,0	(81)	(59,1)	33 934	348 739	(41)	(29,9)	(141 679)
2 500 bis unter 3 500 DM	548	246	44,9	140	56,9	35 648	398 413	88	35,8	111 094
3 500 bis unter 5 000 DM	604	373	61,8	224	60,1	40 866	446 493	197	52,8	133 830
5 000 bis unter 7 000 DM	361	266	73,7	176	66,2	47 898	505 098	170	63,9	156 140
7 000 bis unter 12 000 DM	213	188	88,3	113	60,1	57 269	641 892	135	71,8	220 609
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers										
Selbständige ³⁾	204	154	75,5	83	53,9	63 206	667 430	92	59,7	255 482
Beamte	139	92	66,2	57	62,0	50 550	550 733	62	67,4	155 694
Angestellte	753	398	52,9	220	55,3	43 282	467 457	272	68,3	174 165
Arbeiter	523	246	47,0	163	66,3	35 230	385 570	138	56,1	103 224
Nichterwerbstätige ⁴⁾	919	422	45,9	290	68,7	40 208	423 914	93	22,0	112 532
Nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers										
unter 25 Jahre	123	/	/	/	/	/	/	/	/	/
25 bis unter 35 Jahre	460	140	30,4	72	51,4	34 227	365 465	103	73,6	179 842
35 bis unter 45 Jahre	552	301	54,5	169	56,1	42 295	455 067	210	69,8	182 187
45 bis unter 55 Jahre	459	306	66,7	186	60,8	47 660	520 556	186	60,8	158 215
55 bis unter 65 Jahre	446	296	66,4	194	65,5	51 203	534 289	121	40,9	140 675
65 bis unter 70 Jahre	159	99	62,3	60	60,6	38 919	415 252	(24)	(24,2)	(80 488)
70 oder mehr Jahre	462	204	44,2	150	73,5	35 988	397 722	(28)	(13,7)	(85 947)
Nach dem Haushaltstyp										
Alleinlebende Frau	559	160	28,6	(78)	(48,8)	35 761	362 970	59	36,9	108 196
Alleinlebender Mann	327	98	30,0	(53)	(54,1)	42 162	431 479	(52)	(53,1)	(181 903)
Alleinerziehende ⁵⁾	72	(14)	(19,4)	(6)	(42,9)	(42 576)	(402 956)	(9)	(64,3)	(141 644)
(Ehe-)Paare zusammen	1 271	766	60,3	474	61,9	43 900	474 595	385	50,3	176 196
ohne Kind ⁶⁾	776	469	60,4	297	63,3	43 526	469 470	177	37,7	150 259
mit 1 Kind ⁶⁾	181	98	54,1	56	57,1	41 968	454 170	63	64,3	207 893
mit 2 Kindern ⁶⁾	236	150	63,6	86	57,3	44 564	487 364	106	70,7	190 210
mit 3 oder mehr Kindern ⁶⁾	77	49	63,6	35	71,4	49 254	524 757	39	79,6	204 893

1) Anteil an den Haushalten insgesamt. — 2) Anteil an den jeweiligen Haushalten mit Haus- und Grundbesitz zusammen. — 3) Einschl. Haushalten von Landwirten. — 4) Ohne Haushalte von Arbeitslosen. — 5) Unabhängig von der Zahl der Kinder. — 6) Unter 18 Jahren.

Immobilienbesitz wesentlich von Haushaltsgröße und Einkommen abhängig

So wie die meisten anderen Güter ist auch der Haus- und Grundbesitz nicht gleichmäßig auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen verteilt. Am nächsten kamen dem hessischen Gesamtdurchschnitt Anfang 1998 (50,7 %) noch die Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit Anteilen von 53 bzw. 47 %. In ähnlicher Höhe wie der letztgenannte Wert lag die Quote auch bei den „Nichterwerbstätigen“-Haushalten. Deutlich unter dem Durchschnitt, nämlich noch nicht einmal zu einem Drittel, waren dagegen die Alleinstehenden mit Immobilien versorgt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich unter ihnen auf der einen Seite viele Junge, auf der anderen Seite aber vor allem die älteren Einwohner befinden.

Die einen besaßen noch keine — die unter 25jährigen zum Beispiel in nicht nachweisbarem Umfang — oder doch erst zu einem geringen Teil Immobilien, wie die 25- bis 34jährigen mit einem Anteil von drei Zehnteln. Die anderen hatten ihr Eigentum teilweise schon auf die Kinder übertragen, wie aus den sinkenden Besitzquoten im Alter ab 65 Jahren auf 62 % und ab 70 Jahren auf nur noch 44 % zu schließen ist. Weit über dem Durchschnitt lagen die Haushalte von Selbständigen (einschl. der Landwirte) mit einem Anteil von drei Vierteln, aber auch diejenigen von Beamten oder mit Haupteinkommensbeziehern in den Altersgruppen zwischen 45 und 65 Jahren mit Anteilen von jeweils zwei Dritteln.

Eine eindeutige Korrelation von Haus- und Grundbesitz mit der Haushaltsgröße und in noch höherem Maße mit dem mo-

natlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder zusammen wird aus der Tabelle jedoch klarer ersichtlich als bei allen übrigen Gliederungen in unterschiedliche Haushaltsgruppen. So waren nicht nur fast neun von zehn Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 7000 und 12 000 DM Immobilienbesitzer, sondern sie besaßen auch häufiger als andere mehrere Objekte. Dies ist unter anderem daran zu erkennen, daß der Anteil der Einfamilienhäuser bei ihnen mit genau drei Fünfteln niedriger war als in der Einkommensklasse von 5000 bis unter 7000 DM. Auch weitere Haushaltsgruppen erreichten zwar ähnlich hohe Anteilswerte von Einfamilienhäusern, dafür waren aber in der Größenklasse zwischen 7000 und 12 000 DM nicht entsprechend höhere Anteile von Zweifamilienhäusern ausschlaggebend, sondern häufigerer Besitz von Eigentumswohnungen, Mehrfamilienhäusern und sonstigen Gebäuden, wie zum Beispiel Geschäftsgebäuden von Selbständigen. Einfamilienhäuser waren dagegen für die Haushalte der ab 70jährigen oder der — zahlenmäßig allerdings recht wenigen — (Ehe-) Paare⁵⁾ mit wenigstens drei minderjährigen Kindern in jeweils mehr als sieben von zehn Fällen der wichtigste Immobilienbesitz. Ähnlich hohe Anteile erreichten nur noch die Haushalte von Nichterwerbstätigen und die Dreipersonenhaushalte.

Gesamtwert von 630 Mrd. DM

Nachdem bei den früheren Erhebungen zur Bewertung des Immobilienbesitzes lediglich der Einheitswert erfragt worden war — er blieb übrigens mit durchschnittlich 43 400 DM gegenüber 1993 annähernd konstant — wird seit 1993 von den Haushalten auch der aktuelle Verkehrswert *geschätzt*. Unabhängig von aller Bewertungsproblematik sowie der Frage, ob der angegebene Betrag tatsächlich bei einem Verkauf zu erzielen wäre, spiegeln diese Daten zweifellos wesentlich besser den Wert wider als der Einheitswert, der noch auf der letzten Hauptfeststellung des Jahres 1964 beruht. So lag denn auch Anfang 1998 der Durchschnittswert aller Immobilien mit 465 600 DM über dem Zehnfachen des Einheitswertes. Er hat sich gegenüber 1993 um 24 000 DM oder rund 5 % erhöht. Dieser Wertzuwachs entsprach in etwa der Entwicklung der Bauleistungspreise, die in dieser Zeit hinter der allgemeinen Preissteigerungsrate zurückblieb. Der geschätzte Verkehrswert schwankte — je nach Haushaltsgruppe — in einer Bandbreite zwischen unter 350 000 DM bei Haushalten mit geringem und fast 650 000 DM bei Haushalten mit höherem Einkommen. Der Immobilienbesitz von Selbständigen war allerdings mit über 665 000 DM — oder 43 % über dem Durchschnitt aller Eigentümer — noch mehr wert. Bei den anderen Haushaltsgruppen waren die Differenzen nicht ganz so hoch, die geringsten gab es bei der Aufgliederung nach Haushaltsgröße (knapp 390 000 bis gut 500 000 DM) oder nach Haushaltstyp (knapp 365 000 bis 525 000 DM). Insgesamt erschei-

5) Bei der Gliederung nach Haushaltstypen wurden Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften gleichgestellt, weil für letztere bei dem geringen Stichprobenumfang ohnehin kein gesonderter Nachweis möglich gewesen wäre.

nen diese Beträge — auch im Verhältnis zum jeweiligen durchschnittlichen Einheitswert — sehr plausibel, zumal für die Bewertung eines einzelnen Objektes noch Abschläge wegen des bereits erwähnten Mehrfachbesitzes zu machen sind. So kann man wohl mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß die hessischen Haushalte Immobilien im Gesamtwert von rund 630 Mrd. DM besaßen.

Dieser Haus- und Grundbesitz war allerdings erst in der Hälfte der Fälle schuldenfrei; die übrigen Haushalte waren im Durchschnitt noch mit 160 000 DM belastet. Am geringsten waren davon Haushalte mit nichterwerbstätigem Haupteinkommensbezieher, überwiegend Rentner und Pensionäre, betroffen. Fast vier von fünf Haushalten dieser Gruppe waren Anfang 1998 frei von Hypothekenschulden, bei den anderen lag die Restschuld mit einer Höhe von 112 500 DM um 30 % unter dem Durchschnitt aller Haushalte, deren Besitz noch belastet war. Durch die „Nichterwerbstätigen“-Haushalte werden auch die Werte derjenigen Haushaltsgruppen beeinflusst, unter denen sie besonders häufig zu finden sind, wie zum Beispiel Ein- oder Zweipersonenhaushalte, Haushalte von (Ehe-) Paaren ohne minderjährige Kinder oder Haushalte mit geringerem Einkommen. Relativ am häufigsten, nämlich in vier von fünf Fällen, und zudem mit 205 000 DM auch noch fast am höchsten belastet waren dagegen Familien mit drei oder mehr minderjährigen Kindern. Sie wurden hinsichtlich der Höhe der Hypothekenschulden aber noch deutlich von den Haushalten der Selbständigen übertroffen, deren Restschulden mit mehr als 255 000 DM um 60 % über dem Durchschnitt lagen.

Weniger als die Hälfte in den „eigenen vier Wänden“

Nicht jeder, der über Haus- und Grundbesitz verfügt, wohnt deshalb auch in den „eigenen vier Wänden“. Vielmehr war das Wohnen zur Miete Anfang 1998 für über 54 % der hessischen Haushalte die vorherrschende, wenn auch sicher nicht in allen Fällen bevorzugte Wohnform. Dabei sind allerdings Haushalte als Mieter einbezogen, die nicht im eigenen Besitz, aber mietfrei lebten, zum Beispiel weil sie diesen schon auf ihre Kinder übertragen hatten und nun Einsitzrecht genossen. Da das Wohnverhältnis, also die Nutzung einer Wohnung entweder als Mieter oder andererseits als Eigentümer, weitgehend mit dem Besitzverhältnis in Korrelation steht, wird im folgenden auf eine Betrachtung nach den zuvor behandelten einzelnen Haushaltsgruppen verzichtet, sondern lediglich ein grober Überblick über Unterschiede zwischen Mieter- und Eigentümerwohnungen gegeben. Die Haushaltsgröße als bedeutendster Faktor für den benötigten Wohnraum wird dabei aber berücksichtigt.

Daß die Eigentumsquote, also der Anteil der durch die Eigentümer selbst genutzten Wohnungen, in Hessen nicht über die 46 %-Marke hinausging, ist ganz wesentlich auf die Einpersonenhaushalte zurückzuführen, auf die 1998 allein ein Drit-

Private Haushalte im Januar 1998 nach Haushaltsgröße, Gebäudeart, Wohnungsgröße und Wohnverhältnis

Haushalte mit ... Person(en)	Hochgerechnete Haushalte insgesamt	darunter ¹⁾ in			Wohnfläche je Haushalt			Räume ²⁾ je Haushalt				
		Ein-familien-häusern	Zwei-familien-häusern	Mehr-familien-häusern	in allen Gebäude-arten zu-sammen	darunter in			in allen Gebäude-arten zu-sammen	darunter in		
						Ein-familien-häusern	Zwei-familien-häusern	Mehr-familien-häusern		Ein-familien-häusern	Zwei-familien-häusern	Mehr-familien-häusern
1000	% ³⁾			m ²			Anzahl					
Haushalte insgesamt												
1	886	17,9	16,9	63,4	65,9	96,1	69,9	57,1	2,5	3,6	2,6	2,2
2	900	37,3	22,1	39,9	99,7	123,8	99,3	77,4	3,7	4,6	3,6	2,9
3	411	49,3	19,0	31,1	113,1	131,8	110,3	85,0	4,3	5,0	4,1	3,4
4	331	44,2	26,3	28,2	122,3	141,5	119,5	93,0	4,6	5,2	4,5	3,7
5 oder mehr	133	58,6	22,9	(17,6)	144,5	149,2	160,0	(109,1)	5,6	5,7	6,1	(4,5)
Insgesamt	2 661	34,6	20,5	43,8	95,6	125,8	99,4	70,3	3,6	4,7	3,7	2,7
Haushalte in Mietwohnungen												
1	668	(7,2)	17,7	73,0	56,6	(68,2)	63,3	54,4	2,2	(2,4)	2,4	2,1
2	446	(9,4)	22,0	67,6	76,9	(93,5)	82,9	72,5	2,9	(3,4)	3,0	2,8
3	157	(16,6)	(21,5)	61,3	86,9	(109,5)	(91,5)	79,1	3,5	(4,3)	(3,6)	3,2
4	130	(14,6)	(26,3)	58,9	96,6	(128,7)	(96,6)	88,6	3,8	(4,7)	(3,8)	3,6
5 oder mehr	42	(40,1)	(16,3)	(42,1)	112,0	(124,0)	(122,8)	(96,6)	4,6	(4,8)	(5,1)	(4,1)
Insgesamt	1 444	10,6	20,2	67,9	71,4	96,0	78,5	65,8	2,8	3,6	3,0	2,6
Haushalte in Eigentümerwohnungen												
1	218	50,4	(14,5)	33,7	94,6	108,4	(94,8)	75,0	3,5	4,1	(3,3)	2,7
2	454	64,7	22,3	12,7	122,0	128,2	115,1	103,2	4,5	4,8	4,2	3,5
3	254	69,5	(17,4)	(12,4)	129,3	135,1	(124,7)	(103,2)	4,8	5,1	(4,4)	(3,9)
4	201	63,4	26,2	(8,4)	139,0	143,4	134,4	(113,0)	5,1	5,2	5,0	(4,2)
5 oder mehr	90	67,3	(26,0)	/	159,7	156,2	(170,9)	/	6,0	5,9	(6,4)	/
Insgesamt	1 217	63,1	20,8	15,2	124,2	131,7	123,4	94,3	4,6	4,9	4,5	3,4

1) Ohne Haushalte in sonstigen Gebäuden. — 2) Mit einer Größe von mindestens 6 m², aber ohne Küche, Bad, Flur u. Ä. — 3) Anteil an der jeweiligen Haushaltsgruppe zusammen (einschl. der sonstigen Gebäude).

tel aller Haushalte entfiel. Diese Haushaltsgruppe war bei der Gliederung nach der Personenzahl die einzige, die überwiegend zur Miete wohnte, während schon bei den Zweipersonenhaushalten etwas mehr Eigentümer- als Mieterhaushalte gezählt wurden. Wegen der großen Zahl der Alleinlebenden und weil bei ihnen auf einen Eigentümer gleich drei Mieter kamen, wurden durch sie die Durchschnittswerte aller Merkmale teilweise erheblich beeinflusst: Nach unten gedrückt wurden sie für die Anteile von Haushalten in Ein- oder Zweifamilienhäusern und insbesondere für die Maßzahlen der Wohnungsgröße (Wohnfläche und Zahl der Zimmer), angehoben dagegen für den Anteil der in Mehrfamilienhäusern lebenden Haushalte. Selbst wenn alleinlebende Personen Wohneigentum bewohnten, lag jede dritte dieser Wohnungen in einem Mehrfamilienhaus und nur jede zweite in einem Einfamilienhaus. Bei allen anderen Haushalten entfielen rund zwei Drittel der Eigentümerwohnungen auf Einfamilienhäuser und meist ein weiteres Viertel auf Zweifamilienhäuser. Nahezu umge-

kehrt war das Verhältnis bei gemieteten Wohnungen, von denen in der Gesamtheit nur reichlich ein Zehntel ein Einfamilienhaus war.

Neben Gebäudeart und Wohnverhältnis wurde bei den Haushalten auch die Größe der Wohnung erfragt, und zwar sowohl hinsichtlich der Zahl der Räume (Zimmer ab 6 m² sowie Küchen) als auch der gesamten Wohnfläche (einschl. zu Wohnzwecken genutzter Nebenräume wie Bad, WC, Flur u.ä.). Einem hessischen Durchschnittshaushalt stand demnach Anfang 1998 eine Wohnung mit dreieinhalb Zimmern und 96 m² zur Verfügung. Dagegen besaßen Wohnungen von Mieterhaushalten nur knapp drei Zimmer und 71 m², solche von Eigentümern aber viereinhalb Zimmer und über 124 m². Die Abhängigkeiten dieser Werte von der Haushaltsgröße, aber auch von den Wohnverhältnissen und den Gebäudearten, in denen die Wohnungen lagen, werden im einzelnen aus der Tabelle ersichtlich. □

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in regionaler Sicht

In den Jahren 1997/98 ereigneten sich auf hessischen Straßen über 52 000 Verkehrsunfälle, bei denen 1133 Menschen getötet, über 14 000 schwer und über 56 000 leicht verletzt wurden. Zwanzig Jahre zuvor waren es noch über 68 000 Unfälle mit 2460 Getöteten, 24 500 Schwerverletzten und 67 000 Leichtverletzten. Die landesweite Abnahme zeigte sich in den kreisfreien Städten und den Landkreisen in deutlich unterschiedlichem Maße: Bei den Personenschadensunfällen reichte die Spanne von – 34 % im Rheingau-Taunus-Kreis bis zu – 5 % im Landkreis Limburg-Weilburg; bei den Verletzten und Getöteten von – 39 % im Rheingau-Taunus-Kreis bis zu – 6 % im Landkreis Limburg-Weilburg; bei den Getöteten von – 70 % im Landkreis Offenbach bis zu – 36 % im Schwalm-Eder-Kreis; bei den Schwerverletzten von – 57 % im Main-Taunus-Kreis bis zu – 12,5 % im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und bei den Leichtverletzten von – 31 % im Landkreis Groß-Gerau bis zu + 7 % im Landkreis Limburg-Weilburg.

Vorbemerkung

In der Vergangenheit haben sich hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes einige wesentliche Änderungen ergeben. Zum einen hat die Gebietsreform aus den ehemals 2682 kreisangehörigen Gemeinden, 39 Landkreisen und 9 kreisfreien Städten 421 kreisangehörige Gemeinden, 21 Landkreise und 5 kreisfreie Städte gebildet, zum anderen haben sich die Kriterien, welche Unfälle Eingang in die Straßenverkehrsunfallstatistik finden, immer wieder geändert. Da die Gebietsreform zum 1. Januar 1977 weitestgehend abgeschlossen war¹⁾, bietet es sich an, dieses Datum zum Ausgangspunkt eines Zeitvergleichs zu machen. Scheitern muß allerdings das Vorhaben, für den Zeitraum 1977 bis 1998 eine vergleichbare Zahl der gesamten Straßenverkehrsunfälle zu ermitteln. Zu unterschiedlich sind die Bestimmungen, was als Sachschadensunfall Eingang in die amtliche Statistik findet, gewesen²⁾. Unverändert sind aber die Definitionen zu Verkehrsunfällen mit Personenschaden geblieben. Ein solcher liegt vor, wenn infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt worden sind³⁾. Gebildet werden — je nach Schwere der Verletzung — drei Kategorien:

- a) Getötete (Personen, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben),

- b) Schwerverletzte (Personen, die unmittelbar in eine Krankenanstalt zur stationären Behandlung eingeliefert wurden) und

- c) Leichtverletzte (Personen, deren Verletzungen keinen stationären Krankenhausaufenthalt erforderten).

Maßgebend für die Zuordnung zu einer dieser Kategorien sind — mit Ausnahme der Nachmeldung der binnen 30 Tagen Verstorbenen — die Verhältnisse, wie sie sich am Unfallort während der Aufnahme des Unfalles durch die Polizei darstellen. Bemerkenswert sind zunächst scheinbar unverletzt Gebliebener nachträglich Beeinträchtigungen seiner Gesundheit oder muß ein zunächst leichtverletzt scheinender Beteiligter später doch noch ein Krankenhaus zur stationären Behandlung aufsuchen, so findet dies keinen Eingang mehr in die amtliche Statistik.

Um den Einfluß eher zufälliger Schwankungen in den Unfallzahlen zu vermindern, werden im folgenden zur Analyse die beiden Jahre 1997 und 1998 zusammengefaßt; entsprechend wird als Vergleichszeitraum die Summe der Jahre 1977 und 1978 herangezogen.

Ein Viertel weniger Unfälle mit Personenschaden

Insgesamt gab es 1997/98 in Hessen etwas über 52 000 Straßenverkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Knapp 39 000 ereigneten sich in den Landkreisen, etwas über 13 000 in den kreisfreien Städten. Bei der Gliederung nach Regierungsbezirken (Reg.-Bez.) stand der Reg.-Bez. Darmstadt mit annähernd 32 000 an der Spitze, gefolgt vom Reg.-Bez. Kassel mit 11 000 und dem Reg.-Bez. Gießen mit 9500.

Unter den Landkreisen ragten der Main-Kinzig-Kreis und der Landkreis Offenbach mit jeweils etwas über 3000 heraus. Es folgten der Wetteraukreis, die Landkreise Gießen und Bergstraße, der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit jeweils über 2000 Personenschadensunfällen.

1) Wesentliche Ausnahme war das Lahn-Dill-Gebiet, das erst 1979 seine heutige Gestalt erhielt. Da hierfür aber Rückrechnungen ab 1977 vorliegen, wird der Zeitvergleich dadurch nicht beeinträchtigt.

2) Bis 1982 Unfälle mit nur Sachschaden von mindestens 1000 DM bei zumindest einem der Beteiligten; 1983 wurde der Schwellenwert auf 3000 DM, 1991 auf 4000 DM angehoben. Seit 1995 gibt es statt dieser Abgrenzung die Kategorie des „schwerwiegenden Unfalles mit Sachschaden“: Dazu zählen die „schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne)“, das heißt alle Unfälle, bei denen ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) vorlag und gleichzeitig mindestens ein Fahrzeug als nicht fahrbereit von der Unfallstelle abgeschleppt werden mußte sowie die „sonstigen Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung“, die nur dann nachgewiesen werden, wenn mindestens ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinwirkung stand und kein Fahrzeug so stark beschädigt war, daß es abgeschleppt werden mußte.

3) Vgl. z. B. § 1 des Gesetzes über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle vom 15. Juni 1990 (BGBl. I S. 1078).

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in den hessischen Verwaltungsbezirken 1997/98 und 1977/78

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Unfälle mit Personenschaden insgesamt		Verunglückte							
			insgesamt		Getötete		Schwerverletzte		Leichtverletzte	
	1997/98	1977/78	1997/98	1977/78	1997/98	1977/78	1997/98	1977/78	1997/98	1977/78
Darmstadt, St.	1 642	2 332	2 085	3 098	13	53	273	543	1 799	2 502
Frankfurt am Main, St.	5 914	8 716	7 598	10 907	62	178	976	2 175	6 560	8 554
Offenbach am Main, St.	1 391	1 604	1 800	2 083	11	40	208	333	1 581	1 710
Wiesbaden, St.	2 419	3 435	3 250	4 560	21	56	451	1 014	2 778	3 490
Bergstraße	2 392	3 093	3 327	4 269	58	132	677	1 197	2 592	2 940
Darmstadt-Dieburg	2 162	3 194	3 038	4 471	45	118	607	1 125	2 386	3 228
Groß-Gerau	1 804	2 718	2 410	3 756	41	99	377	785	1 992	2 872
Hochtaunuskreis	1 685	2 290	2 225	3 043	32	78	392	856	1 801	2 109
Main-Kinzig-Kreis	3 068	4 189	4 168	5 773	69	168	724	1 566	3 375	4 039
Main-Taunus-Kreis	1 459	2 065	1 917	2 735	18	72	281	653	1 618	2 010
Odenwaldkreis	859	976	1 196	1 395	33	34	298	496	865	865
Offenbach	3 012	3 586	4 062	4 819	48	161	646	997	3 368	3 661
Rheingau-Taunus-Kreis	1 191	1 804	1 640	2 687	31	91	467	969	1 142	1 627
Wetteraukreis	2 712	3 402	3 936	4 893	73	140	853	1 231	3 010	3 522
Reg.-Bez. Darmstadt	31 710	43 404	42 652	58 489	555	1 420	7 230	13 940	34 867	43 129
Gießen	2 526	2 979	3 550	4 302	59	107	629	891	2 862	3 304
Lahn-Dill-Kreis	2 202	2 721	3 086	3 924	45	114	713	1 294	2 328	2 516
Limburg-Weilburg	1 669	1 760	2 377	2 534	55	78	539	794	1 783	1 662
Marburg-Biedenkopf	1 940	2 371	2 818	3 383	56	107	484	882	2 278	2 394
Vogelsbergkreis	1 113	1 365	1 655	2 050	37	92	435	734	1 183	1 224
Reg.-Bez. Gießen	9 450	11 196	13 486	16 193	252	498	2 800	4 595	10 434	11 100
Kassel, St.	1 890	2 375	2 401	3 084	22	43	436	728	1 943	2 313
Fulda	1 854	2 069	2 628	3 020	58	82	657	886	1 913	2 052
Hersfeld-Rotenburg	1 325	1 587	1 872	2 200	31	70	519	593	1 322	1 537
Kassel	1 688	2 059	2 355	3 008	53	100	678	979	1 624	1 929
Schwalm-Eder-Kreis	1 668	2 342	2 388	3 527	65	101	664	1 172	1 659	2 254
Waldeck-Frankenberg	1 446	1 725	2 093	2 565	60	89	715	1 013	1 318	1 463
Werra-Meißner-Kreis	1 154	1 317	1 596	1 857	37	57	414	619	1 145	1 181
Reg.-Bez. Kassel	11 025	13 474	15 333	19 261	326	542	4 083	5 990	10 924	12 729
Land Hessen	52 185	68 074	71 471	93 943	1 133	2 460	14 113	24 525	56 225	66 958
davon										
kreisfreie Städte	13 256	18 462	17 134	23 732	129	370	2 344	4 793	14 661	18 569
Landkreise	38 929	49 612	54 337	70 211	1 004	2 090	11 769	19 732	41 564	48 389

len. Am unteren Ende dieser Rangfolge befanden sich der Main-Taunus-Kreis, die Landkreise Waldeck-Frankenberg und Hersfeld-Rotenburg, der Rheingau-Taunus-Kreis, der Werra-Meißner-Kreis und der Vogelsbergkreis mit weniger als 1500 Unfällen. Am niedrigsten war die Zahl mit 859 im Odenwaldkreis.

Bei den kreisfreien Städten wies Frankfurt am Main etwas über 5900 Verkehrsunfälle mit Personenschaden auf, also annähernd doppelt so viele wie der Main-Kinzig-Kreis, gefolgt von Wiesbaden mit etwas über 2400, Kassel mit knapp 1900, Darmstadt mit etwas über 1600 und Offenbach am Main mit knapp 1400.

Vor zwanzig Jahren kam es in Hessen noch zu 68 000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden. Fast 50 000 ereigneten sich in den Landkreisen; in den kreisfreien Städten waren es über 18 000. Im Reg.-Bez. Darmstadt waren es über 43 000, im Reg.-Bez. Kassel über 13 000 und im Reg.-Bez. Gießen über 11 000.

Die Reihenfolge der Verwaltungsbezirke am oberen und am unteren Ende war weitgehend gleich: Unter den Landkreisen

hatte wiederum der Main-Kinzig-Kreis mit annähernd 4200 die „Spitzenstellung“ inne, gefolgt vom Landkreis Offenbach mit knapp 3600, dem Wetteraukreis mit 3400 sowie den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Bergstraße mit ebenfalls über 3000. Am unteren Ende dieser Rangfolge befanden sich der Rheingau-Taunus-Kreis, die Landkreise Limburg-Weilburg, Waldeck-Frankenberg und Hersfeld-Rotenburg, der Vogelsbergkreis und der Werra-Meißner-Kreis mit weniger als 2000 Unfällen. Am niedrigsten war die Zahl mit 976 wiederum im Odenwaldkreis.

Bei den kreisfreien Städten hatte Frankfurt am Main 8700 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, also mehr als doppelt so viele wie der Main-Kinzig-Kreis, gefolgt von Wiesbaden mit über 3400, Kassel mit etwas unter 2400, Darmstadt mit über 2300 und Offenbach am Main mit 1600.

Exkurs: Die Wahl einer Bezugsgröße

Gegen die dargestellte Rangfolge ließe sich einwenden, daß damit noch nichts über das Risiko ausgesagt ist, in der jeweiligen Gebietseinheit einen Straßenverkehrsunfall mit Verletzungen zu erleiden. Oftmals wird hierfür die Zahl der Unfälle

auf die Zahl der Einwohner bezogen. Dies kann jedoch das Problem nicht lösen. Zum einen nehmen Einwohner ganz unterschiedlich am Straßenverkehr teil — bekannt sind beispielsweise Unterschiede nach Alter, Geschlecht und Beruf —, zum anderen bleibt die Problematik der Pendler ausgeblendet: Ein Teil der Einwohner ist tagsüber gar nicht am Wohnort, während umgekehrt in zum Teil nicht unerheblichem Umfang Gebietsfremde in der betreffenden Region unterwegs sind. Benötigt würde als Bezugsgröße also die Zahl der Personen, die sich tatsächlich durch ihr Verhalten dem Risiko eines Straßenverkehrsunfalls aussetzen, gewichtet noch mit einem Zeitfaktor⁴). Eine solche „Risikobevölkerung“ steht allerdings nicht einmal näherungsweise zur Verfügung; deshalb sollen an dieser Stelle lediglich die absoluten Zahlen und ihre Veränderungen im Zeitablauf betrachtet werden.

Rhein-Main-Gebiet mit deutlich sinkenden Unfallzahlen

Zwischen 1997/98 und 1977/78 nahm die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen, hessenweit um ein knappes Viertel ab. Die kreisfreien Städte schnitten mit einem Rückgang von etwas über 28 % wesentlich besser ab als die Landkreise mit 21,5 %. Bei den Regierungsbezirken kam der Reg.-Bez. Darmstadt auf – 27 %, der Reg.-Bez. Kassel auf – 18 % und der Reg.-Bez. Gießen auf – 16 %.

Viel günstiger war die Situation im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Groß-Gerau mit jeweils – 34 %, im Landkreis Darmstadt-Dieburg und in der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main mit etwas über – 32 %, in den kreisfreien Städten Darmstadt und Wiesbaden mit annähernd – 30 % sowie im Main-Taunus-Kreis mit etwas über – 29 %. Als erster nordhessischer Kreis folgte der Schwalm-Eder-Kreis mit knapp – 29 %, während sich mit dem Main-Kinzig-Kreis (– 27 %) und dem Hochtaunuskreis (– 26 %) wieder zwei Kreise des Reg.-Bez. Darmstadt anschlossen. Unter dem Landesdurchschnitt befanden sich der Landkreis Bergstraße mit knapp – 23 %, die kreisfreie Stadt Kassel und der Wetteraukreis (jeweils – 20 %), der Lahn-Dill-Kreis und der Vogelsbergkreis (– 19 %), die Landkreise Marburg-Biedenkopf und Kassel (– 18 %), der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (– 16,5 %), die Landkreise Waldeck-Frankenberg und Offenbach (– 16 %), der Landkreis Gießen (– 15 %), die kreisfreie Stadt Offenbach am Main (– 13 %), der Werra-Meißner-Kreis und der Odenwaldkreis (– 12 %) und der Landkreis Fulda (– 10 %). Zuletzt kam der Landkreis Limburg-Weilburg, wo die Zahl der Unfälle mit Personenschaden in den beiden Jahrzehnten nur um 5 % zurückging.

Ebenfalls ein Viertel weniger Verletzte und Getötete

Bei den Unfällen erlitten 1997/98 in Hessen annähernd 71 500 Menschen leichte bzw. schwere Verletzungen oder

wurden getötet, davon über 54 000 in den Landkreisen und etwas über 17 000 in den kreisfreien Städten. Im Reg.-Bez. Darmstadt kamen annähernd 43 000 Personen bei Unfällen im Straßenverkehr zu Schaden, im Reg.-Bez. Kassel waren es über 15 000, im Reg.-Bez. Gießen fast 13 500.

Unter den Landkreisen ragten wiederum der Main-Kinzig-Kreis und der Landkreis Offenbach mit jeweils etwas über 4000 Personen heraus. Es folgten der Wetteraukreis, die Landkreise Gießen und Bergstraße, der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit jeweils über 3000 Verletzten und Getöteten. Am unteren Ende dieser Rangfolge befanden sich der Main-Taunus-Kreis, der Landkreis Hersfeld-Rotenburg, der Vogelsbergkreis, der Rheingau-Taunus-Kreis und der Werra-Meißner-Kreis mit weniger als 2000 Menschen. Am niedrigsten war die Zahl mit 1196 im Odenwaldkreis.

Bei den kreisfreien Städten wies Frankfurt am Main knapp 7600 Verletzte und Getötete auf — sehr viel mehr als der Main-Kinzig-Kreis —, gefolgt von Wiesbaden mit 3250, Kassel mit 2400, Darmstadt mit annähernd 2100 und Offenbach am Main mit 1800.

Zwanzig Jahre zuvor lag die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen Verletzten und Getöteten in Hessen noch bei annähernd 94 000. Etwas über 70 000 davon entfielen auf die Landkreise, annähernd 24 000 auf die kreisfreien Städte. Im Reg.-Bez. Darmstadt waren es knapp 58 500, im Reg.-Bez. Kassel über 19 000 und im Reg.-Bez. Gießen über 16 000.

Auch hier war die Reihenfolge der Verwaltungsbezirke am oberen und am unteren Ende weitgehend gleich: Unter den Landkreisen hatte wiederum der Main-Kinzig-Kreis mit annähernd 5800 Menschen die „Spitzenstellung“ inne, gefolgt vom Wetteraukreis mit knapp 4900, dem Landkreis Offenbach mit etwas über 4800, sowie den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Gießen und Bergstraße mit ebenfalls über 4000. Am unteren Ende dieser Rangfolge befanden sich der Landkreis Hersfeld-Rotenburg, der Vogelsbergkreis und der Werra-Meißner-Kreis mit weniger als 2500 Verletzten und Getöteten. Am niedrigsten war die Zahl mit 1395 erneut im Odenwaldkreis.

Bei den kreisfreien Städten hatte Frankfurt am Main 10 900 Verletzte und Getötete, also annähernd doppelt so viele wie der Main-Kinzig-Kreis, gefolgt von Wiesbaden mit fast 4600, Darmstadt und Kassel mit fast 3100 und Offenbach am Main mit annähernd 2100.

Weniger Verletzte und Getötete besonders im Rhein-Main-Gebiet

Die Zahl der Menschen, die bei Unfällen im Straßenverkehr leichte oder schwere Verletzungen erlitten bzw. ihr Leben verloren, nahm zwischen 1997/98 und 1977/78 hessenweit um

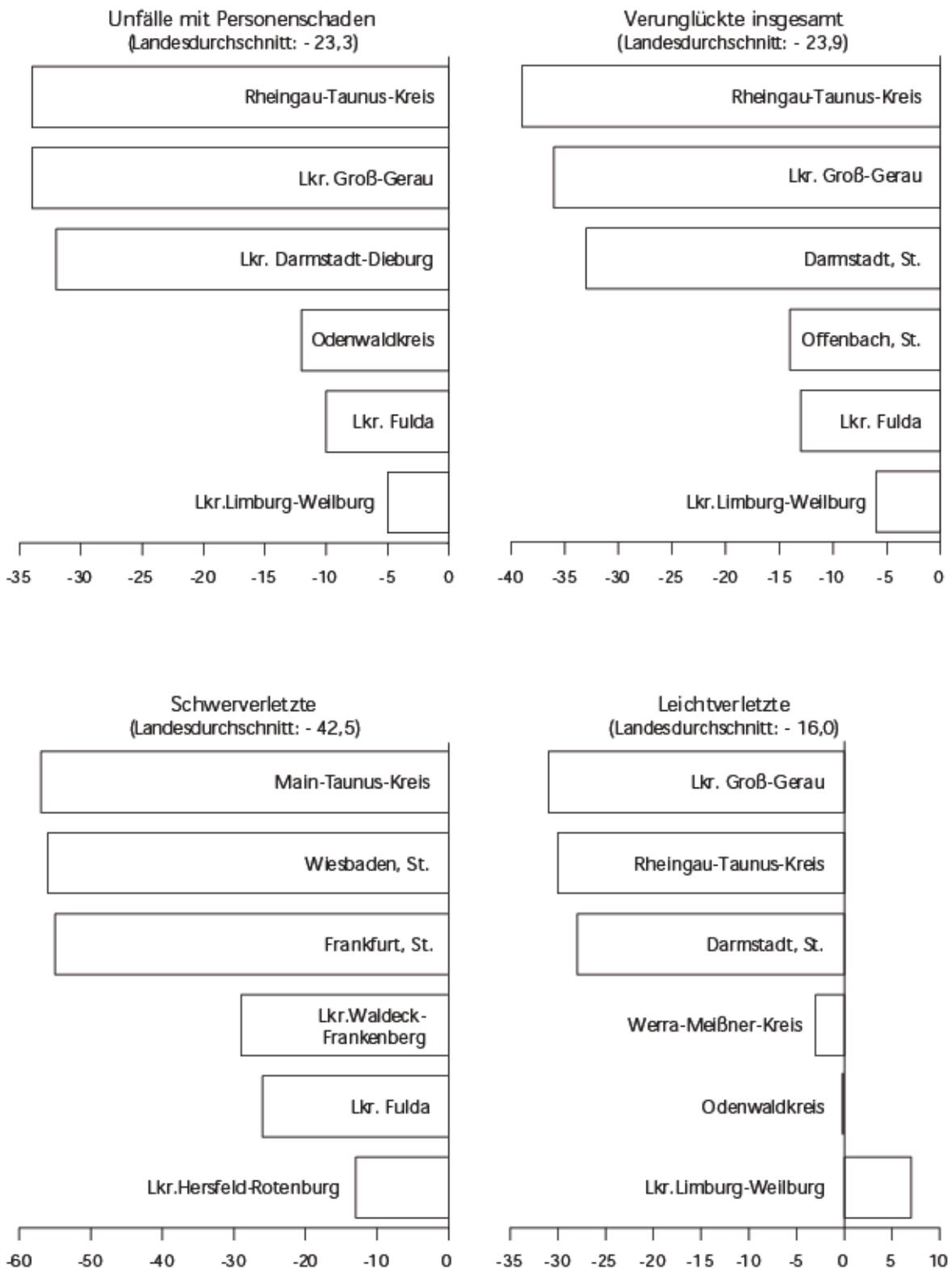
⁴Dauer der täglichen Teilnahme am Straßenverkehr.

Abnahme der Zahl der bei Unfällen im Straßenverkehr Verletzten oder Getöteten
1977/78 bis 1997/98



HSL 36/99

Verwaltungsbezirke mit den jeweils drei höchsten und niedrigsten Veränderungsrate
 1997/98 gegenüber 1977/78
 (Angaben in %)



HSL 37/99

ein knappes Viertel ab. Die Entwicklung verlief in den kreisfreien Städten mit einem Rückgang von knapp 28 % wiederum günstiger als in den Landkreisen mit annähernd – 23 %. Bei den Regierungsbezirken kam der Reg.-Bez. Darmstadt auf – 27 %, der Reg.-Bez. Kassel auf etwas über – 20 % und der Reg.-Bez. Gießen auf annähernd – 17 %.

Sehr viel besser war die Situation im Rheingau-Taunus-Kreis mit – 39 %, im Landkreis Groß-Gerau mit fast – 36 % und in der kreisfreien Stadt Darmstadt mit fast – 33 %. Als erster nordhessischer Kreis folgte der Schwalm-Eder-Kreis mit etwas über – 32 %. Unter dem Landesdurchschnitt befanden sich u. a. der Landkreis Bergstraße, die kreisfreie Stadt Kassel und der Landkreis Kassel mit jeweils – 22 %, der Lahn-Dill-Kreis (– 21 %), der Wetteraukreis (– 20 %) und der Vogelsbergkreis (– 19 %). Auch hier stand der Landkreis Limburg-Weilburg an letzter Stelle; die Zahl der Verletzten und Getöteten ging in den beiden Jahrzehnten nur um etwas über 6 % zurück.

Zahl der Getöteten mehr als halbiert

Durch Unfälle im Straßenverkehr erlitten 1997/98 in Hessen 1133 Menschen so schwere Verletzungen, daß sie entweder am Unfallort oder innerhalb von 30 Tagen im Krankenhaus verstarben, davon 1004 in den Landkreisen und 129 in den kreisfreien Städten. Im Reg.-Bez. Darmstadt kamen 555 Personen bei Unfällen im Straßenverkehr ums Leben, im Reg.-Bez. Kassel waren es 326, im Reg.-Bez. Gießen 252.

Unter den Landkreisen war der Wetteraukreis mit 73 Getöteten am schlimmsten betroffen, gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis mit 69 und dem Schwalm-Eder-Kreis mit 65. Etwa 60 Todesopfer gab es in den Landkreisen Wald-eck-Frankenberg, Gießen, Bergstraße, Fulda und Marburg-Biedenkopf. Im Landkreis Limburg-Weilburg waren es 55 Getötete und im Landkreis Kassel 53. Unter 50 Verkehrstote hatten die Landkreise Offenbach und Darmstadt-Dieburg, der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Groß-Gerau. Unter 40 waren es im Vogelsbergkreis, im Werra-Meißner-Kreis, im Odenwaldkreis, im Hochtaunuskreis, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Noch darunter lag der Main-Taunus-Kreis mit 18 im Straßenverkehr getöteten Menschen.

Bei den kreisfreien Städten wies Frankfurt am Main 62 Getötete auf — deutlich weniger als der Wetteraukreis —, gefolgt von Kassel mit 22, Wiesbaden mit 21, Darmstadt mit 13 und Offenbach am Main mit 11.

1977/78 lag die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten in Hessen noch bei 2460; 2090 waren es in den Landkreisen und 370 in den kreisfreien Städten. Im Reg.-Bez. Darmstadt verloren 1420 Menschen durch Verkehrsunfälle ihr Leben, im Reg.-Bez. Kassel 542 und im Reg.-Bez. Gießen 498.

Damals gab es noch elf Verwaltungsbezirke mit 100 oder mehr Verkehrstoten: An erster Stelle die kreisfreie Stadt Frankfurt am Main mit 178, gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis mit 168, dem Landkreis Offenbach mit 161, dem Wetteraukreis mit 140, den Landkreisen Bergstraße und Darmstadt-Dieburg (132 bzw. 118), dem Lahn-Dill-Kreis mit 114, den Landkreisen Gießen und Marburg-Biedenkopf mit jeweils 107, dem Schwalm-Eder-Kreis mit 101 sowie dem Landkreis Kassel mit 100. Unter 100 Verkehrstote gab es im Landkreis Groß-Gerau, im Vogelsbergkreis und im Rheingau-Taunus-Kreis. Unter 90 waren es in den Landkreisen Wald-eck-Frankenberg und Fulda; unter 80 im Landkreis Limburg-Weilburg, im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Unter 60 waren es im Werra-Meißner-Kreis und in den kreisfreien Städten Wiesbaden und Darmstadt. In der kreisfreien Stadt Kassel gab es 1977/78 insgesamt 43 Verkehrstote, in der kreisfreien Stadt Offenbach am Main waren es 40 und im Odenwaldkreis 34 Tote.

Besonders spürbar war der Rückgang bei der Zahl der Menschen, die bei Unfällen im Straßenverkehr ihr Leben verloren: Zwischen 1997/98 und 1977/78 betrug die Abnahmerate hessenweit knapp 54 %. Dabei übertrafen die kreisfreien Städte mit einem Rückgang von 65 % die Landkreise mit 52 % recht deutlich. Bei den Regierungsbezirken kam der Reg.-Bez. Darmstadt auf – 61 %, der Reg.-Bez. Gießen auf etwas über – 49 % und der Reg.-Bez. Kassel auf – 40 %.

Weit darüber lag der Rückgang im Landkreis Offenbach mit – 70 %, in der kreisfreien Stadt Darmstadt mit – 65 %, im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit – 62 %, im Lahn-Dill-Kreis mit – 60,5 %, im Main-Kinzig-Kreis mit – 59 % sowie im Landkreis Bergstraße mit – 56 %. Unter dem Landesdurchschnitt lagen der Wetteraukreis (– 48 %), die Landkreise Kassel (– 47 %) und Gießen (– 45 %) sowie der Schwalm-Eder-Kreis mit – 36 %. Da die Zahlen für die übrigen kreisfreien Städte und Landkreise 1977/78 unter 100 lagen, wurden hierfür keine prozentualen Veränderungen berechnet.

Zahl der Schwerverletzten fast halbiert

Bei Straßenverkehrsunfällen erlitten 1997/98 in Hessen etwas mehr als 14 100 Menschen so schwere Verletzungen, daß sie stationär im Krankenhaus aufgenommen werden mußten, davon fast 11 800 in den Landkreisen und etwas über 2300 in den kreisfreien Städten. Im Reg.-Bez. Darmstadt waren es etwas über 7200 Personen, im Reg.-Bez. Kassel fast 4100 und im Reg.-Bez. Gießen 2800.

Unter den Landkreisen ragte wieder der Wetteraukreis mit 850 Schwerverletzten heraus. Es folgten der Main-Kinzig-Kreis und der Landkreis Waldeck-Frankenberg mit etwa 720 und der Lahn-Dill-Kreis mit 713. Weniger als 700 Schwerverletzte gab es in den Landkreisen Kassel und Bergstraße, im Schwalm-Eder-Kreis, in den Landkreisen Fulda, Offenbach,

Gießen und Darmstadt-Dieburg. Weniger als 600 waren es in den Landkreisen Limburg-Weilburg und Hersfeld-Rotenburg. Unter 500 Schwerverletzte verzeichneten der Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Rheingau-Taunus-Kreis, der Vogelsbergkreis und der Werra-Meißner-Kreis. Unter 400 waren es im Hochtaunuskreis und im Landkreis Groß-Gerau. Mit etwas unter 300 Schwerverletzten lag der Odenwaldkreis nur wenig über dem Main-Taunus-Kreis, der mit 281 unter den Landkreisen den niedrigsten Wert aufwies.

Bei den kreisfreien Städten wies Frankfurt am Main fast 1000 Schwerverletzte auf — auch hier wesentlich mehr als der Wetteraukreis —, gefolgt von Wiesbaden mit 450, Kassel mit 440, Darmstadt mit annähernd 270 und Offenbach am Main mit 208.

Zwanzig Jahre zuvor lag die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen schwer Verletzten in Hessen noch bei über 24 500. Auf die Landkreise entfielen etwas über 19 700, auf die kreisfreien Städte knapp 4800. Im Reg.-Bez. Darmstadt waren es etwas über 13 900, im Reg.-Bez. Kassel fast 6000 und im Reg.-Bez. Gießen knapp 4600.

Die Reihenfolge der Verwaltungsbezirke am oberen und am unteren Ende war damals etwas anders: Unter den Landkreisen hatte der Main-Kinzig-Kreis mit annähernd 1600 Menschen die „Spitzenstellung“ inne, gefolgt vom Lahn-Dill-Kreis mit knapp 1300 und dem Wetteraukreis mit etwas über 1200. Unter dem Wert von 1200 befanden sich der Landkreis Bergstraße, der Schwalm-Eder-Kreis und der Landkreis Darmstadt-Dieburg. Um 1000 Schwerverletzte gab es in den Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Offenbach. Darunter befanden sich der Landkreis Kassel und der Rheingau-Taunus-Kreis. Weniger als 900 Schwerverletzte gab es in den Landkreisen Gießen, Fulda, Marburg-Biedenkopf und im Hochtaunuskreis. Weniger als 800 waren es in den Landkreisen Limburg-Weilburg, Groß-Gerau und im Vogelsbergkreis. Unter 700 waren es im Main-Taunus-Kreis und im Werra-Meißner-Kreis. Knapp 600 Schwerverletzte wurden damals im Landkreis Hersfeld-Rotenburg ermittelt, knapp 500 waren es im Odenwaldkreis.

Bei den kreisfreien Städten hatte Frankfurt am Main annähernd 2200 Schwerverletzte, also deutlich mehr als der Main-Kinzig-Kreis, gefolgt von Wiesbaden mit etwas über 1000, Kassel mit etwas über 700, Darmstadt mit über 500 und Offenbach am Main mit über 300.

Auch bei Schwerverletzten hohe Rückgänge im Rhein-Main-Gebiet

Die Zahl der Menschen, die bei Unfällen im Straßenverkehr schwere Verletzungen erlitten, nahm zwischen 1997/98 und 1977/78 hessenweit um über 40 % ab. Auch hier hatten die kreisfreien Städte mit einem Rückgang von 51 % einen klaren Vorsprung vor den Landkreisen mit etwas über 40 %. Bei den

Regierungsbezirken kam der Reg.-Bez. Darmstadt auf – 48 %, der Reg.-Bez. Gießen auf – 39 % und der Reg.-Bez. Kassel auf annähernd – 31 %.

Merklich höher war die Abnahmerate im Main-Taunus-Kreis mit – 57 %, in den kreisfreien Städten Wiesbaden und Frankfurt am Main mit über – 55 %, im Hochtaunuskreis und im Main-Kinzig-Kreis mit etwa – 54 %, im Landkreis Groß-Gerau und im Rheingau-Taunus-Kreis mit – 52 %. Unter dem Landesdurchschnitt befanden sich u. a. der Vogelsbergkreis mit annähernd – 41 %, die kreisfreie Stadt Kassel und der Odenwaldkreis (jeweils – 40 %), die kreisfreie Stadt Offenbach am Main (– 37,5 %) und der Landkreis Offenbach (– 35 %). Diesmal stand der Landkreis Hersfeld-Rotenburg an letzter Stelle; die Zahl der Schwerverletzten ging in den beiden Jahrzehnten „nur“ um etwas über 12,5 % zurück.

Nur kleiner Rückgang bei der Zahl der Leichtverletzten

1997/98 erlitten in Hessen etwas mehr als 56 200 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten. Fast 41 600 waren es in den Landkreisen und annähernd 14 700 in den kreisfreien Städten. Im Reg.-Bez. Darmstadt waren fast 34 900 Personen betroffen, im Reg.-Bez. Kassel etwas über 10 900 und im Reg.-Bez. Gießen etwas über 10 400.

Vor zwanzig Jahren befand sich die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen leicht Verletzten in Hessen noch bei knapp 67 000 Menschen. Auf die Landkreise entfielen annähernd 48 400, auf die kreisfreien Städte annähernd 18 600. Im Reg.-Bez. Darmstadt waren es etwas über 43 100, im Reg.-Bez. Kassel etwas über 12 700 und im Reg.-Bez. Gießen 11 100.

Abnahmerate bei der Zahl der Leichtverletzten weniger stark ausgeprägt

Die Zahl der Menschen, die bei Unfällen im Straßenverkehr leichte Verletzungen erlitten, nahm zwischen 1997/98 und 1977/78 hessenweit „nur“ um 16 % ab. Hier hatten die kreisfreien Städte mit einem Rückgang von 21 % ebenfalls einen klaren Vorsprung vor den Landkreisen mit 14 %. Bei den Regierungsbezirken kam der Reg.-Bez. Darmstadt auf – 19 %, der Reg.-Bez. Kassel auf – 14 % und der Reg.-Bez. Gießen auf – 6 %.

Die höchste Abnahmerate gab es im Landkreis Groß-Gerau mit annähernd – 31 %, dicht gefolgt vom Rheingau-Taunus-Kreis mit – 30 %. Die kreisfreie Stadt Darmstadt kam auf – 28 %, der Schwalm-Eder-Kreis und der Landkreis Darmstadt-Dieburg auf etwas über – 26 %. Genau im Durchschnitt befand sich die kreisfreie Stadt Kassel mit – 16 %; knapp darunter war der Landkreis Kassel. Der Hochtaunuskreis folgte mit annähernd – 15 %, der Wetteraukreis mit – 14,5 % und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit – 14 %. Der Landkreis

Gießen erreichte etwas über – 13 %, der Landkreis Bergstraße knapp – 12 %. Bei knapp – 10 % lag der Wert für den Landkreis Waldeck-Frankenberg; einstellig war er für den Landkreis Offenbach (– 8 %), den Lahn-Dill-Kreis und die kreisfreie Stadt Offenbach am Main (jeweils – 7,5 %), die Landkreise Fulda (– 7 %) und Marburg-Biedenkopf (– 5 %), den Vogelsbergkreis und den Werra-Meißner-Kreis (jeweils – 3 %). Unverändert blieb im Vergleichszeitraum die Zahl der Leichtverletzten im Odenwaldkreis. Dagegen kam es im Landkreis Limburg-Weilburg sogar zu einem Anstieg von etwas über 7 %.

Schlußbemerkung

Das Voranstehende hat gezeigt, daß es in den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen in sehr unterschiedlichem Umfang gelungen ist, die Unfallzahlen bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden und die Zahl der verletzten oder getöteten Menschen zu verringern. Ein Grund für die starke Streuung der Abnahmeraten könnte allerdings darin liegen, daß die Bildung von Zweijahresgruppen noch nicht ausreicht, um eher zufällige Schwankungen auszuschließen. Deshalb soll diese Untersuchung mit dem Vorliegen weiterer Ergebnisse wiederholt werden. □

Karten und Statistik Hessen - CD-ROM

Die CD-ROM „Karten und Statistik“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesvermessungsamt. Sie bietet Ihnen eine Fülle von Anwendungsmöglichkeiten:

- Druckbare topographische Karten — flächendeckend und blattschnittfrei in verschiedenen Maßstäben (1 : 50 000, 1 : 200 000, 1 : 1 000 000)
- Statistiken u.a. über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Sozialleistungen, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Steuern und Finanzen (insgesamt 17 Kapitel mit 455 Merkmalen)
- Einblenden von statistischen Merkmalen als Tabelle oder Diagramm. Für ausgewählte Sachverhalte auch als farbige Kartogramme zur Regionalstruktur
- Anschriften der Gemeindeverwaltungen
- Messen und Markieren von Strecken und Flächen
- Bis zu fünf Zeichnungsebenen für eigene Eintragungen
- Aufbau einer eigenen Adressdatenbank und Kombination mit Notizen in der Karte möglich

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, mindestens 8 MB RAM, Grafikkarte mit 256 Farben, Windows 3.1 oder höher, CD-ROM-Laufwerk

Preis: 148,00 DM. Sie können die CD-ROM über Ihre Buchhandlung beziehen oder direkt bei uns.

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

W-76

Finanzstatistik - Auf dem Weg zu neuen Datenangeboten

Der Prozeß der Reform der Landesverwaltung verlangt Transparenz. Es fehlt in diesem Reformprozeß noch an nachvollziehbaren Berichten aus der Verwaltung zur Umsetzung der Zielvorgabe „Kundenorientierung“. Im Mittelpunkt dieses Berichts aus der Statistik stehen die Entwicklung neuer Produkte, der Einsatz von Projektgruppenarbeit und die Kooperation mit einer externen Stelle. Es sind in der Gesamtschau des Reformprozesses der Landesverwaltung sicherlich nur Mosaiksteinchen, Details, in denen aber „der Teufel stecken kann“. Der Beitrag wirft die Frage auf, inwieweit die hier im Rahmen eines Projekts gewonnenen Erfahrungen generalisierbar sind. Nicht zuletzt soll dieser Beitrag die Interessenten an finanz- und steuerstatistischen Datenangeboten über den Stand der Produktentwicklung in diesem Bereich informieren.

Szenario

Das an die breite Öffentlichkeit gerichtete Angebot an finanzstatistischen Ergebnissen des Hessischen Statistischen Landesamtes ist recht umfänglich. Dieser Umfang hat seinen Preis. So bindet das Veröffentlichungsprogramm einen nicht zu vernachlässigenden Teil des für die Finanzstatistik verfügbaren Personals. Trotz des Umfangs an publizierten finanzstatistischen Ergebnissen ist nur ein Teil des finanzstatistischen Informationsbedarfs mit und aus den standardmäßigen Angeboten abzudecken. Und veränderten Bedürfnissen auf Seiten der Nutzer — insbesondere nach informationstechnisch aktuellen Publikationsformen — kann nur sehr langsam Rechnung getragen werden. Anfang 1995 stellte die hessische Landesregierung mit den Eckpunkten eines neuen Qualitätsbegriffs für die hessische Landesverwaltung — „Hessische Landesverwaltung 2000“¹⁾ — Grundsätze für eine Verwaltungsreform in Hessen auf und formulierte dabei weitreichende Zielvorgaben. Insbesondere wurde ein eigenes Selbstverständnis für den Landesdienst formuliert: „Die Dienststellen der „Hessischen Landesverwaltung 2000“ verstehen sich als moderne Dienstleistungsunternehmen (Bürger als Kunden). Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten im Rahmen ihres Auftrags kunden- und ergebnisorientiert.“ Bereits im Jahr 1996 wurde für den Bereich der Finanzstatistik die Operationalisierung dieser allgemeinen Zielvorgabe der Landesregierung ins Auge gefaßt, um die Deckungslücke zwischen Datenangebot und Datennachfrage zunächst genauer zu bestimmen und sie daran anknüpfend zu schließen.

Ausgangsthese war dabei, daß durch den rasanten Fortschritt der Informationstechnik und Wandel zur Telekommunikationsgesellschaft einerseits, die Fortentwicklung der Dienst-

leistungsgesellschaft andererseits, das tradierte Veröffentlichungsprogramm fortschreitend an Nutzern und Nutzungen verlieren wird.

Aufdeckung von Defiziten

Um die Angebotslücke auszuloten, wurden verschiedene, leicht zu realisierende Maßnahmen eingeleitet. Unter anderem wurde die Aktion „Daten-Nachfrage“ initiiert. Mit einem zweiseitigen Fragebogen, der auf verschiedenen Wegen verbreitet und Adressaten zugeleitet wird, werden die Nutzung finanzstatistischer Daten und Publikationen sowie Datenbedarf und Nutzungswünsche erkundet. Aus den rücklaufenden Fragebogen wird eine „Kundenkartei“ erstellt, die schon kurz nach ihrer Eröffnung interessante Hinweise zur Weiterentwicklung des finanzstatistischen Datenangebots zu liefern vermochte. Jeweils über vier Fünftel der Interessenten finanzstatistischer Daten äußert Bedarf an Einzeldaten sowohl von Gemeinden als auch von Gemeindeverbänden. Dieses starke Interesse an regionalstatistischen Ergebnissen sollte dabei, nach den Wünschen der Datennutzer, über Tabellen, textliche Abhandlungen, Grafiken und auch kartographische Darstellungen abgedeckt werden. Zudem wünschen fast die Hälfte der respondierenden Nutzer finanzstatistischer Daten leicht handhabbare Datenbanken für die Arbeit in der eigenen IT-Umgebung. Für ein Internetangebot finanzstatistischer Daten plädieren etwa ein Zehntel der Responsefälle. Auf dieses Nachfragesegment wird sich zukünftig besonderes Augenmerk richten, da es aller Voraussicht nach am schnellsten wachsen wird.

Fortentwicklung unter Restriktionen

Die Aufgabe „Fortentwicklung des finanzstatistischen Datenangebots“ war im wesentlichen unter folgenden Restriktionen zu lösen:

1. Es steht nur (noch) das vorhandene Personal zur Verfügung.
2. Die Arbeiten für neue Produkte (Dienstleistungen) sind auf der Grundlage von klaren Programm- und Zielvorgaben ziel- und ergebnisorientiert durchzuführen.
3. Die Arbeitsabläufe sind flexibel zu gestalten, um eine referatsübergreifende projektbezogene Erledigung der Arbeit zu erleichtern.
4. Neue Produkte müssen wirtschaftlich sein.

Mit der ersten Restriktion ist die heute in der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf Veränderungsprozesse wohl allge-

¹⁾ Reform der Hessischen Landesverwaltung, Beschluß der Hessischen Landesregierung vom 17. Januar 1995, Staatsanzeiger für das Land Hessen, Nr. 7, 13. Februar 1995, Seite 430 ff.

mein prioritäre und schwerwiegendste angesprochen. Nach jahrelanger Personalbewirtschaftung hat die Personalsituation auch in der Finanzstatistik eine kritische Phase erreicht. Es war daher zu ventilieren, ob man sich unter diesen Umständen überhaupt der Aufgabe annehmen kann, neue Produkte zu entwickeln. Zugleich aber war klar, daß man sich den wachsenden Anforderungen der Nutzer an die Finanzstatistik nicht ohne Verlust an Nachfrage und Image verschließen kann. Das entsprechende Problembewußtsein konnte bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Finanzstatistik über Zieldiskussionen geschaffen bzw. verstärkt werden und mündete schließlich in der Einrichtung von Projektgruppenarbeit auf freiwilliger Basis. Das damit einhergehende Job-enrichment und die Möglichkeit, einen produktiven Beitrag für die Verwirklichung gemeinsamer Ziele zu leisten, ließen Produktivität und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spürbar steigen.

Nur vordergründig stellte das Gebot der Wirtschaftlichkeit eine Schwierigkeit dar. In dem finanzstatistischen Segment des bestehenden Veröffentlichungsprogramms waren einige Fehlallokationen leicht aufzudecken. Angesichts der bestehenden Optionen zu Reduzierungen im Angebot der Printveröffentlichungen und flankierenden Rationalisierungsmaßnahmen wurden daher keine Hürden durch Voruntersuchungen zur Wirtschaftlichkeit errichtet. In der Folge konnte binnen eines halben Jahres im Rahmen einer Projektgruppe die konzeptionelle Idee eines „Finanzstatistischen Atlas“ entwickelt und zu einem Realisierungsprogramm konkretisiert werden.

Das Projekt „Finanzstatistischer Atlas“

Die Grundidee eines neuen Produkts „Finanzstatistischer Atlas“ besteht darin, daß Daten zu ausgewählten Merkmalen der Finanz- und Personalstatistik sowie ergänzende, über den finanzstatistischen Bereich hinausgehende Daten kartographisch dargestellt werden. Zu jedem Merkmal wird eine Gemeinde- oder Kreiskarte erstellt. Erläuternde Kurztexpte, zum Verständnis erforderliche Hintergrundinformationen und eine Kurzanalyse werden jedem Kartogramm ebenso beigelegt, wie Tabellen mit dem Kartogramm zugrundeliegenden und ergänzenden Daten.

Auf Basis dieses Grundkonzepts läßt sich ein breites Spektrum an Produktdiversifikationen vorstellen. Die Projektgruppe hat dabei zwei Varianten des „Finanzstatistischen Atlas“ eingehend diskutiert, die für eine Realisierung besonders interessant erschienen:

2) Oliver Linge hat zur Erlangung seines Diploms in Betriebswirtschaft am Fachbereich „Wirtschaft“ der Fachhochschule Wiesbaden die Diplomarbeit mit dem Titel „Die Untersuchung der Marktfähigkeit alternativer Produktkonzepte für finanz- und steuerstatistische Daten bei Gebietskörperschaften des Landes Hessen — Eine empirische Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Statistischen Landesamt“ im Mai 1999 bei Herrn Professor Detlef Pagels eingereicht. Auf Anforderung stellen wir gerne ein Leihexemplar der mit „Sehr gut“ bewerteten Arbeit zur Verfügung.

Ein Loseblattwerk, mit Ergänzungs- und Aktualisierungslieferungen sowie umfassenden Supplements (Methodendarstellungen, Systematiken, Daten-CD-ROM u.a.), und eine gebundene Buchausgabe, mit etwa 100 Kartogrammen, erläuternden Texten und tabellarischem Anhang zu ausgewählten finanzstatistischen Kennzahlen.

Ende 1998 wurde ein verantwortlicher Leiter für die Projektgruppe benannt. Um die referatsübergreifende Arbeit einzuleiten, wurde der Bereich der Steuerstatistiken in das Projekt einbezogen. Die neue Projektgruppe hatte das Ziel, das Produkt „Finanz- und steuerstatistischer Atlas“ unter Berücksichtigung der Interessen der Nutzer der Finanz- und Steuerstatistiken zu entwickeln und marktfähig zu gestalten.

Unter arbeitstechnischen Gesichtspunkten stellte und stellt die Wahl einer Software zur kartographischen Darstellung der Daten das größte Problem dar. Unter Effizienzgesichtspunkten werden die Daten für den Atlas ganz überwiegend medienbruchfrei aus der HEPAS-Fachdatei HSL bereitgestellt, aber eine geeignete Software für eine automatisierte Weiterverarbeitung zu Kartogrammen zu finden, zählt zu den wichtigsten Herausforderungen, die noch zu bewältigen sind.

Ein Weg ins „Marketing“ - die Erforschung der Nutzerwünsche

Als problematisch erwies sich aber insbesondere das Defizit an Kenntnissen moderner Marktforschung und zeitgemäßem, zielgerichtetem Marketing. Konkret stellte sich zunächst die Frage, ob für die Produktidee des „Finanz- und steuerstatistischen Atlas“ überhaupt ein Markt vorhanden ist. Nachdem bereits auf dem Gebiet der Informationstechnik eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Wiesbaden durch den Präsidenten des HSL eingeleitet worden war, lag es nahe, auch in den Fragen des Marketing auf diesem Wege externe Unterstützung zu suchen. Der Kontakt zur Fachhochschule Wiesbaden, zum Fachbereich „Wirtschaft“, und dort zu Herrn Professor Detlef Pagels, Dozent für Marktforschung und Statistik, kam schnell und unbürokratisch zustande. Nach zwei Briefings vergab Professor Pagels das Thema „Die Untersuchung der Marktfähigkeit alternativer Produktkonzepte für finanz- und steuerstatistische Daten bei Gebietskörperschaften des Landes Hessen“ für eine Diplomarbeit an Herrn Oliver Linge²⁾.

Das Untersuchungsziel der Diplomarbeit umfaßte die Analyse der Einstellungen der Nutzer zu dem neuen Produktkonzept der kartographischen Darstellung von finanz- und steuerstatistischen Daten sowie die Präferenzen hinsichtlich der alternativen Veröffentlichungsformen. Nebenziele der Untersuchung waren die Aufdeckung der Anforderungsprofile und des Nutzungsverhaltens der Gebietskörperschaften hinsichtlich der finanz- und steuerstatistischen Datenangebote. Im weiteren wurde auch die Preisakzeptanz in dem Konzepttest qualitativen Charakters angesprochen.

Die „Gebietskörperschaften“ (Gemeindevertreter/Stadtverordnete, Abgeordnete des Hessischen Landtags, Kreistagsabgeordnete, Gemeindevorstände, Fraktionsgeschäftsstellen, Kreisausschüsse) stellen mit schätzungsweise 80 v.H. der potentiellen Interessenten die Hauptzielgruppe für finanz- und steuerstatistische Datenangebote. Die Teilzielgruppen Gemeindevorstände, Kreisausschüsse und die Mitglieder des Hessischen Landtags konnten über Vollerhebungen befragt werden. Für die rund 14 000 Gemeindevertreter und Stadtverordneten in Hessen, die zirka 1 400 Kreistagsabgeordneten und die Fraktionsgeschäftsstellen wurden Stichprobenerhebungen durchgeführt.

Die Verbalbeschreibung des Konzepts und die Fragen ließen sich auf Grund der besonderen Struktur der Zielgruppen relativ kurz und knapp formulieren. Alle Befragten erhielten als Anlage zum Fragebogen Muster eines Kartogramms sowie der zugehörigen Text- und Tabellenseite. Der zehnte Fragen umfassende Ermittlungskatalog wurde in einen Erhebungsbogen umgesetzt und im Hessischen Statistischen Landesamt zur Einsatzreife entwickelt. Die Erhebung wurde im Zeitraum vom 2. März bis zum 26. März dieses Jahres durchgeführt. Trotz einiger Erschwernisse, unter denen die Erhebung stattfinden mußte — u. a. enge Terminierung durch die Prüfungsbedingungen, Osterferienzeit — kam fast jeder dritte Erhebungsbogen verwertbar ausgefüllt zurück.

Interesse und Nutzung finanzstatistischer Daten

Die Untersuchung wies eindrucksvoll ein großes Potential an Nutzern der finanz- und steuerstatistischen Daten bei den Gebietskörperschaften, sowohl im parlamentarischen als auch im exekutiven Bereich, nach. Nur etwa 1 % der Befragten offenbarte kein Interesse, wohingegen in allen Teilzielgruppen zumindest drei Viertel der Befragten großes oder sogar sehr großes Interesse an finanz- und steuerstatistischen Daten bekundeten. Von den Befragten wurden auch die gedruckten Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes entsprechend genutzt: Mit gut 70 % ist bei allen respondierenden Befragten die Eigeninformation mit Abstand häufigster Nutzungszweck finanz- und steuerstatistischer Daten. An zweiter Stelle liegt mit rund 40 % die Nutzung für Planungszwecke, gefolgt von Analysezwecken (35 %) und der Informationsweitergabe an Dritte (34 %). Bei den Nutzungsgründen zeigte die Untersuchung auffällige Unterschiede in den Teilzielgruppen, die in starkem Zusammenhang mit dem Grad der Professionalität der jeweiligen Befragtengruppe stehen. Die Publikationen finanz- und steuerstatistischer Daten erreichen nach den Untersuchungsergebnissen einen beachtlichen Bekanntheitsgrad: Drei Viertel der Befragten gaben an, die Publikationen zu kennen. Dabei

zeigte die Untersuchung auch deutlich, daß die tradierten finanzstatistischen Veröffentlichungen weit von dem Anforderungsprofil der Verwender entfernt sind. Am wichtigsten sind für alle Befragten — und in diesen Punkten entsprechen die herkömmlichen Veröffentlichungen am wenigsten den Anforderungen der Nutzer — das „schnelle Auffinden der gewünschten Daten“, die „Aktualität der Daten“ und die „einfache Handhabung“ der Veröffentlichungen.

Beurteilung des neuen Atlantenkonzepts

Das Konzept „Finanzstatistischer Atlas“ findet einen überaus positiven Anklang: Über 90 % der befragten Gebietskörperschaften halten das Konzept für interessant oder gar sehr interessant. So erzielt das Konzept auch im Vergleich zur Einschätzung der tradierten Veröffentlichungen eine bessere Bewertung: „... das neue Konzept [entspricht] den Bedürfnissen und Wünschen der Nutzergruppen wesentlich stärker als die tradierten Berichte und Beiträge . . .“³⁾. Im Hinblick auf die Produktalternativen, Loseblattsammlung versus Buchausgabe, zeigte der Response eine klare Präferenz für ein Loseblattwerk. Weniger als ein Fünftel der Befragten entschied sich für eine Buchausgabe. Dabei stellt die Aktualität das wichtigste Kriterium für die Präferenz zum Sammelwerk dar. Eine Schwäche der Loseblattsammlung wird in dem Aufwand für ihre Aktualisierung gesehen

Was sind Nutzer bereit, für Produkte auf Basis des neuen Konzeptes auszugeben? Der zuvor von der Projektgruppe als wirtschaftlich ermittelte Verkaufspreis von 75 DM für die Buchausgabe wird von fast 60 % der Befragten als gerechtfertigt angesehen. Für das Grundwerk des Loseblattwerks wurde ein Verkaufspreis von 150 DM, für die Ergänzungs- und Aktualisierungslieferungen ein Seitenpreis von 1 DM kalkuliert und zur Beurteilung gestellt. Es halten nur ein Drittel der Befragten den Preis für das Grundwerk für gerechtfertigt und weniger als einem Fünftel der Untersuchungsteilnehmern erscheint der Preis für die Folgeseiten akzeptabel.

Wie es weitergeht und weiter gehen kann

Das Untersuchungsergebnis wirft neue Fragen auf, und alte haben an Brisanz gewonnen. Zusätzlicher Klärungsbedarf wurde deutlich. Zur Zeit wird daher ein Prototyp des Loseblattwerks für einen Produkttest entwickelt, der die notwendigen Antworten liefert und die Basis für ein Marketingkonzept zur Einführung des „Finanz- und steuerstatistischen Atlas“ verbreitern soll. Die Tragweite der Entscheidung — Einstellung eines Teils der bisherigen Publikationen und Einführung eines umfassenden, neuen Produkts — verlangt Flexibilität im Entwicklungs- und Entscheidungsprozeß.

Die finanz- und steuerstatistischen Veröffentlichungen sind nicht monolithisch, sondern im Rahmen des gesamten Veröffentlichungswesens des Hessischen Statistischen Landesamtes (Corporate Identity) zu sehen. So ist im weiteren die für Publi-

3) Linge, Oliver; Die Untersuchung der Marktfähigkeit alternativer Produktkonzepte für finanz- und steuerstatistische Daten bei Gebietskörperschaften des Landes Hessen; unveröffentlichte Diplomarbeit; Frankfurt am Main, Mai 1999, S. 59 ff.

kationen zentral zuständige Abteilung „Information“ in die Entscheidungsfindung einbezogen, mit der Perspektive, das „Atlantenkonzept“ gegebenenfalls auch auf andere statistische Bereiche auszudehnen.

Durch ständigen Informationsaustausch auf der Ebene der statistischen Ämter der Länder und des Bundes werden Parallelentwicklungen und Doppelarbeiten vermieden. Bei einer positiven Produktionsentscheidung in Hessen kann dies zweifellos auch Auswirkungen auf das „Produktdesign“ des finanzstatistischen Angebots anderer statistischer Ämter entfalten.

Über den Rand geschaut

Die Landesregierung hat in das Programm "Hessische Landesverwaltung 2000" keine Differenzierung für einzelne Verwaltungsebenen oder -zweige aufgenommen. Lassen sich im Umkehrschluß auch die, aus der Umsetzung der Eckpunkte und Leitsätze dieses Programms, in einem kleinen Verwaltungsausschnitt gewonnenen Erfahrungen generalisieren? Bis zu einem übergreifenden Erfahrungsbericht drängen sich aus dem vorgestellten Projekt Fragen übergeordneten Interesses auf:

- Wird fortgesetzter Personalabbau die Verwaltung nicht innovativer Spielräume berauben? Droht ein weiterer Personalabbau daher nicht, im Hinblick auf die globalen Zielsetzungen der Verwaltungsreform, suboptimale Organisationsstrukturen und Produktionen festzuschreiben und letztlich die tiefreichenden Reformziele zu gefährden?
- Die Implementierung privatwirtschaftlicher Elemente in der Verwaltung beansprucht Personalressourcen für Buch-

führung, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling. Demgegenüber steht kaum Personal für nachhaltige Aufgabenkritik, kreative Entwicklungs- und Optimierungsprozesse und nutzerorientierte Innovationen zur Verfügung. Wird die Verwaltung somit auf dem eingeschlagenen Weg nur in den Stand gesetzt, buchhalterisch genau die Kosten der bestehenden Produktionsstrukturen nachzuweisen? Werden, pointiert formuliert, aus der Privatwirtschaft lediglich die „bürokratischen“ Steuerungsinstrumente, nicht aber dynamische, „unternehmerische“ Instrumente adaptiert?

- Es besteht ein Bedarf an Information und Erfahrungsaustausch über die konkrete Praxis der Umgestaltung von Verwaltungsleistungen in kundenorientierte Produkte. Wie läßt sich hierzu ein geeignetes Forum, das auch das in der Verwaltung vorhandene Potential an Kreativität sichtbar werden und zur Entfaltung kommen läßt, realisieren?

Jenseits dieser weiterführenden Fragen bleibt festzuhalten: Über konsequente Nutzung der Arbeitsteilung, der Kooperation und des Transfers von Wissen und Know-how zwischen den Verwaltungen einerseits und Verwaltungen und Hochschulen andererseits lassen sich für alle Beteiligten Vorteile erzielen. Die Kooperation zwischen Fachhochschule Wiesbaden und Hessischem Statistischem Landesamt auf den Feldern von Internetworking und Betriebswirtschaft kann dafür beispielgebend sein. Und: Innovative Prozesse sind auch bei knappen Personalressourcen möglich. Über neue Modelle der Steuerung, die konsequente Umsetzung der ziel- und ergebnisorientierten Führung und unter Einsatz von Projektgruppenarbeit, letztlich also über die Motivation und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, lassen sich notwendige Spielräume hierfür noch „erwirtschaften“. □

Der Anbau auf dem Ackerland zur Ernte 1999

Mit dem Inkrafttreten des Agrarstatistikgesetzes vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635) wurde für das Jahr 1999 die Durchführung einer bundesweiten Landwirtschaftszählung (LZ) angeordnet. Im Mai dieses Jahres wurde deren Haupterhebung durchgeführt. Das Erhebungsprogramm der LZ besteht aus Fragen zur Nutzung der Bodenflächen und der Viehhaltung, Merkmalen der Agrarstrukturerhebung (zum Beispiel Angaben über Eigentums- und Pachtverhältnisse und Arbeitskräfte) sowie ergänzenden Angaben über Hofnachfolge, Vermietung von Unterkünften (Urlaub auf dem Bauernhof), soziale Sicherung und Berufsbildung von Betriebsinhabern, deren Ehegatten und den Betriebsleitern¹⁾. In Verbindung damit wurden in den weinbauenden Betrieben zusätzlich Merkmale zur Weinbauerhebung 1999 erhoben.

Mit der Neufassung des Agrarstatistikgesetzes wurden die unteren Erfassungsgrenzen der einzelnen Erhebungen im Bereich der Agrarstatistiken vereinheitlicht und angehoben. Als land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des Agrarstatistikgesetzes sind nunmehr Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha bzw. Betriebe mit einer Waldfläche (WF) von mindestens 10 ha oder Erzeugungseinheiten gemäß § 91 des Agrarstatistikgesetzes²⁾ zu verstehen, während bis einschließlich 1998 grundsätzlich 1 ha LF oder WF als untere Erfassungsgrenze oder entsprechende Erzeugungseinheiten in der Tierhaltung bzw. im Sonderkulturanbau galten. Somit wurde ein Teil der bislang befragten Besitzer von land- oder forstwirtschaftlichen Flächen sowie der Tierhalter, die keine landwirtschaftlichen Betriebe waren, von der Auskunftspflicht befreit³⁾.

Vergleichbarkeit der Ergebnisse

Erste hochgerechnete Ergebnisse über die Nutzung der Bodenflächen zur Ernte 1999, insbesondere zum Anbau auf dem Ackerland, liegen jetzt vor. Durch die Anhebung der Erfassungsgrenzen ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Vorjahre allerdings leicht eingeschränkt, da eine Vielzahl von Betrieben mit einer Fläche von weniger als 2 ha LF nicht mehr auskunftspflichtig ist und deren Flächen somit auch nicht mehr nachgewiesen werden können. Allein zur Grö-

Nutzung der Ackerfläche in Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 bis unter 2 ha (Ergebnisse der Totalen Bodennutzungserhebung 1995)

Fruchtart	Fläche
	ha
Ackerland insgesamt	3 550
davon	
Getreide	2 457
Hülsenfrüchte	2
Hackfrüchte	234
darunter	
Kartoffeln	215
Zuckerrüben	1
Gemüse und andere Gartengewächse	150
Handelsgewächse	34
Futterpflanzen	111
Stilllegungs- und Brachflächen	562

Benklasse von 1 bis unter 2 ha LF gehören schätzungsweise 2700 Betriebe mit einer Fläche von 3800 ha LF bzw. 2200 ha Ackerland, deren Daten in diesem Jahr erstmals nicht mehr in die Aufbereitung einfließen. Wie Ergebnisse der Bodennutzungserhebung 1995 zeigten, haben diese Betriebe insbesondere Getreide, Kartoffeln und Futterpflanzen angebaut bzw. verfügten über einen vergleichsweise hohen Anteil an Stilllegungsflächen, während der Anbau von Handelsgewächsen (Raps) oder Zuckerrüben eher unbedeutend war. Auch der Nachweis der Gemüsefläche ist wegen der für Sonderkulturbetriebe geltenden niedrigeren Erfassungsuntergrenzen von der Gesetzesänderung weniger oder gar nicht betroffen²⁾. Somit ist der Flächen- und Informationsverlust als gering zu bewerten, macht das auf eine Größe von 2200 ha geschätzte Ackerland, das jetzt nicht mehr nachgewiesen wird, doch nur knapp 0,7 % der von Hessens Landwirten insgesamt bewirtschafteten Ackerfläche aus.

Die Bodennutzung zur Ernte 1999

Der Anbau auf dem Ackerland zur diesjährigen Ernte war im wesentlichen von zwei Faktoren beeinflusst. Während der Rückgang der Anbaufläche um 3,8 % auf 447 300 ha bzw. die Ausweitung der Brach- und Stilllegungsflächen um 25,9 % auf 35 600 ha auf die von der EU für 1999 und 2000 auf 10 % ausgeweitete Verpflichtung zur Flächenstilllegung zurückzuführen ist, haben die langanhaltenden Regenfälle im Herbst letzten Jahres die Aussaat speziell von Wintergetreide stark behindert und dazu geführt, daß viele Landwirte auf die Aussaat von Sommergetreide in diesem Frühjahr ausweichen mußten. Auch wurden Wintergetreideflächen wegen Auswinterungsschäden teilweise umgebrochen und neu bestellt.

Insgesamt wurden in Hessens landwirtschaftlichen Betrieben 482 900 ha Ackerland bewirtschaftet. Davon wurden 303 300 ha mit Getreide (einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix) bestellt. Nach wie vor wichtigste Getreideart ist der Weizen, der auf einer Fläche von 128 600 ha angebaut wird, darunter 120 400 ha Winterweizen (einschl. Dinkel).

* Tel.: 0611/3802-519 · E-Mail: cbeck@hsl.de

1) Vgl.: „Zur Landwirtschaftszählung 1999“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 53. Jahrg., Heft 11/12, Dezember 1998, S. 342 ff.

2) Betriebe mit einer LF von weniger als 2 ha bzw. weniger als 10 ha sind auskunftspflichtig, wenn eine der folgenden Mindesterzeugungseinheiten erreicht wird: a) 8 Rinder oder Schweine oder b) 20 Schafe oder c) 200 Stück Geflügel oder d) 30 Ar bestockte Rebfläche oder Obstfläche; Hopfen, Tabak, Baumschulfläche, Gemüse im Freiland, Blumen und Zierpflanzen im Freiland, Heil- und Gewürzpflanzen, Gartenbausämereien oder e) 3 Ar Unterglasfläche von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen.

3) Vgl.: „Zur Novellierung des Agrarstatistikgesetzes“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 53. Jahrg., Heft 3, März 1998, S. 75 ff.

Anbau auf dem Ackerland 1995 bis 1999 nach Fruchtarten

Fruchtart	1995	1996	1997	1998	1999 ¹⁾²⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) 1999 gegenüber 1998
	ha					%
Getreide	315 697	322 487	334 782	328 850	303 300	(- 7,8)
davon						
Weizen	134 271	140 151	144 933	145 557	128 600	(- 11,6)
Winterweizen einschl. Dinkel	131 961	137 792	141 740	142 570	120 400	(- 15,6)
Sommerweizen einschl. Durum	2 310	2 359	3 193	2 987	8 300	(177,2)
Roggen	26 839	23 658	21 830	24 981	17 200	(- 31,0)
Gerste	108 374	110 397	116 763	110 068	112 400	(2,1)
Wintergerste	80 015	83 044	76 816	80 713	76 500	(- 5,3)
Sommergerste	28 360	27 353	39 948	29 355	35 900	(22,4)
Hafer	26 602	25 836	26 095	22 566	22 300	(- 1,3)
Sommermenggetreide	3 406	3 615	4 127	3 370	3 800	(11,5)
Triticale	9 066	11 356	12 932	15 522	13 100	(- 15,7)
Körnermais einschl. Corn-Cob-Mix	7 139	7 474	8 102	6 786	5 900	(- 13,6)
Hülsenfrüchte	2 932	3 649	5 084	7 341	7 600	(3,6)
darunter Futtererbsen	1 896	2 602	3 876	6 101	6 300	(3,3)
Hackfrüchte	28 660	28 406	27 526	27 306	27 300	(- 0,2)
darunter						
Kartoffeln	5 962	6 057	5 662	5 493	5 600	(1,7)
Zuckerrüben	20 823	20 705	20 478	20 731	20 600	(- 0,6)
Gemüse und andere						
Gartengewächse	7 318	7 483	7 448	7 489	7 200	(- 3,6)
Handelsgewächse	52 044	51 013	49 768	52 851	61 700	(16,7)
darunter						
Winterraps	48 625	47 293	44 966	47 841	54 000	(12,8)
Sommeraps und Rübsen	858	1 166	1 599	1 196	1 800	(48,8)
Futterpflanzen	39 123	39 522	40 985	40 972	40 300	(- 1,6)
darunter Silomais	27 224	26 773	27 348	26 599	27 300	(2,6)
Anbauflächen z u s a m m e n	445 774	452 560	465 593	464 809	447 300	(- 3,8)
Stilleungs- und Brachflächen	57 080	45 978	30 528	28 269	35 600	(25,9)
Ackerland i n s g e s a m t	502 853	498 538	496 121	493 077	482 900	(- 2,1)

1) Vorläufiges und gerundetes Ergebnis. — 2) Aufgrund der geänderten Erfassungsgrenzen ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Vorjahre eingeschränkt.

Gerste wurde auf 112 400 ha ausgesät, darunter waren gut zwei Drittel oder rund 76 500 ha Wintergerste. Die weitere Getreidefläche teilt sich in 22 300 ha Hafer, 17 200 ha Roggen, 13 100 ha Triticale, 3800 ha Sommermenggetreide sowie 5900 ha Körnermais (einschließlich Corn-Cob-Mix) auf.

Beim Anbau von Handelsgewächsen hat Raps seit Jahren die größte Bedeutung. Für die diesjährige Ernte wurden in Hessen 54 000 ha Winterraps und 1800 ha Somerraps ausgesät. Dies ist auch eine Folge der von der EU ausgeweiteten Stilllegungsverpflichtung, die zu einem vermehrten Anbau von

Raps als nachwachsendem Rohstoff geführt hat. Nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung in Frankfurt werden in Hessen allein auf über 11 000 ha Stilllegungsflächen Winter- und Somerraps als nachwachsender Rohstoff angebaut⁴⁾, das ist mehr als doppelt so viel wie 1998. Damals wurden hierzulande auf 4500 ha stillgelegten Flächen Raps erzeugt⁵⁾.

Hackfrüchte werden zur diesjährigen Ernte auf knapp 27 300 ha angebaut, darunter wie schon in den vergangenen Jahren rund 20 600 ha Zuckerrüben. Kartoffeln wurden auf knapp 5600 ha Ackerfläche gepflanzt. Der Anbau auf den übrigen Ackerflächen setzt sich aus 40 300 ha Futterpflanzen, 7600 ha Hülsenfrüchten sowie 7200 ha Gemüse zusammen. Darüber hinaus liegen zur diesjährigen Ernte 35 600 ha Ackerflächen brach. □

4) UFOP (Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V.): Rundschreiben Nr. I/07/99 vom 02.06.1999.

5) UFOP (Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V.): Rundschreiben Nr. I/04/98 vom 18.05.1998.

Rhein-Main-Gebiet zeigt sich dynamisch

Bundesweit wurden 1998 in Hessen — bezogen auf die Einwohnerzahl — die meisten Gewerbebetriebe gegründet (vgl. Schaubild auf Seite 201). Mit 92 *Neuerrichtungen*¹⁾ auf 10 000 Einwohner lag Hessen knapp vor der Bundeshauptstadt Berlin (91) und der Freien und Hansestadt Hamburg (90). Die Wirtschaftskraft und die Sogwirkung dieser beiden Millionenstädte werden zusätzlich dadurch dokumentiert, daß die jeweils angrenzenden Flächenstaaten Brandenburg und Schleswig-Holstein gleichauf mit 86 Neugründungen auf 10 000 Einwohner auf den nächsten Plätzen vor Bayern (84) und Sachsen (82) folgten. Außer den genannten Ländern übertraf lediglich noch Rheinland-Pfalz (81) knapp den Bundesdurchschnitt von 79. Etwas überraschen mag das Abschneiden von Baden-Württemberg, weniger wohl, daß das Saarland (68) und Niedersachsen (67) am Ende der Skala lagen. Zumindest für das Saarland ist dieser Wert insoweit zu relativieren, als dort mit Abstand die niedrigste Zahl von *vollständigen Betriebsaufgaben*²⁾ ermittelt wurde, nämlich nur 44 auf 10 000 Einwohner. Damit war dort die Differenz zwischen Firmengründungen und Firmenschließungen mit 24 Fällen hinter Bayern (27) am zweitgünstigsten. Hessen rangierte bei der Betrachtung dieser Differenzwerte lediglich im unteren Mittelfeld, da es mit 77 vollständigen Betriebsaufgaben je 10 000 Bewohner hinter Berlin (78) die zweitgrößte Zahl aufzuweisen hatte. Ganz entscheidend wurde dies — wie anschließend näher ausgeführt wird — von der Situation in Nord- und Mittelhessen beeinflußt. Andererseits soll an dieser Stelle auf die herausragende Bedeutung der Mainmetropole Frankfurt für die hessische Wirtschaftsentwicklung hingewiesen werden. Dies zeigt sich nicht zuletzt dadurch, daß 1998 allein dort mit über 19 000 Gewerbeanzeigen (für An-, Ab- und Ummeldungen zusammen) fast 2000 Formulare mehr als im gesamten Saarland und über 7000 mehr als im Stadtstaat Bremen zu bearbeiten waren.

Bei aller Skepsis über die Nutzbarkeit der Meldeformulare für statistische Zwecke³⁾ kann man bei einem regionalen Vergleich jedoch davon ausgehen, daß die grundlegenden Vor-

aussetzungen für einen Meldevorgang und selbstverständlich auch für die Statistik überall gleich sind. Infolgedessen läßt sich zumindest die Attraktivität bestimmter Wirtschaftsstandorte durch das Gründungsverhalten einigermaßen realitätsnah abschätzen. Innerhalb Hessens⁴⁾ genießt unter diesem Aspekt das Rhein-Main-Gebiet gegenüber den anderen Landestellen eine eindeutige Vorrangstellung. Bei den *Neuerrichtungen*¹⁾ auf 10 000 Einwohner lagen im Jahr 1998 neun der 14 südhessischen Verwaltungsbezirke zum Teil erheblich über dem Landesdurchschnitt. In erster Linie sind dabei der Landkreis Offenbach (119), der Hochtaunuskreis (116) und der Main-Taunus-Kreis (114) sowie die kreisfreien Städte Frankfurt am Main (116) und Wiesbaden (102) zu nennen, die zum Kern des Rhein-Main-Gebietes zählen. Nicht ganz so hoch waren die Werte im Wetteraukreis, im Rheingau-Taunus-Kreis und in den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Bergstraße. Exakt im Landesdurchschnitt, der übrigens gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb, lagen der Main-Kinzig-Kreis und die kreisfreie Stadt Offenbach am Main, während nur in der kreisfreien Stadt Darmstadt, im

Neuerrichtung und vollständige Aufgabe von Gewerbebetrieben 1998 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Neuerrichtungen		Vollständige Aufgaben	
	insgesamt	auf 10 000 Ein- wohner	insgesamt	auf 10 000 Ein- wohner
Darmstadt, St.	1 208	88	947	69
Frankfurt am Main, St.	7 479	116	6 411	100
Offenbach am Main, St.	1 071	92	1 046	90
Wiesbaden, St.	2 735	102	2 261	85
Bergstraße	2 441	93	1 844	71
Darmstadt-Dieburg	2 810	99	2 282	81
Groß-Gerau	2 162	87	1 755	71
Hochtaunuskreis	2 595	116	1 909	86
Main-Kinzig-Kreis	3 690	92	3 134	78
Main-Taunus-Kreis	2 477	114	1 836	85
Odenwaldkreis	832	84	674	68
Offenbach	3 940	119	3 632	110
Rheingau-Taunus-Kreis	1 767	96	1 383	75
Wetteraukreis	2 870	99	2 319	80
Reg.-Bez. Darmstadt	38 077	103	31 433	85
Gießen	2 357	93	1 959	78
Lahn-Dill-Kreis	2 075	79	1 873	71
Limburg-Weilburg	1 563	90	1 451	83
Marburg-Biedenkopf	1 537	61	1 421	56
Vogelsbergkreis	738	62	580	49
Reg.-Bez. Gießen	8 270	78	7 284	69
Kassel, St.	1 778	90	1 710	86
Fulda	1 567	72	1 167	54
Hersfeld-Rotenburg	829	63	718	54
Kassel	1 701	70	1 386	57
Schwalm-Eder-Kreis	1 147	59	1 011	52
Waldeck-Frankenberg	1 170	69	1 082	63
Werra-Meißner-Kreis	802	69	674	58
Reg.-Bez. Kassel	8 994	71	7 748	61
Land Hessen davon	55 341	92	46 465	77
kreisfreie Städte	14 271	105	12 375	91
Landkreise	41 070	88	34 090	73

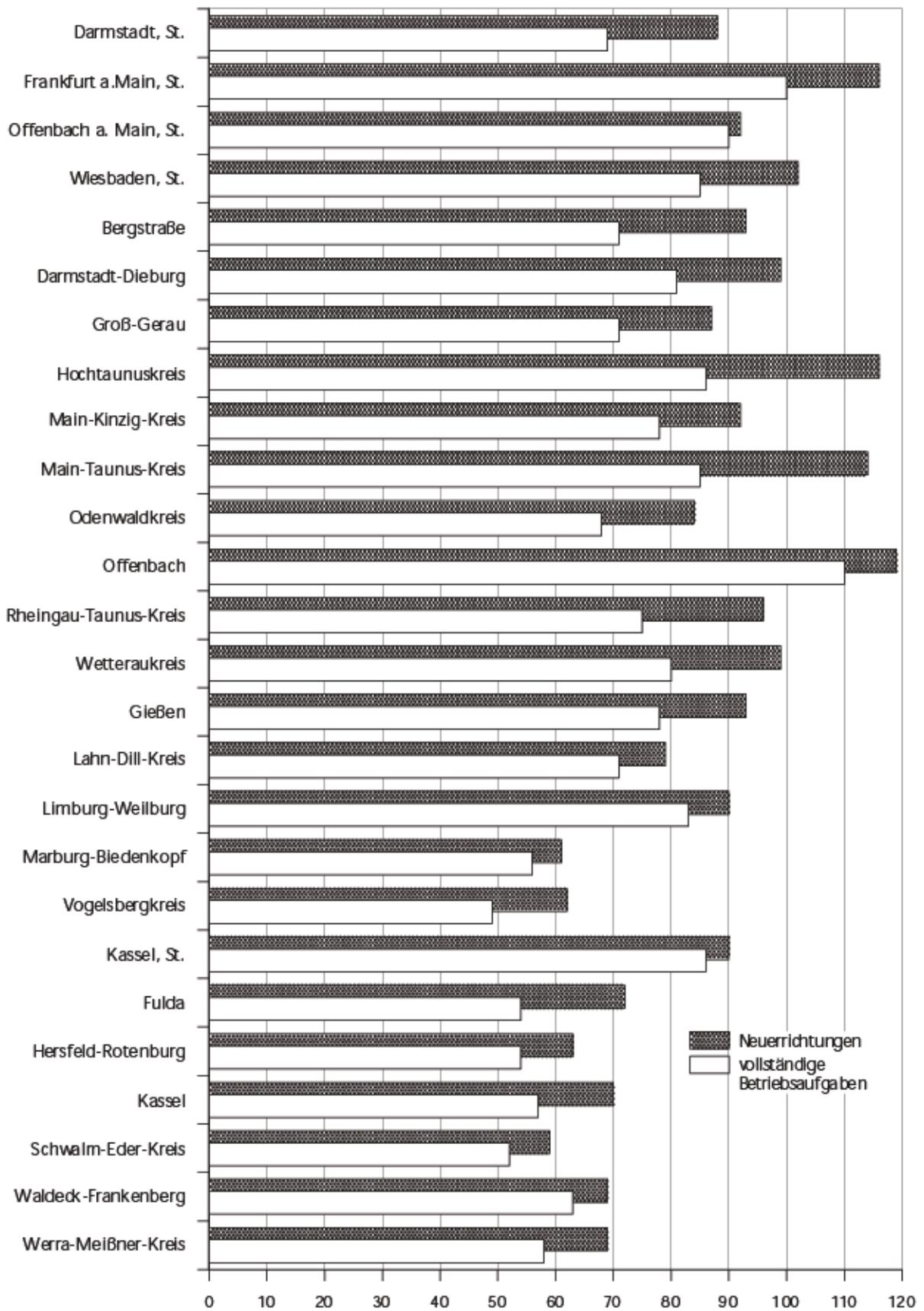
1) Die Gewerbeanmeldungen insgesamt werden untergliedert in „Neuerrichtung“, „Neuerrichtung durch Verlagerung“ und „Übernahme eines bereits bestehenden Betriebs“; nur die erstgenannten Fälle sind berücksichtigt.

2) Die Gewerbeabmeldungen teilen sich auf in „vollständige Aufgabe“, „vollständige Aufgabe wegen Verlagerung“ und „Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebs“ (z. B. durch Übergabe an einen Nachfolger); nur die erstgenannten Fälle sind berücksichtigt.

3) Zur Aussagefähigkeit der Daten vgl. „Neue Statistik der Gewerbeanzeigen ab 1996“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 10, Oktober 1997, S. 276 ff.

4) Die Landesergebnisse für 1998 wurden bereits in dieser Zeitschrift kommentiert; vgl. dazu „Gewerbeanzeigen in Hessen 1998“, a. a. O., 54. Jahrg., Heft 4, April 1999, S. 130 ff. Weitere Ergebnisse — auch in der Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen sowie nach Monaten — werden vierteljährlich in den Statistischen Berichten der Reihe D12 veröffentlicht; der entsprechende Statistische Bericht mit den Jahresergebnissen enthält darüber hinaus ausgewählte Daten für sämtliche hessische Gemeinden.

Neuerrichtungen und vollständige Betriebsaufgaben auf 10 000 Einwohner
1998 nach Verwaltungsbezirken



HSL 34/99

Landkreis Groß-Gerau und im Odenwaldkreis dieser Wert nicht erreicht wurde. In Mittel- und Nordhessen bewegten sich die Neuerrichtungen, bezogen auf die Einwohner, lediglich in den Landkreisen Gießen und Limburg-Weilburg sowie in der kreisfreien Stadt Kassel in vergleichbarer Höhe. Am niedrigsten lag die Zahl mit rund 60 im Schwalm-Eder-Kreis, im Landkreis Marburg-Biedenkopf und im Vogelsbergkreis. Fast sieben Zehntel aller 55 300 Neuerrichtungen in Hessen entfielen auf das Gebiet des Regierungsbezirks Darmstadt, nur 16 bzw. 15 % auf die Regierungsbezirke Kassel und Gießen.

Die Antelle an den 46 500 *vollständigen Betriebsaufgaben*²⁾ waren in den beiden letztgenannten Regierungsbezirken um jeweils einen Prozentpunkt höher, in Südhessen dagegen entsprechend niedriger. Die Fallzahlen auf jeweils 10 000 Einwohner schwankten hierbei zwischen etwa 50 im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis und 110 im Landkreis Offenbach. Wesentlich aussagekräftiger als eine getrennte Betrachtung von An- und Abmeldungen dürfte für die Beurteilung der wirtschaftlichen Erwartungen jedoch der *Saldo zwischen Neugründungen und Betriebsaufgaben* sein, und zwar für die regionale Betrachtungsweise ebenfalls auf die Einwohner bezogen. Hierbei waren die Abstände im

Jahr 1998 in den meisten südhessischen Verwaltungsbezirken deutlich höher als in den mittel- oder nordhessischen, im Durchschnitt des Regierungsbezirks Darmstadt mit 18 zusätzlichen Betrieben auf 10 000 Einwohner doppelt so hoch wie im übrigen Hessen. Besonders ragten auch hier einige Kreise des Rhein-Main-Gebietes heraus, wie zum Beispiel der Hochtaunuskreis mit 30 und der Main-Taunus-Kreis mit 29 Fällen. Noch einige weitere Verwaltungsbezirke lagen bei Werten um etwa 20, worunter sich als einziger aus Nord- oder Mittelhessen der Landkreis Fulda (18) befand, in dem sich seit der deutschen Wiedervereinigung die Wirtschaft sehr positiv entwickelte. Andererseits soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß das landesweit ungünstigste Verhältnis zwischen Firmengründungen und -aufgaben ausgerechnet für eine kreisfreie Stadt im Rhein-Main-Gebiet, nämlich für Offenbach am Main, ermittelt wurde. Dort wurden, auf 10 000 Einwohner bezogen, 1998 lediglich zwei Betriebe mehr eröffnet als geschlossen. Für Offenbach hatte aber selbst diese Zahl insofern einen positiven Aspekt, als dort in den beiden Vorjahren jeweils mehr Betriebe aufgegeben als neu gegründet worden waren. So war im Jahr 1997 die Stadt Offenbach in Hessen der einzige Verwaltungsbezirk mit einem negativen Saldo, im Jahr davor galt dies außerdem noch für den Vogelsbergkreis in Mittelhessen sowie den Werra-Meißner-Kreis und die Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Kassel und Waldeck-Frankenberg in Nordhessen.

²⁾Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

Heinz-Kurt Rompel*)

32 Mrd. kWh Strom erzeugt

1998 belief sich die Bruttostromerzeugung in Hessen auf 32 004,3 Mill. kWh, das waren 8,5 % mehr als im Vorjahr. 95 % der gesamten Stromerzeugung wurden in öffentlichen Kraftwerken erzeugt und nur 4,8 % vom Verarbeitenden Gewerbe. Damit ist der Anteil der Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken leicht um 0,9 Prozentpunkte gestiegen. Die Ursache ist in einer Steigerung der Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken um 9,6 % und einer Verminderung der Stromerzeugung des Verarbeitenden Gewerbes um 9,0 % zu sehen.

Strom aus Kernenergie nahm 1998 mit 61 % unverändert den größten Anteil ein und konnte diesen im Vergleich zum Vorjahr sogar noch erhöhen. Es folgt die Stromerzeugung aus übriger Wärmekraft mit 37 % — der Anteil ging um einen Prozentpunkt zurück — vor der aus Wasserkraft mit 2,8 %. Sowohl die Stromerzeugung aus Wasserkraft als auch die Stromerzeugung aus Kernkraft wurde gesteigert (+ 21 bzw. + 10 %).

Die Stromabgabe wurde 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 16 % auf 11 730,2 kWh erhöht. Der Strombezug vergrößerte sich demgegenüber nur um 1,5 % auf 17 861,9 kWh. Nach Abzug des Eigenverbrauchs der Kraftwerke und der Netzverluste ergab sich daraus ein Nettostromverbrauch in Hessen von 35 257,7 kWh. Das waren 3,5 % mehr als 1997. Mit einem Anteil von 32 % verbrauchten Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe den meisten Strom, doch ging der Anteil hier gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozentpunkte zurück. 29 % gingen an die Haushalte, 1,2 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr, und 20 % wurden von Handel und sonstigem Gewerbe verbraucht. Das war eine Steigerung des Anteils um 3,7 Prozentpunkte. 19 % des Nettostromverbrauchs flossen in den sonstigen Verbrauch, das heißt vor allem in den Ver-

**Stromerzeugung und Stromverbrauch
1997 und 1998 nach Abnehmergruppen
(in Mill kWh)**

Art der Angabe	1997	1998	Zu- bzw. Abn. (-) in %
Brutto-Stromerzeugung	29 484,3	32 004,3	8,5
davon in			
öffentl. Kraftwerken	27 812,6	30 483,2	9,6
Kraftwerken des Bergbaus u. Verarbeitenden Gewerbes	1 671,7	1 521,1	- 9,0
Bruttostromerzeugung aus			
Wasserkraft	737,3	894,8	21,4
Kernenergie	17 561,8	19 380,8	10,4
übrige Wärmekraft	11 185,2	11 728,7	4,9
Eigenverbrauch d. Kraftwerke ¹⁾	2 789,9	3 031,7	8,7
Strombezug	17 601,2	17 861,9	1,5
Stromabgabe	10 146,7	11 730,2	15,6
Sonstige Einspeisung ²⁾	298,1	410,8	37,8
Gesamt-Stromverbrauch	34 447,1	35 515,1	3,1
Netzverluste	367,3	257,4	- 29,9
Netto-Stromverbrauch	34 079,8	35 257,7	3,5
davon			
Bergbau u. Verarbeit. Gewerbe	11 503,8	11 134,5	- 3,2
Haushalte	10 310,7	10 263,7	- 0,5
Handel u. sonstiges Gewerbe	5 521,2	7 032,4	27,4
sonstiger Verbrauch ³⁾	6 892,0	6 827,1	- 0,9

1) Einschl. Pumpstromverbrauch. — 2) Einspeisung aus kleinen Wasserkraft- und Blockheizkraftwerken. — 3) Verkehr, öffentliche Einrichtungen, Landwirtschaft sowie statistische Differenz.

kehr und die öffentlichen Einrichtungen, 0,8 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Während die Steigerung des Stromverbrauchs in Höhe von 27 % bei Handel und sonstigem Gewerbe 1998 im Vergleich zum Vorjahr teilweise durch Ausgliederung von Betriebsteilen aus dem Verarbeitenden Gewerbe in den Bereich Handel und Dienstleistungen bedingt sein dürfte, aber durch eine Änderung der Systematik methodisch auch überzeichnet wurde, werden von allen anderen Verbrauchsgruppen Verbrauchsverminderungen gemeldet. Am stärksten ging der Stromverbrauch — nicht zuletzt aus den genannten Gründen — beim Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zurück (- 3,2 %), während die Reduzierung bei den Haushalten und dem sonstigen Verbrauch unter 1 % lag.

Manfred Frosch*)

*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung der hessischen Wirtschaft im zweiten Quartal dieses Jahres in Kürze: Im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) setzte sich der Beschäftigungsrückgang im zweiten Quartal 1999 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum fort. Die erzielten Umsätze gingen um 1,4 % zurück. Die Auslandsumsätze verringerten sich mit 3,1 % noch stärker als die Inlandsumsätze mit 0,4 %. Bei den wertmäßigen Auftragseingängen ist noch keine durchgreifende Trendwende in Sicht. Nach einem Rückgang im ersten Quartal um 15 % gingen sie im zweiten Quartal um 5,2 % zurück (jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal). Die weitere Entwicklung bleibt hier abzuwarten. Im hessischen Bauhauptgewerbe hat sich die gute Auftragslage des ersten Quartals im zweiten fortgesetzt. Der Hochbau verzeichnete 20 % und der Tiefbau 9,7 % mehr Aufträge als vor einem Jahr. Der Beschäftigtenabbau hält aber immer noch an. Das zum Bau freigegebene Hochbauvolumen verringerte sich im Beobachtungszeitraum um 5,5 % auf 1,7 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten schrumpften ebenfalls, und zwar um 0,4 %. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel stiegen im zweiten Quartal 1999 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um knapp 2%. Getragen wurde dieser Zuwachs vom guten Abschneiden des Kfz-Handels und der Tankstellen. Der hessische Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter erfreulich. 6 % weniger Arbeitslose im zweiten Quartal 1999 waren hier zu verzeichnen. Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen setzte sich auch im zweiten Quartal dieses Jahres fort. Es wurden rund 910 Verfahren eingeleitet, das waren 147 oder 14,0 % weniger als im zweiten Quartal 1998. Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im zweiten Quartal um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor.

Noch keine nachhaltige Wende im Verarbeitenden Gewerbe

Die Lage im Verarbeitenden Gewerbe hat sich zwar leicht stabilisiert, sie bleibt jedoch noch immer prekär. Nach einem Rückgang der *wertmäßigen Auftragseingänge* im ersten Quartal um 15 % gingen sie im zweiten insgesamt um 5,2 % zurück. Allerdings dürfte es verfrüht sein, hierin ein Zeichen zur Trendwende zu sehen, denn zum Teil ist das vergleichsweise bessere Abschneiden auch auf einen Basiseffekt zurückzuführen. Die Auslandsnachfrage ging im zweiten Quartal im Jahresvergleich um 8,7 % zurück, während aus dem Inland 2,9 % weniger Aufträge eingingen. Für das erste Halbjahr ergibt sich im Jahresvergleich eine Abnahme der Nachfrage nach Gütern und Leistungen des Verarbeitenden Gewerbes um 11 % (12 % bei den Auftragseingängen aus dem Ausland und 9,4 % bei Bestellungen aus dem Inland).

Unter den großen Branchen schnitt die Herstellung von Metallernzeugnissen im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit am besten ab. Dort blieben die Auftragseingänge auf Vorjahresniveau, wobei das leichte Minus (- 0,6 %) bei den Bestellungen aus dem Inland durch eine Steigerung der Auftragseingänge aus dem Ausland (+ 2,3) ausgeglichen wurde. Dennoch ergibt sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich ein Rückgang um insgesamt 3,4 % (- 5,4 % bei den Auslandsbestellungen und - 2,9 % bei den Aufträgen aus dem Inland).

Der Maschinenbau mußte im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit eine Verminderung der Auftragseingänge um 2,3 % hinnehmen. Dieser Rückgang wäre noch stärker ausgefallen, wenn das Minus der ausländi-

schen Auftragseingänge (- 6,8 %) nicht durch ein leichtes Plus bei den Bestellungen aus dem Inland (+ 1,4 %) abgeschwächt worden wäre. Im ersten Halbjahr lagen die Auftragseingänge um 8,3 % unter dem Vorjahresniveau, wobei das Auslandsgeschäft (- 11 %) noch schwächer war als die Inlandsnachfrage (- 5,8 %).

Die Chemische Industrie meldete im zweiten Quartal im Jahresvergleich einen Rückgang der Bestelltätigkeit um 7,3 %. Inländische Kunden bestellten hierbei noch weniger (- 10 %) als ausländische (- 4,5 %). Für das erste Halbjahr ergibt sich ein Rückgang der Gesamtnachfrage nach chemischen Produkten um 9,0 %, der sich aus einer Verminderung der Aufträge aus dem Inland um 12 % und 6,5 % weniger Auslandsaufträgen zusammensetzte.

Besonders schlecht war die Bestelltätigkeit im zweiten Quartal bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die Aufträge lagen im zweiten Quartal insgesamt um 15 % unter Vorjahresniveau, wobei ausländische Besteller 21 % weniger und inländische Kunden 8,6 % weniger orderten als vor einem Jahr. Wegen des weit schlechteren Ergebnisses im ersten Quartal sah das Halbjahresergebnis noch negativer aus. Der Rückgang um 28 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 setzte sich aus einer Verminderung der Auftragseingänge aus dem Ausland um 29 % und einer Nachfrageverminderung aus dem Inland um 27 % zusammen.

Umsatzrückgang weiter vermindert

Das gesamte Verarbeitende Gewerbe erwirtschaftete im zweiten Quartal 38,2 Mrd. DM. Das waren 1,4 % weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei gingen die *Umsätze* mit

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ²⁾				
	Wertmäßiger Auftragsingang ²⁾			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- losen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹¹⁾												
1996 D	.	.	.	508 283	98,4	52 478	100,6	101,1	234 083	9,3	21 143	18 377
1997 D	.	.	.	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1998 D	.	.	.	470 074	83,1	40 519	101,6	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1998 Mai	.	.	.	469 133	70,5	40 802	101,3	104,1	249 545	9,8	27 721	6 290
Juni	.	.	.	468 919	93,0	40 707	96,9	104,3	243 461	9,6	28 172	5 285
2. Vj. D	.	.	.	469 409	76,5	40 739	99,6	104,1
Juli	.	.	.	471 775	105,6	40 521	104,2	104,6	250 226	9,8	27 630	4 348
August	.	.	.	472 153	83,6	40 372	90,3	104,5	248 167	9,8	26 758	3 286
September	.	.	.	472 420	108,5	40 414	99,8	104,2	240 426	9,5	26 326	3 953
3. Vj. D	.	.	.	472 116	99,2	40 436	98,1	104,4
Oktober	.	.	.	470 604	82,7	40 337	104,1	104,1	236 732	9,3	23 976	4 803
November	.	.	.	470 019	68,1	39 761	107,1	104,0	238 839	9,4	22 553	5 627
Dezember	.	.	.	467 418	101,0	39 208	118,8	104,1	248 127	9,8	22 411	5 484
4. Vj. D	.	.	.	469 347	83,9	39 769	110,0	104,1
1999 Januar	.	.	.	468 333	89,1	38 101	90,1	104,0	260 050	10,2	26 543	7 912
Februar	.	.	.	468 533	61,8	37 184	88,9	104,2	259 649	10,2	30 541	8 909
März	.	.	.	466 710	99,3	37 162	116,0	104,4	250 289	9,8	32 639	10 317
1. Vj. D	.	.	.	466 525	83,4	37 482	98,3	104,2
April	.	.	.	463 757	72,3	37 287	102,5	104,8	244 858	9,6	33 408	8 733
Mai	.	.	.	463 242	84,6	37 167	99,2	104,8	235 675	9,2	31 622	6 328
Juni	.	.	.	463 791	106,8	37 376	102,0	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951
2. Vj. D	.	.	.	463 597	87,9	37 277	101,3	104,8
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1996 D	0,9	-2,6	7,4	-3,5	-1,6	-8,9	0,6	1,1	9,8	.	0,1	85,3
1997 D	2,1	-3,3	11,1	-6,0	-3,2	-13,4	-0,5	1,7	11,4	.	1,1	-35,9
1998 D	3,1	7,2	-2,7	-2,3	-12,7	-10,9	1,5	1,3	-2,6	.	21,7	-44,8
1998 Mai	6,4	13,3	-2,8	-2,8	-43,4	-11,8	3,7	1,8	-2,2	.	26,7	-41,8
Juni	-3,3	-0,2	-7,5	-2,9	0,2	-11,9	-2,4	1,8	-3,0	.	31,5	-48,8
2. Vj.	-0,3	2,6	-4,1	-3,0	-22,0	-11,8	-1,4	1,8
Juli	19,2	36,2	-5,5	-0,6	16,5	-12,1	1,3	1,4	-4,3	.	34,1	-49,0
August	-1,9	2,8	-9,4	-0,7	-18,7	-12,5	3,1	1,1	-5,0	.	27,3	-38,2
September	-2,6	-0,9	-5,0	-1,0	18,1	-11,5	1,3	1,0	-5,8	.	29,4	-41,9
3. Vj.	5,3	13,1	-6,4	-0,8	4,2	-12,0	1,8	1,1
Oktober	-6,8	-1,9	-13,8	-1,2	-0,7	-11,6	-2,9	1,0	-7,2	.	32,9	-15,0
November	-6,0	-2,3	-11,4	-1,2	-11,8	-11,4	5,5	0,9	-6,9	.	31,0	-9,7
Dezember	-5,5	-3,7	-8,0	-1,1	27,4	-11,1	3,8	0,7	-6,3	.	8,3	-18,0
4. Vj.	-6,1	-2,6	-11,2	-1,1	5,0	-11,3	2,1	0,9
1999 Januar	-10,5	-10,8	-10,0	-0,5	85,4	-8,3	-4,9	0,6	-6,5	.	16,6	-11,9
Februar	-18,9	-18,6	-19,2	-0,5	-24,1	-9,1	-0,9	0,4	-6,7	.	17,1	-26,3
März	-16,1	-16,3	-15,8	-0,8	11,3	-9,2	4,0	0,7	-6,7	.	12,8	1,9
1. Vj.	-15,3	-15,4	-15,2	-0,6	14,4	-8,9	-0,3	0,6
April	-8,5	-4,8	-13,6	-1,4	9,5	-8,4	1,9	0,9	-5,7	.	12,2	12,1
Mai	-4,6	-4,0	-5,5	-1,3	20,0	-8,9	-2,1	0,7	-5,6	.	14,1	0,6
Juni	-2,5	0,3	-6,6	-1,1	14,8	-8,2	5,3	0,6	-4,2	.	11,3	31,5
2. Vj.	-5,2	-2,9	-8,7	-1,2	14,9	-8,5	1,7	0,7
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1998 Mai	-5,6	-1,3	-11,5	-0,2	6,7	0,2	0,7	0,2	-3,9	.	-6,9	-19,3
Juni	2,3	0,2	5,7	-0,1	32,0	-0,2	-4,3	0,2	-2,4	.	1,6	-16,0
2. Vj.	-7,5	-8,8	-5,5	0,0	4,9	-1,0	1,0	0,5
Juli	21,3	37,9	-3,2	0,6	13,5	-0,5	7,5	0,3	2,8	.	-1,9	-17,7
August	-32,3	-35,7	-25,1	0,1	-20,8	-0,4	-13,3	-0,1	-0,8	.	-3,2	-24,4
September	22,5	15,1	35,9	0,1	29,7	0,1	10,5	-0,3	-3,1	.	-1,6	20,3
3. Vj.	1,0	9,2	-11,2	0,6	29,7	-0,7	-1,5	0,3
Oktober	-3,8	-0,8	-8,3	-0,4	-23,8	-0,2	4,3	-0,1	-1,5	.	-8,9	21,5
November	-1,2	-2,3	0,6	-0,1	-17,7	-1,4	2,9	-0,1	0,9	.	-5,9	17,2
Dezember	-8,3	-9,9	-5,8	-0,6	48,4	-1,4	10,9	0,1	3,9	.	-0,6	-2,5
4. Vj.	-7,9	-12,0	-0,4	-0,6	-15,4	-1,6	12,1	-0,3
1999 Januar	0,2	0,3	0,2	-0,7	-11,8	-2,8	-24,2	-0,1	4,8	.	18,4	44,3
Februar	-2,6	-5,6	2,0	0,0	-30,7	-2,4	-1,6	0,2	-0,2	.	15,1	12,6
März	19,5	25,4	11,1	0,0	60,8	-0,1	30,5	0,2	-3,6	.	6,9	15,8
1. Vj.	-7,6	-6,0	-10,0	-0,6	-0,6	-5,8	-10,6	0,1
April	-7,4	-9,0	-4,9	-0,6	-27,2	0,3	-11,6	0,4	-2,2	.	2,4	-15,4
Mai	-1,6	-0,5	-3,3	-0,1	17,0	-0,3	-3,2	0,0	-3,8	.	-5,3	-27,5
Juni	4,6	4,7	4,5	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	-1,0	.	-0,9	9,8
2. Vj.	3,5	4,6	1,8	-0,6	5,4	-0,6	3,1	0,6

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; aus methodischen Gründen werden keine Grundzahlen nachgewiesen. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zahlen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

ausländischen Kunden mit 3,1 % noch stärker zurück als die mit Inlandskunden (- 0,4 %). Da die Umsätze im ersten Quartal im Jahresvergleich noch stärker sanken, ergibt sich für das erste Halbjahr im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit eine Verminderung der Umsätze um 3,8 %. Sie setzt sich aus einer Abnahme der Auslandsumsätze um 4,4 % und einer Verminderung der Inlandsumsätze um 3,5 % zusammen. Unter den großen Branchen konnten dennoch drei recht gute Geschäfte abschließen. Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen meldete im zweiten Quartal mit einem Umsatz von 6,3 Mrd. DM ein Plus um 6,0 % im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit. Dabei stiegen die Inlandsumsätze um 12 %, während auf ausländischen Märkten leichte Einbußen hinzunehmen waren (- 0,2 %). Dennoch ergab sich bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im ersten Halbjahr ein Minus. Insgesamt belief es sich auf 6,2 %, (Ausland - 9,5 %; Inland: - 3,1 %). Unter den übrigen „Großen“ verbuchte auch die Herstellung von Metallerzeugnissen im zweiten Quartal ein leichtes Umsatzwachstum. Mit + 1,1 % auf 2,5 Mrd. DM verbesserten sich Inlands- (+ 1,3 %) und Auslandsgeschäfte (+ 0,4 %). Dennoch verfehlte der Umsatz des ersten Halbjahres den der entsprechenden Vorjahreszeit (- 2,8 %). Dabei stand einem leichten Plus der Auslandsumsätze (+ 1,3 %) ein Minus bei den Inlandsumsätzen gegenüber (- 4,0 %).

Im zweiten Quartal ebenfalls leicht positiv waren die Geschäfte in der Chemischen Industrie. Das Plus von 1,0 % auf 8,3 Mrd. DM war allerdings ausschließlich den guten Auslandsgeschäften zuzuschreiben (+ 7,1 %). Im Inland mußten dagegen Umsatzeinbußen hingenommen werden (- 4,2 %). Da die Geschäfte der Chemischen Industrie im ersten Quartal im Jahresvergleich rückläufig waren, ergibt sich für das erste Halbjahr eine Umsatzverminderung um 2,6 % (Ausland: + 4,6 %; Inland: - 8,7 %).

Der Maschinenbau setzte im zweiten Quartal 3,8 Mrd. DM um. Das waren 9,6 % weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Geschäfte waren auf den Auslandsmärkten noch schwächer (- 20 %) als im Inland (- 1,6 %). Da die Umsatzrückgänge im ersten Quartal nicht ganz so dramatisch waren wie im zweiten, ergab sich für das erste Halbjahr ein Umsatzrückgang von 6,6 % (- 1,5 % beim Inlands-, jedoch - 13,5 % beim Auslandsgeschäft).

Fortgesetzter Beschäftigtenabbau

Im Durchschnitt des zweiten Quartals arbeiteten im hessischen Verarbeitenden Gewerbe noch rund 463 600 Personen. Das waren 1,2 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Im ersten Quartal hatte der jährliche Rückgang der *Beschäftigtenzahl* nur 0,6 % betragen. Für das erste Halbjahr ergibt sich eine Jahres-Beschäftigtenverminderung von 0,9 %.

Unter den großen Branchen des Landes konnten zwei im zweiten Quartal ihre Beschäftigtenzahlen aufstocken: Die Chemische Industrie und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals rund 66 200 Beschäftigten lag die Chemische Industrie um 0,2 % günstiger als vor einem Jahr. Da auch im ersten Quartal im Jahresvergleich ein leichter Beschäftigtenzuwachs zu verbuchen war, ergibt sich für das erste Halbjahr eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 0,1 %.

Bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen waren im Durchschnitt des zweiten Quartals gut 61 000 Beschäftigte gemeldet, 0,2 % mehr als vor einem Jahr. Auch hier lag die Beschäftigtenzahl im ersten Quartal leicht über der entsprechenden Vorjahreszahl, so daß sich im Durchschnitt des ersten Halbjahrs ein Beschäftigtenzuwachs von 0,5 % ergibt. Die Herstellung von Metallerzeugnissen und der Maschinenbau meldeten dagegen fortgesetzt Beschäftigtenreduzierungen. Vergleichsweise beachtlich waren sie bei der Herstellung von Metallerzeugnissen. Dort arbeiteten im Durchschnitt des zweiten Quartals noch immer rund 39 800 Personen, jedoch 2,2 % weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Ebenfalls rückläufig, wenn auch nicht ganz so stark, war die Beschäftigtenzahl bei der Herstellung von Metallerzeugnissen im ersten Quartal. Daraus ergibt sich für den Durchschnitt des ersten Halbjahrs ein Beschäftigtenabbau um 1,8 %. Der Maschinenbau meldete im Durchschnitt des zweiten Quartals noch knapp 63 900 Beschäftigte. Das waren 1 % weniger als vor Jahresfrist. Da der Rückgang der Beschäftigtenzahlen im Maschinenbau im ersten Quartal dem des zweiten entsprach, ergibt sich für das erste Halbjahr ein entsprechender Abbau.

Auftragslage im Bauhauptgewerbe anhaltend positiv

Im hessischen Bauhauptgewerbe hat sich die gute Auftragslage des ersten Quartals im zweiten fortgesetzt. Mit einem Anstieg im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit um 15 % ergibt sich nach + 14 % im ersten Quartal für das erste Halbjahr ein Plus von 15 %. An der günstigen Baunachfrage waren Hoch- und Tiefbau unterschiedlich beteiligt. Der Hochbau meldete im zweiten Quartal 20 % mehr Aufträge als vor einem Jahr. Sie stammten vom gewerblichen und industriellen Hochbau (+ 30 %) und vom öffentlichen und Verkehrshochbau (+ 30 %), während die Nachfrage im Wohnungsbau unter dem Vorjahresniveau blieb (- 3,5 %). Im Tiefbau betrug der Anstieg der Auftragseingänge 9,7 %. Alle Bauarten des Tiefbaus meldeten im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Plus: der öffentliche Verkehrstiefbau 10 %, der gewerbliche und industrielle Tiefbau 9,0 % und der Straßenbau 9,5 %. Die günstigen Abschlüsse in den beiden Quartalen schlugen sich auch im Halbjahresergebnis nieder. In allen Bauarten des Hochbaus konnten mehr Aufträge verbucht werden als vor einem Jahr: Hochbau insgesamt + 12 %; gewerblicher und industrieller Hochbau + 17 %; öffentlicher und Ver-

kehrshochbau + 16 %. Teilweise noch stärker waren die Zunahmen im ersten Halbjahr im Tiefbau: insgesamt + 18 %; Straßenbau + 33 %; gewerblicher und industrieller Tiefbau + 28 %. Lediglich der öffentliche und Verkehrstiefbau verfehlte im ersten Halbjahr die vor einem Jahr verbuchten Auftragsgänge leicht (– 0,3 %).

Beschäftigtenabbau hält noch immer an

Noch wirkt sich die gestiegene Nachfrage im Bauwesen nicht auf die Beschäftigtenzahlen aus. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals rund 37 300 Beschäftigten wurde der Vorjahresstand um abermals 8,5 % unterschritten. Damit hat sich die Entwicklung im ersten Quartal fortgesetzt, so daß sich auch für das erste Halbjahr eine Beschäftigtenverminderung im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 8,7 % ergibt. Im zweiten Quartal wurden — ebenso wie im Durchschnitt des ersten Halbjahres — für alle Beschäftigtenarten Rückgänge gemeldet. Am stärksten waren sie bei den gewerblichen Auszubildenden (– 12 %) und den Fachwerkern, Werkern und sonstigen Beschäftigten (– 11 %). Aber auch die qualifizierteren Beschäftigten wie die Facharbeiter, Poliere und Meister (– 7,9 %) sowie die tätigen Inhaber (– 9,6 %) und die kaufmännischen und technischen Angestellten (– 7,5 %) wurden reduziert.

Die Arbeitsleistung ist auch im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit weiter zurückgegangen (– 4,8 %). Daß das zweite Quartal dieses Jahres einen Arbeitstag länger war, wirkte sich folglich nicht aus. Rückgänge der Arbeitsleistung wurden von allen Bauarten gemeldet. Im Wohnungsbau wurden 8,3 % weniger Arbeitsstunden geleistet, und im gewerblichen und industriellen Bau betrug die Reduzierung 3,1 %. Sie setzte sich aus einem Plus im gewerblichen und industriellen Tiefbau (+ 1,4 %) und einem Minus beim gewerblichen und industriellen Hochbau (– 6,2 %) zusammen. Im öffentlichen und Verkehrsbau belief sich das Minus im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres auf 3,9 %. Lediglich im Straßenbau wurde im zweiten Quartal mehr gearbeitet (+ 2,8 %).

Weniger Hochbaugenehmigungen jetzt auch im Nichtwohnbau

Von Anfang April bis Ende Juni 1999 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt knapp 1,7 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche¹⁾. Das Ergebnis aus dem zweiten Vierteljahr 1998 wurde damit um 5,5 % unterschritten. Die veranschlagten reinen Baukosten für die zum Bau freigegebenen neuen Gebäude bzw. für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden blieben mit 2,9 Mrd. DM um 0,4 % unter dem Ergebnis des zweiten Vierteljahres 1998. Die sinkende Nachfrage durch Unternehmen als Bauherren

(– 22,4 Mill. DM, – 2,0 %) und der privaten Bauherren (– 72,8 Mill. DM, – 4,4 %) konnte trotz einer erheblichen Steigerung bei der öffentlichen Hand (+ 57,5 Mill. DM, + 41,8 %) nicht ausgeglichen werden. Damit war die Nachfrage nach Hochbaugenehmigungen, die im vierten Quartal 1998 (+ 7,4 %) und ersten Quartal 1999 (+ 5,8 %) gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres jeweils deutlich angezogen war, im zweiten Vierteljahr 1999 wieder etwas niedriger als vor Jahresfrist.

Im Wohnbau gab es mit 7190 genehmigten Wohnungen einen Rückgang um rund 700 Einheiten oder 8,7 %. Die schon im Vorquartal beobachtete Abschwächung der Nachfrage hat sich also fortgesetzt. Dies ist auf die weiterhin rückläufige Nachfrage im Geschoßwohnungsbau, (– 340 Wohnungen bzw. – 11,1 % gegenüber dem zweiten Quartal 1998), bei Zweifamilienhäusern (– 60, – 10,1 %) und bei Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (– 140, – 13,1 %) zurückzuführen. Eine erneute Zunahme der Genehmigungen von Einfamilienhäusern (+ 164 Wohnungen oder 7,4 %) konnte diese Rückgänge bei weitem nicht ausgleichen.

Auch der Aufwärtstrend im Nichtwohnbau brach im zweiten Quartal 1999 ab. Die genehmigte Nutzfläche war um knapp 70 000 m² oder 10,9 % geringer als im Vorjahreszeitraum, während die hierfür veranschlagten Baukosten noch um 76 Mill. DM oder 8,5 % stiegen.

Hohe Nachfrage im Kfz-Handel

Um knapp 2 % stiegen im zweiten Vierteljahr 1999 — verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres — die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler. Dieses Wachstum resultiert jedoch allein aus dem guten Abschneiden des Kfz-Handels und der Tankstellen. Sie konnten im Quartalsvergleich ihre Umsätze nominal um fast 12 % ausweiten; real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, verblieben noch 11 %. Dagegen büßte der Einzelhandel im engeren Sinn, also ohne den Kfz-Bereich, sowohl nominal als auch real annähernd 2 % seines Umsatzes ein.

Mehr in ihren Kassen hatten vor allem die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 4 % und real + 6 %). Besser ging es auch den Ladengeschäften, die dem Heimwerkerbedarf zugerechnet werden: Sie konnten ein Plus von nominal 4,5 % und real 4 % verbuchen. Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, befand sich dagegen mit nominal – 4 % und real – 3 % deutlich im Minus, ebenso wie der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal und real – 7 %). Beim sonstigen Facheinzelhandel blieben die Umsätze im zweiten Vierteljahr 1999 — verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 1998 — nahezu unverändert. Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte zu ei-

1) In dieser Summe sind 239 600 m² Nutzfläche in Wohngebäuden und 131 000 m² Wohnfläche in Nichtwohngebäuden enthalten.

nem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Vergleichszeitraum um 3,5 % zurück.

Weniger Arbeitslose durch Frühjahrsbelegung, aber fehlende konjunkturelle Impulse

Im zweiten Quartal 1999 meldeten sich 94 800 Personen bei der hessischen Arbeitsverwaltung arbeitslos, 770 oder knapp 1 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Mit diesem Rückgang ging eine Phase ansteigender Arbeitslosmeldungen aus den vorangegangenen vier Quartalen zu Ende. Dieser Umschwung ging hauptsächlich von den Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit aus (- 2000, - 4 %), bei denen es zuvor zu Zunahmeraten zwischen 7 und 11 % gekommen war. Dagegen gab es bei den Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit eine Erhöhung um 500 oder reichlich 1 %. Beim seit Anfang 1997 zu beobachtenden ununterbrochenen Rückgang der Kurzarbeit kam es im Berichtszeitraum erstmals wieder zu einer leichten Erhöhung um knapp 900 oder 14 %. Diesem Anstieg lag allerdings laut Arbeitsverwaltung keine grundlegende Veränderung der Auftragslage in bestimmten Branchen zugrunde. Es handelte sich hier vielmehr um einzelbetriebliche Erscheinungen aus einer Vielzahl von Wirtschaftszweigen. Mit durchschnittlich 7300 Arbeitnehmern, die in den Monaten April bis Juni 1999 von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen waren, verhartete der Umfang der Kurzarbeit in Hessen auch bei einem langfristigen Vergleich auf niedrigem Niveau.

Den Arbeitslosmeldungen aus dem zweiten Quartal 1999 standen 67 500 den hessischen Arbeitsämtern als offene gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 7800 oder 13 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die deutlich erhöhte Zahl der offenen Stellen blieb nicht ohne Auswirkung auf das Vermittlungsergebnis der Arbeitsverwaltung. Ihr gelang im Berichtszeitraum die Vermittlung von 51 900 Arbeit-suchenden auf einen unbefristeten oder längerfristigen Arbeitsplatz, 4400 mehr als vor Jahresfrist. Allerdings blieb die Zunahmerate beim Vermittlungserfolg (+ 9 %) um vier Prozentpunkte hinter dem Anstieg der Stellenmeldungen (+ 13 %) zurück. Insgesamt schieden in den Monaten April bis Juni 1999 rund 111 900 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus. Das waren 8700 oder 7 % weniger als im zweiten Quartal 1998. Die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit lagen trotzdem — vor allem aus saisonalen Gründen — um 18 % über den Zugängen, so daß am Ende des Berichtszeitraums 17 000 Arbeitslose weniger registriert wurden als drei Monate zuvor. Dieser Frühjahrsbelegung auf dem hessischen Arbeitsmarkt durch Wiedereinstellung von Arbeitskräften in saison- und witterungsabhängigen Branchen wie Baugewerbe und Gastronomie, Forstwirtschaft und Verkehr fehlten diesmal allerdings die vor Jahresfrist zusätzlich wirksamen konjunkturellen Impulse. Offensichtlich hat sich das hessische Wirtschaftswachstum momentan so weit abgeflacht, daß das aktuelle Produktionsvolumen ohne Neueinstellungen zu bewältigen

ist. Im Durchschnitt des Berichtsquartals betrug die Zahl der Arbeitslosen 240 800; das waren 14 300 oder 6 % weniger als im zweiten Quartal 1998.

Rückgang der Unternehmensinsolvenzen setzt sich fort

Die im vergangenen Jahr einsetzende Abwärtsentwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen hat sich im ersten Halbjahr 1999 fortgesetzt. Von den hessischen Insolvenzgerichten wurden 906 Verfahren eingeleitet, das waren 147 oder 14,0 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. In 670 Fällen (erstes Halbjahr 1998: 797) wurde die Einleitung eines Konkursverfahrens mangels Masse abgelehnt. Das zur Disposition stehende Forderungsvolumen verringerte sich um 13,6 % von 462 auf 399 Mill. DM. Trotzdem scheint es noch verfrüht, von einer allgemeinen Trendwende auszugehen.

Dies bestätigt auch die differenzierte Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsbereiche. So ist die Zahl der Firmenzusammenbrüche mit 222 im krisengeschüttelten Baugewerbe zwar nach wie vor am höchsten, allerdings scheint hier der untere Wendepunkt durchschritten. Dieser Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 um 42 Insolvenzfälle (- 15,9 %) kann jedoch keineswegs als Indiz für eine Beendigung der Strukturkrise der Baubranche gewertet werden. Stabilisiert hat sich auch die Insolvenzentwicklung im Produzierenden Gewerbe. Hier wurden nur noch 110 Firmenzusammenbrüche gemeldet, 14 Fälle oder 11,3 % weniger als im ersten Halbjahr 1998.

Überwiegend günstig verlief auch die Entwicklung in den dienstleistungsorientierten Wirtschaftsbereichen. So wurden im Kredit- und Versicherungsgewerbe nur noch 3 Unternehmensinsolvenzen gemeldet, was einem Rückgang um 15 Fälle oder 83,3 % entspricht. Auch bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (- 29 oder - 35,4 %), im Gastgewerbe (- 24 oder - 31,6 %), im Grundstücks- und Wohnungswesen (- 46 oder - 20,8 %) und im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (- 9 oder - 23,7 %) ist ein deutlicher Umschwung zu konstatieren.

Demgegenüber dürfte sich die unverändert steigende Tendenz im Bereich des Handels (+ 11 oder + 5,2 %) in den nächsten Monaten noch verstärken, denn der derzeit zu beobachtende Verdrängungswettbewerb unter den Einzelhandelsketten könnte auch die im ersten Halbjahr noch positive Entwicklung beim Einzelhandel (- 9 oder - 7,9 %) in nicht allzu ferner Zukunft wieder umschlagen lassen.

Verbraucherpreise 0,7 % höher als vor Jahresfrist

Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im zweiten Quartal 1999 im Durchschnitt um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Im ersten Viertel dieses Jahres hatte die entspre-

chende Rate mit 0,6 % den niedrigsten Stand seit 1987 erreicht.

In den einzelnen Monaten des zweiten Quartals ging dabei die Jahresteuierung kontinuierlich zurück. Im April hatten die Verbraucherpreise unter dem Einfluß des in diesem Monat erfolgten Einstiegs in die ökologische Steuerreform um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor gelegen. Im Mai betrug die entsprechende Rate noch 0,7 % und im Juni schließlich 0,6 %.

Bei den Telefonkosten konnten wieder starke Preisrückgänge registriert werden. Die Nachrichtenübermittlung war im zweiten Quartal um 9,6 % billiger als im Vorjahr. Für die Gesundheitspflege lagen die Preise um 3,4 % und für Nahrungsmittel im Durchschnitt um 0,5 % niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Einen Umschwung der Preisentwicklung gab es für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe sowie Zentralheizung und Fernwärme). Im zweiten Quartal war sie um 3,2 % teurer als vor Jahresfrist, nachdem ihre Preise in den ersten drei Monaten des Jahres noch um 3,1 % unter dem Vorjahresniveau gelegen hatten. Im einzelnen ist dieser Um-

schwung vor allem auf die Preisentwicklung für Heizöl zurückzuführen, das im zweiten Quartal um 8,7 % teurer, im ersten Jahresviertel dagegen um 11,6 % billiger als jeweils ein Jahr zuvor gewesen war. Für Gas hat sich dagegen bei der Preisentwicklung kaum etwas geändert; im ersten Quartal war es um 5,5 % und im zweiten Quartal um 5,3 % billiger als jeweils ein Jahr zuvor. Strom hatte im ersten Quartal im Durchschnitt um 2,5 % und im zweiten Quartal um 10,0 % höhere Preise als vor Jahresfrist.

Anders als bei der im Jahresvergleich gemessenen Rate hat sich die Teuerung im kurzfristigen Vergleich gegenüber dem Vorquartal deutlich beschleunigt. Im zweiten Vierteljahr lag der Preisindex um 0,6 % höher als im ersten Quartal (auch hier beeinflusst vom Einstieg in die ökologische Steuerreform im April 1999). Im ersten Viertel des Jahres war er nur um 0,1 % höher als im Vorquartal gewesen und vom dritten auf das vierte Quartal 1998 noch um 0,3 % gesunken.

Zu Beginn des dritten Quartals zog die Teuerung wieder an. Die Verbraucherpreise waren im Juli um 0,5 % höher als im Juni und um 0,8 % höher als ein Jahr zuvor. □

- In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ereigneten sich auf den Straßen Hessens 13 100 *Unfälle mit Personenschaden*. Dabei verunglückten 18 000 Verkehrsteilnehmer. 255 Menschen wurden getötet, das waren neun mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Weitere 3400 Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß sie unverzüglich in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Bei 14 300 Personen wurden leichtere Verletzungen festgestellt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 erhöhte sich damit die Zahl der Getöteten um 3,7 %; die der Schwerverletzten stieg um 1,3 und die der Leichtverletzten um 5,1 %.

- Die Zahl der *Einbürgerungen* in Hessen ist 1998 wieder leicht gestiegen, nachdem im vorangegangenen Jahr — entgegen der Entwicklung in den Jahren zuvor — ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. 1998 wurden rund 26 900 Personen eingebürgert, knapp 700 oder rund 3 % mehr als im Vorjahr. 14 300 Eingebürgerte waren deutschstämmige Aussiedler, die überwiegend aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion kamen und einen Rechtsanspruch auf Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit hatten. Im Vergleich zum Vorjahr nahm ihre Zahl um rund 1000 ab, nachdem bereits seit 1996 weniger Einbürgerungen für diesen Personenkreis registriert worden waren. Dagegen nahmen die Einbürgerungen von Ausländern auch 1998 weiterhin zu. Ihre Zahl stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 1700 auf knapp 12 600 an. Davon waren gut 6500 erleichterte Einbürgerungen nach §§ 85 und 86 Abs. 1 Ausländergesetz, wonach junge Ausländerinnen und Ausländer, die mindestens sechs Jahre lang hier die Schule besucht haben, sowie ältere Ausländer mit 15jähriger Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Nach § 86 Abs. 2 Ausländergesetz wurden gut 3500 Personen eingebürgert. Danach können Ehegatten und die minderjährigen Kinder der anspruchsberechtigten Ausländer mit eingebürgert werden, auch wenn sie noch nicht seit 15 Jahren im Bundesgebiet leben. Bei 64 % der erleichterten Einbürgerungen wurde die doppelte Staatsangehörigkeit vermieden, gegenüber 59 % im Vorjahr. Die meisten der insgesamt gut 10 000 nach dem Ausländergesetz Eingebürgerten (47 %) besaßen die türkische Staatsangehörigkeit; 17 % waren Marokkaner und 12 % Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

- Ende 1998 erhielten in Hessen gut 9900 Kinder, Jugendliche und junge Volljährige unter 27 Jahren *Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses*. Davon lebten 4500 in einem Heim und 3100 in der Pflegefamilie. 1000 Personen erhielten Hilfe in einer Tagesgruppe. Gut 1100 junge Leute lebten in einer von Sozialarbeitern betreuten Wohngemeinschaft oder in einer eigenen Wohnung. Für 170 Jugendliche und junge Volljährige bestand eine intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung. Im Vergleich zu 1997 gab es bei den

jungen Menschen, die im Rahmen der Jugendhilfe außerhalb des Elternhauses untergebracht waren, eine Zunahme von 5 %. Die Zahl der Pflegekinder stieg um 1 % und die der Heimkinder um 2 %. Deutlich stärker waren die Zunahmen der jungen Menschen in Wohngemeinschaften und in eigenen Wohnungen (+ 17 %) sowie in Tagesgruppen (+ 14 %). Von den Kindern unter zwölf Jahren, die Ende 1998 Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses erhielten, wohnte gut die Hälfte in Pflegefamilien, während knapp drei Zehntel in Heimen untergebracht waren und ein Fünftel eine Tagesgruppe besuchte. Im Alter von 12 bis unter 18 Jahren lebten 25 % in Pflegefamilien, aber 57 % in Heimen und 7 % in Wohngemeinschaften oder eigenen Wohnungen. Von den jungen Volljährigen waren noch 18 % in Pflegefamilien, jedoch 45 % in Heimen und bereits 31 % in Wohngemeinschaften oder eigenen Wohnungen untergebracht.

- Im Jahr 1998 wurden in Hessen 1311 Familien mit minderjährigen Kindern durch *sozialpädagogische Familienhilfe* unterstützt, 242 oder 23 % mehr als 1997. Zu dieser Form der ambulanten Erziehungshilfe gehören sowohl beratende Gespräche (z.B. Erziehungsberatung, Partnerberatung), als auch praktische Hilfen, wie Hausaufgabenbetreuung und Anleitung bei der Haushaltsführung und Ausgabenplanung. Bei 896 Familien dauerte die Hilfe am Jahresende 1998 noch an, während sie bei 415 Familien im Laufe des vergangenen Jahres beendet wurde. Im Durchschnitt dauerte die Familienhilfe 16 Monate. Im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe werden vor allem kinderreiche Familien betreut. 1998 hatte fast ein Drittel dieser Familien zwei Kinder, gut ein Fünftel hatte drei und über ein Sechstel sogar vier oder mehr Kinder unter 18 Jahren. Von den Familien mit einem Kind bekamen 28 % Familienhilfe. Sozialpädagogische Familienhilfe wurde häufig alleinerziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern gewährt. Bei jeder zweiten betreuten Familie handelte es sich 1998 um diesen Personenkreis. Die Anlässe der sozialpädagogischen Familienhilfe waren verschieden, wobei angesichts der komplexen Lebensstrukturen der Familien bis zu drei Anlässe für die Hilfe angegeben werden konnten. Am häufigsten wurden Erziehungsschwierigkeiten genannt; bei sieben Zehnteln der 1998 betreuten Familien waren sie Anlaß zur Hilfe. Es folgten Entwicklungsauffälligkeiten (39 %), Beziehungsprobleme (36 %), Schul- oder Ausbildungsprobleme (29 %), Trennung oder Scheidung der Eltern sowie Vernachlässigung des Kindes (jeweils 18 %).

- Anfang Mai 1999 wurden von Hessens Landwirten 554 200 Rinder, 902 800 Schweine und 176 300 Schafe gehalten. Rund drei Monate nach der im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 erstmals zum Stichtag 3. Mai durchgeführten *Erhebung der Viehbestände* liegen erste Ergebnisse vor. Danach war der Rindviehbestand niedriger als im Juni letzten Jahres. Während mit 166 700 Kälbern und Jungrindern im Alter bis zu einem Jahr geringfügig mehr Tiere als vor knapp einem Jahr gehalten wurden und die Zahl der Kühe mit

214 100 Tieren (darunter 174 300 Milchkühe) annähernd auf Vorjahresniveau blieb, gingen sowohl die Bestände an weiblicher Nachzucht als auch die Zahl der Schlachtrinder — jeweils im Alter von einem Jahr und darüber — um über 10 % auf 103 300 bzw. 70 000 Tiere zurück. Der Bestand an Schweinen war gegenüber April letzten Jahres nahezu unverändert. So war mit 254 000 Tieren die Zahl der Ferkel auf Vorjahresniveau, während mit 355 100 Mastschweinen und 94 800 Zuchtschweinen (einschl. Ebern) geringfügig mehr Tiere als im April 1998 gehalten wurden. Lediglich der Bestand an Jungschweinen mit einem Lebendgewicht von unter 50 kg war mit 198 800 Tieren leicht rückläufig. Die Zahl der in Hessen gehaltenen Schafe war im Vergleich zum Juni letzten Jahres um 7 % niedriger. Insgesamt belief sich der Schafbestand Anfang Mai auf 61 200 Lämmer und Schafe im Alter von unter einem Jahr sowie auf 115 100 Schafe im Alter von einem Jahr und darüber.

- Im ersten Halbjahr 1999 konnten die größeren *Beherbergungsstätten* mit neun oder mehr Betten in Hessen 4,4 Mill. *Gäste* begrüßen. Dies waren 6 % mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1998. Auch die Zahl der *Übernachtungen* stieg im Vergleichszeitraum um 6 % auf 11,2 Mill.

- Das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit hat in Hessen im zweiten Quartal 1999 offensichtlich erste Spuren hinterlassen. Von April bis Juni dieses Jahres wurden 16 210 Betriebe angemeldet, aber fast 15 480 abgemeldet. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum hat sich damit die Zahl der *Gewerbebeanmeldungen* nur um 300 oder knapp 2 % erhöht. Viel stärker ist jedoch in der gleichen Zeit die Zahl der *Gewerbeabmeldungen* gestiegen, und zwar um 2100 oder 16 %. Das hatte zur Folge, daß der rechnerische Zugang, der vor Jahresfrist noch bei weit über 2500 Betrieben gelegen hatte, auf weniger als 750 Betriebe gesunken ist. Er war damit nochmals um über 250 niedriger als im ohnehin schon schwachen ersten Quartal des laufenden Jahres. Die zusätzlichen Betriebe gehörten wiederum überwiegend zum Dienstleistungsgewerbe im engeren Sinne. Ein relativ kräftiges Plus gab es mit 100 bzw. 70 zusätzlichen Betrieben auch im Baugewerbe sowie in der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft. Dagegen waren im Handel (– 350) sowie bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (– 200) erhebliche Ein-

bußen zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden ebenfalls mehr Betriebe abgemeldet als angemeldet, und zwar knapp 50.

- Für immer mehr Erwerbstätige ist der Sonntag ein ganz normaler Arbeitstag. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten in den Monaten Februar bis April 1998 rund 620 000 Erwerbstätige ständig, regelmäßig oder gelegentlich an Sonn- und Feiertagen gearbeitet. 15 % arbeiteten an jedem Sonntag, 32 % in festen Zeitabständen und 53 % gelegentlich. Gegenüber 1993 hat die Zahl der Berufstätigen mit *Sonntagsarbeit* um 14 % zugenommen, während die Zahl aller Erwerbstätigen um 2,5 % gesunken ist. Im Frühjahr 1998 betrug der Anteil aller Erwerbstätigen mit Sonntagsarbeit 23 %. Von den Selbständigen arbeitete fast jeder zweite an Sonntagen, von den Arbeitnehmern war es jeder Fünfte. Fast zwei Drittel der Berufstätigen mit Sonntagsarbeit waren Männer. Der Anteil der Sonntagsarbeiter war folglich bei den Männern mit 26 % deutlich höher als bei den Frauen mit 19 %. Besonders häufig anzutreffen ist Sonntagsarbeit im Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung, wo fast zwei Fünftel der Beschäftigten auch an Sonntagen arbeiten mußten. Deutlich über dem Durchschnitt lag der Anteil der Personen, die sonntags ständig, regelmäßig oder gelegentlich arbeiteten, auch bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen im engeren Sinne (z. B. Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur, Sport und Unterhaltung); hier arbeitete jeder dritte Beschäftigte auch sonntags. Im Bereich Handel und Gastgewerbe waren es 18 % (der Nachweis für das Gastgewerbe allein ist leider nicht möglich; erfahrungsgemäß ist hier die Sonntagsarbeit jedoch weit verbreitet). Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gingen 14 % der Beschäftigten auch sonntags ihrer Arbeit nach.

- Im ersten Halbjahr 1999 stiegen die Umsätze im hessischen *Gastgewerbe* gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um etwas über 1 %. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, bedeutete dies allerdings eine Stagnation. Kantinen und Caterer schnitten mit einem nominalen Plus von 9 und einem realen Plus von 7 % besonders gut ab. Das Beherbergungsgewerbe befand sich mit nominal plus 2 und real plus 1 % ebenfalls in einer günstigen Lage. Dagegen büßte das Gaststättengewerbe im Vergleichszeitraum nominal fast 2 und real knapp 3 % seines Umsatzes ein.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 031,4	6 032,5	6 030,3	6 029,9	6 030,6	6 035,3	6 035,8	6 035,6	6 038,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 740	2 666	1 213	1 755	2 311	924	1 158	1 744	2 006
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	5,3	2,6	3,4	4,7	1,8	2,5	3,4	4,0
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 260	5 047	4 556	5 058	5 040	5 355	4 579	4 950	4 855
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,5	10,0	9,8	9,9	10,2	6,9	9,9	9,7	9,8
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 113	5 082	5 175	5 830	5 071	4 908	5 655	6 344	4 868
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,2	10,1	11,2	11,4	10,2	9,6	12,2	12,4	9,8
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	24	19	23	23	13	25	26	27
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,5	4,8	4,2	4,5	4,6	3,7	5,5	5,3	5,6
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	147	- 34	- 619	- 772	- 31	- 1 373	- 1 076	- 1 394	- 13
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,3	- 0,1	- 1,3	- 1,5	- 0,1	- 2,7	- 2,3	- 2,7	- 0,0
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 255	13 316	10 584	12 622	12 292	12 348	11 664	13 664	13 702
darunter aus dem Ausland	"	5 471	5 443	4 341	5 166	4 784	5 234	5 208	6 047	6 296
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 033	12 995	11 015	12 329	11 488	10 847	10 096	12 436	11 263
darunter in das Ausland	"	6 113	6 000	5 549	5 958	4 897	4 819	47 700	5 727	4 510
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	222	320	- 431	293	804	1 501	1 568	1 228	2 439
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 614	18 531	16 153	19 285	18 407	17 396	16 275	19 409	17 797
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	260 796	254 050	249 545	243 461	250 226	244 858	235 675	233 266	237 919
* darunter Frauen	"	109 524	109 250	106 926	105 517	110 139	106 284	103 495	103 764	107 200
Männer	"	151 272	144 800	142 619	137 944	140 087	138 574	132 180	129 502	130 719
Ausländer	"	55 742	55 070	54 622	53 259	53 056	53 171	50 870	49 972	49 176
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 810	6 339	5 280	5 327	6 877	5 144	4 716	5 339	6 698
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,4	10,0	9,8	9,6	9,8	9,6	9,2	9,1	9,3
* darunter der Frauen	"	9,9	9,7	9,4	9,3	9,7	9,4	8,9	8,9	9,2
Männer	"	10,7	10,3	10,1	9,8	10,0	9,8	9,4	9,2	9,3
Ausländer	"	19,0	18,6	18,4	17,9	17,8	17,9	17,2	16,9	16,6
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	9,3	8,9	7,5	7,6	9,8	7,3	6,5	7,4	9,3
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	21 381	26 021	27 721	28 172	27 630	33 406	31 622	31 352	32 317
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	"	11 788	6 505	6 290	5 285	4 348	8 733	6 328	6 951	4 611
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte										
* Arbeitnehmer insgesamt ¹⁰⁾	1000	2 110,5	2 087,6	2 082,7	2 076,2	2 082,7	2 107,2	2 084,2	2 074,9	2 078,8
* darunter Frauen	"	907,4	899,0	901,3	899,0	895,7	904,0	897,3	895,8	893,0
Ausländer	"	235,7	226,9	231,2	227,1	227,7	228,9	224,0	222,7	223,5
* Teilzeitbeschäftigte	"	290,0	296,8	290,8	294,9	294,8	295,8	301,5	305,3	306,6
* darunter Frauen	"	262,6	265,0	262,7	265,4	263,8	263,7	267,2	269,8	270,3
Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung:										
* Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	"	22,9	22,2	22,9	22,6	21,8	22,0	22,5	22,4	22,3
* darunter Frauen	"	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,4	3,5	3,5	3,4
* Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau) ¹¹⁾	"	624,3	606,2	613,9	609,0	605,0	606,7	604,1	596,4	595,6
* darunter Frauen	"	180,1	153,0	156,5	154,9	153,2	152,7	151,3	150,3	149,1
* Baugewerbe	"	126,0	117,3	121,0	114,3	119,3	121,8	113,9	109,7	112,4
* darunter Frauen	"	13,5	13,0	13,3	13,1	13,0	13,1	12,8	12,6	12,5
* Handel	"	311,4	302,7	310,2	308,5	301,5	302,8	297,9	297,8	297,0
* darunter Frauen	"	160,0	155,5	159,3	158,5	154,5	155,3	153,5	152,9	151,7
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	"	138,5	140,0	136,8	136,3	138,3	141,9	143,6	144,2	144,4
* darunter Frauen	"	46,8	46,8	45,5	45,6	46,3	47,5	47,6	47,8	47,7
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	133,3	134,4	133,6	134,1	133,5	135,4	134,6	134,4	134,3
* darunter Frauen	"	65,9	66,2	65,8	66,3	65,8	66,7	66,0	66,1	66,1
* Dienstleistungen ¹⁰⁾	"	550,8	562,0	550,1	547,7	560,1	572,9	567,2	570,7	573,5
* darunter Frauen	"	340,6	343,8	340,0	339,5	342,3	347,8	345,4	345,6	345,5
* Organisationen ohne Erwerbscharakter ¹¹⁾	"	64,6	65,6	65,1	65,5	65,2	65,8	66,0	66,0	65,8
* darunter Frauen	"	39,5	40,2	39,8	40,2	40,0	40,3	40,4	40,6	40,4
* Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	"	138,8	137,1	139,1	138,2	138,0	137,9	134,4	133,4	133,3
* darunter Frauen	"	77,5	77,2	77,6	77,5	77,3	77,4	76,7	76,5	76,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Ohne Land- und Forstwirtschaft. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Einschl. der Fälle ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. — 10) Soweit anderweitig nicht genannt. — 11) Sowie private Haushalte. — 12) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999				
		Durchschnitt			April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
LANDWIRTSCHAFT											
Schlachtungen ¹⁾ :											
Rinder	Anzahl	9 392	8 526	8 919	7 234	6 665	10 178	7 705	6 662	6 147	
Kälber	"	315	317	263	475	361	476	245	315	183	
Schweine	"	109 632	110 555	105 232	111 519	112 116	123 800	102 409	108 399	96 100	
darunter hausgeschlachtet	"	10 598	10 131	9 219	6 615	4 693	13 125	9 178	5 619	4 219	
Schlachtmengen ²⁾ :											
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 705	11 755	11 754	12 136	12 288	13 484	10 960	11 860	10 646	
darunter von											
* Rindern	"	2358	2 206	2 341	2 043	1 989	2 668	2 079	1 989	1 893	
* Kälbern	"	25	27	25	40	33	37	22	17	18	
* Schweinen	"	9 050	9 265	8 910	9 726	9 948	10 208	8 630	9 442	8 386	
Geflügel:											
* Erzeugte Konsumei ³⁾	1000 St.	28 341	30 523	33 337	33 090	30 173	34 704	32 450	30 845	30 823	
Milcherzeugung:											
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	86 948	92 035	97 532	91 720	89 366	91 731	97 026	91 281	
* darunter an Molkeleien u. Händler geliefert	"	81 446	81 309	86 330	91 637	86 202	84 077	86 612	91 737	86 587	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,0	16,6	17,4	17,8	17,3	16,5	17,5	17,9	17,4	
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾											
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	477,9	470,1	470,2	469,1	468,9	466,7	463,8	463,2	463,8	
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	284,5	281,3	281,3	280,6	280,8	277,2	275,0	274,1	274,5	
* Geleistete Arbeitsstunden	"	36 462	36 485	37 148	35 512	37 562	38 930	36 461	34 508	36 590	
* Bruttolohnsomme	Mill. DM	1 281,3	1 301,1	1 305,6	1 303,3	1 366,4	1 244,5	1 258,3	1 309,0	1 346,1	
* Bruttogehaltssumme	"	1 405,5	1 415,7	1 355,9	1 411,1	1 510,4	1 387,6	1 391,4	1 431,5	1 491,4	
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 766,1	12 838,2	12 910,5	12 420,1	13 369,0	13 928,4	12 469,9	12 240,3	13 465,3	
* darunter Auslandsumsatz	"	4 161,7	4 285,7	4 472,7	4 143,7	4 675,0	4 864,2	4 237,0	4 142,7	4 493,9	
Exportquote ⁵⁾	%	32,6	33,4	34,6	33,4	35,0	34,9	34,0	33,8	33,4	
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾											
Insgesamt	1991 = 100	93,9	95,1	94,0	91,9	98,2	
darunter											
Vorleistungsgüterproduzenten	"	99,4	101,0	100,5	99,2	104,3	
Investitionsgüterproduzenten	"	80,7	82,9	86,2	81,0	88,7	
Gebrauchsgüterproduzenten	"	71,8	70,7	70,3	66,2	72,9	
Verbrauchsgüterproduzenten	"	88,5	84,9	82,3	81,5	85,6	
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾											
Insgesamt	1991 = 100	94,1	95,3	94,2	92,1	98,4	
darunter											
Chemische Industrie	"	100,2	91,8	88,4	89,8	94,4	
Maschinenbau	"	81,4	84,0	82,5	81,2	87,4	
Fahrzeugbau	"	96,5	107,9	113,5	107,1	113,6	
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	76,0	83,3	83,0	77,2	84,1	
Wertmäßiger Auftragszugang ⁷⁾											
Insgesamt	% ⁸⁾	2,1	3,1	- 3,0	6,4	- 3,3	- 16,1	- 8,5	- 4,6	- 2,5	
davon											
Vorleistungsgüterproduzenten	"	7,7	2,2	- 0,3	10,2	- 1,0	- 9,0	- 7,6	- 3,3	0,4	
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,5	8,3	- 2,6	5,6	- 4,1	- 25,3	- 13,1	- 7,2	- 2,9	
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 1,1	- 6,4	- 12,2	3,7	- 10,4	- 20,4	- 9,2	- 1,6	- 8,2	
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 5,5	- 6,1	- 14,0	- 7,9	- 8,5	- 11,6	6,2	- 2,8	- 13,8	
Auftragszugang nach ausgewählten Branchen:											
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,2	- 1,6	- 1,1	0,4	- 2,8	- 10,0	- 4,7	- 8,9	- 8,1	
Maschinenbau	"	7,5	0,1	- 9,1	8,5	0,1	- 12,9	- 4,0	3,2	- 5,9	
Kraftwagen und -teile	"	- 7,8	6,2	- 0,6	6,7	- 12,4	- 36,8	- 19,6	- 13,9	- 10,1	
Herstellung von Metallzeugnissen	"	1,2	4,9	2,0	11,5	- 0,9	- 6,9	0,5	- 1,0	0,5	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG											
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 317,7	2 540,3	2 823,3	2 601,1	2 519,5	2 103,9	1 644,7	1 564,7	2 320,1	
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 652,7	2 746,4	2 637,3	2 520,7	2 455,7	2 991,6	2 654,8	2 521,5	2 495,3	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hauschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	68,5	63,8	63,4	63,5	63,4	60,6	60,8	60,5	60,8
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	36,1	33,5	33,4	33,6	33,4	31,6	31,9	31,7	32,1
Fachwerker und Werker	"	10,8	10,2	10,0	10,0	10,1	9,1	9,3	9,4	9,3
gewerblich Auszubildende	"	3,7	3,2	3,2	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	2,9
* Geleistete Arbeitsstunden	"	6 354	5 916	6 196	6 157	6 484	6 058	6 175	5 963	6 551
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 303	2 183	2 185	2 266	2 389	2 221	2 332	2 264	2 507
gewerblichen und industriellen Bau	"	2 036	1 849	1 977	1 886	1 963	1 934	1 927	1 837	1 935
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 986	1 826	1 980	1 954	2 071	1 877	1 897	1 836	2 081
* Bruttoeinkommenssumme ³⁾	Mill. DM	206,9	191,9	209,5	188,3	197,2	174,0	203,7	183,8	193,8
* Bruttogehaltssumme	"	91,0	85,3	84,8	81,1	87,2	76,3	83,2	76,9	84,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 056,8	975,1	837,1	863,1	962,8	888,8	914,3	968,3	1 101,5
* Index des Auftragsleistungsindex ⁴⁾	1995 = 100	95,2	83,1	66,0	70,5	93,0	99,3	72,3	84,6	106,8
darunter										
Wohnungsbau	"	74,1	69,1	66,6	55,1	80,7	67,6	67,2	60,6	67,5
gewerblicher und industrieller Bau	"	107,4	85,4	60,6	70,6	79,1	110,9	60,6	86,8	114,5
öffentlicher und Verkehrsbau	"	91,8	88,1	72,4	78,8	117,0	102,3	89,6	95,0	118,8
A u s b a u g e w e r b e⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	27,6	26,2	.	.	26,1	25,4
* Geleistete Arbeitsstunden	"	8 193	7 719	.	.	7 641,0	7 161,0
* Bruttoeinkommens- und -gehaltssumme	Mill. DM	354,1	339,2	.	.	333,1	320,9
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 166,2	1 115,2	.	.	1 001,0	904,0
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	868	995	866	1 285	1 323	1 163	1 035	1 008	1 273
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	736	866	565	1 132	1 152	1 040	920	893	1 136
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 064	1 122	877	1 452	1 380	1 299	1 209	1 155	1 368
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	200	211	170	273	282	235	221	214	253
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	607 658	599 957	476 277	764 182	772 980	685 823	607 778	598 218	736 881
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	229	238	198	282	291	232	279	251	335
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	766	684	741	772	724	950	775	483	839
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	169	164	176	183	181	220	183	109	192
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	328 268	310 505	285 752	296 969	341 316	393 889	362 215	245 429	395 071
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 485	2 411	2 123	3 010	3 030	2 554	2 389	2 239	2 713
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 765	11 851	9 354	14 979	15 229	13 096	11 807	11 548	14 361
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	96,8	106,5	105,3	105,8	101,2	121,2	107,0	103,6	106,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	100,1	101,6	100,6	101,3	96,9	116,0	102,5	99,2	102,0
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	97,7	102,0	106,2	102,1	95,7	110,0	100,8	96,9	94,3
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	110,1	112,2	105,7	116,4	118,8	145,6	127,8	119,6	133,5
Apotheken ¹²⁾	"	107,2	114,1	110,4	110,2	109,9	126,0	113,4	110,3	120,4
Bekleidung	"	90,2	88,8	87,6	87,5	74,9	90,9	83,7	84,6	81,6
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	93,7	97,6	94,9	90,6	89,9	107,7	91,2	85,8	88,6
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	96,5	97,1	100,7	109,5	100,6	105,0	105,8	106,8	112,4
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	95,6	93,6	93,4	93,1	93,1	92,7	90,2	89,9	89,6
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	93,5	91,7	88,1	96,5	95,4	92,9	90,3	97,1	92,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,8	95,1	91,0	99,9	99,2	96,3	94,1	101,7	97,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,0	100,3	88,7	103,4	110,4	103,0	94,2	107,0	102,6
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	93,9	92,2	92,8	99,3	92,2	93,1	93,0	100,4	93,5
Kantinen und Caterer	"	95,7	98,3	93,9	99,6	100,8	109,0	103,8	101,9	108,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	96,7	95,0	96,4	97,2	96,9	92,7	91,7	91,6	90,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Polieren und Meistern. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März - 1. Vj., Juni - 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteile. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Miil. DM	4 252,3	4 404,9	4 597,1	4 708,4	4 309,5	4 143,4	4 455,7	4 055,6	4 100,6
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,8	106,4	108,3	98,7	93,0	81,9	99,8	109,5	89,5
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 147,5	4 298,4	4 488,9	4 609,7	4 216,5	4 061,5	4 355,8	3 946,1	4 011,1
davon										
* Rohstoffe	"	29,8	38,3	38,0	34,6	31,1	42,2	47,8	36,4	36,5
* Halbwaren	"	288,8	332,6	249,3	359,4	348,4	315,8	368,1	341,0	292,7
* Fertigwaren	"	3 829,0	3 927,5	4 201,5	4 215,7	3 837,0	3 703,5	3 939,9	3 568,8	3 681,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	704,6	734,1	759,3	832,1	701,1	745,9	691,2	623,5	628,4
* Enderzeugnisse	"	3 124,2	3 193,5	3 442,2	3 383,7	3 135,9	2 957,6	3 248,8	2 945,3	2 853,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 014,9	1 029,0	1 087,7	1 114,5	988,3	1 280,2	1 066,0	844,6	1 176,2
Maschinen	"	699,4	740,4	737,5	770,6	717,5	638,0	736,7	676,7	593,2
Fahrzeuge	"	741,3	692,2	886,8	783,0	756,6	550,3	652,3	602,2	621,8
elektrotechnische Erzeugnisse	"	450,6	485,2	504,3	509,4	482,3	413,2	513,3	437,3	406,2
Eisen- und Metallwaren	"	296,8	312,1	330,0	336,0	267,6	258,0	266,5	291,0	289,6
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 187,4	2 367,8	2 377,1	2 600,9	2 274,2	2 515,9	2 186,4	2 237,2	2 371,4
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	344,5	392,0	354,4	423,7	410,3	324,0	348,2	344,9	332,5
Frankreich	"	388,2	434,5	431,3	475,6	386,8	606,7	426,7	400,4	422,3
Italien	"	265,8	301,2	267,5	332,9	294,6	337,8	290,7	269,2	341,3
Niederlande	"	247,3	265,9	284,4	300,6	235,2	312,2	246,6	268,1	272,0
Belgien-Luxemburg	"	304,5	295,0	381,8	357,6	264,8	186,7	204,9	197,9	207,6
Österreich	"	200,0	219,4	195,2	217,4	203,4	227,9	213,8	274,3	265,4
EFTA-Länder ³⁾	"	232,3	239,6	270,6	234,7	234,2	216,0	286,4	225,2	183,5
darunter										
Schweiz	"	182,6	199,0	223,3	197,1	193,4	182,5	245,6	194,4	157,1
Norwegen	"	37,0	37,6	44,2	33,4	39,0	30,9	39,3	27,4	24,3
USA	"	424,0	453,1	529,1	500,4	469,8	343,3	502,0	426,1	403,0
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	"	6 472,2	6 609,3	7 151,3	6 864,3	6 155,0	6 498,0	7 551,6	7 309,3	7 162,5
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	330,5	321,4	333,9	329,7	332,0	284,4	315,6	306,5	315,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 141,7	6 287,9	6 817,4	6 534,6	5 823,0	6 213,6	7 236,0	7 002,8	6 846,8
davon										
* Rohstoffe	"	69,8	78,9	112,2	103,4	68,5	67,0	85,7	69,4	91,4
* Halbwaren	"	554,1	578,2	451,2	590,1	494,5	408,6	555,2	507,2	423,6
* Fertigwaren	"	5 517,8	5 632,6	6 253,9	5 841,2	5 260,0	5 737,9	6 595,1	6 426,3	6 331,8
davon										
* Vorerzeugnisse	"	684,6	725,2	781,9	829,5	674,8	733,8	707,6	781,6	665,3
* Enderzeugnisse	"	4 833,0	4 907,6	5 472,0	5 011,7	4 585,2	5 004,1	5 887,6	5 644,7	5 666,5
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 333,7	3 341,6	3 471,6	3 414,5	3 323,1	3 374,9	3 523,8	3 582,5	3 381,8
FREMDENVKKEHR⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	710	728	663	632	829	626	720	712	854
darunter von Auslands Gästen	"	181	187	151	148	197	170	177	162	202
* Gästeübernachtungen	"	1 902	1 904	1 656	1 690	2 107	1 631	1 847	1 842	2 194
darunter von Auslands Gästen	"	351	360	301	268	349	380	354	293	367
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen:										
Heilbäder	"	591	573	506	542	624	503	531	564	643
Luftkurorte	"	143	134	94	118	170	84	94	116	168
Erholungsorte	"	96	95	53	86	123	66	64	84	122
Sonstige Gemeinden	"	1 071	1 102	1 004	944	1 191	977	1 158	1 077	1 260
darunter Großstädte	"	468	488	483	402	492	486	550	468	525
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 288	1 248	1 342	1 258	1 227	1 071	1 632	1 338	1 038
davon										
* Güterversand	"	220	208	195	198	182	195	225	209	180
* Güterempfang	"	1 067	1 045	1 147	1 061	1 045	876	1 407	1 129	857

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	33 923	36 261	36 283	39 759	42 029	50 208	41 166	33 300	...
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 543	31 978	30 055	34 170	36 488	42 120	34 781	28 854	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 486	1 704	1 417	1 773	1 552	2 371	2 127	1 652	...
* Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 303	2 090	4 229	3 226	3 415	4 994	3 610	2 251	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	233	275	280	304	321	367	352	285	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 184	2 174	2 103	2 561	2 348	2 109	2 152	2 638	2 685
* Getötete Personen ²⁾	"	50	45	52	36	43	36	43	51	49
* Verletzte Personen	"	2 940	2 934	2 865	3 414	3 094	2 821	2 865	3 503	3 602
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 081	38 403	.	.	111 825	113 943
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 565	37 875	.	.	110 114	113 058
Gelegenheitsverkehr	"	515	528	.	.	1 711	884
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 871	24 159	.	.	72 982	60 838
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 544	18 938	.	.	53 772	53 026
Gelegenheitsverkehr	"	5 328	5 221	.	.	19 210	7 813
Einnahmen	1000 DM	76 536	80 971	.	.	238 372	200 381
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 621	66 591	.	.	184 115	177 970
Gelegenheitsverkehr	"	14 914	14 379	.	.	54 257	22 411
GELD UND KREDIT										
Banken⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Milli. DM	817 384	877 727	.	.	855 715	836 868
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanker ⁶⁾	"	686 477	726 864	.	.	702 649	702 215
davon										
kurzfristige Kredite	"	93 068	104 558	.	.	96 493	108 993
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	593 409	622 306	.	.	606 156	593 221
Einzlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾	Milli. DM	528 954	581 386	.	.	551 160	622 986
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	218	209	238	221	209	183	175	217	200
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	167	164	186	175	170	147	146	181	148
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	51	45	52	46	39	36	29	36	52
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	218	209	238	221	209	183	175	217	200
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	165	161	179	167	170	122	123	167	150
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	102,8	104,1	103,9	104,1	104,3	104,4	104,8	104,8	104,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,5	102,9	103,7	103,8	104,1	103,2	103,5	103,5	102,9
Bekleidung, Schuhe	"	101,4	102,4	102,2	102,3	102,5	103,3	103,3	103,3	103,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	103,9	105,4	105,6	105,7	105,6	106,5	107,4	107,4	107,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	101,1	101,9	101,8	102,0	102,0	102,2	102,2	102,3	102,3
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	103,8	105,0	105,2	105,0	105,2	104,9	107,3	106,2	107,5
Nachrichtenübermittlung	"	97,8	97,2	97,4	97,4	97,6	89,9	88,6	88,3	87,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,0	102,8	100,6	101,7	102,3	103,8	101,5	101,9	102,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	100,9	102,1	101,8	101,8	102,2	101,6	102,0	102,8	103,5
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	102,7	103,9	103,8	104,0	104,1	104,2	104,8	104,7	104,9
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	99,8 ¹⁴⁾	100,0 ¹⁴⁾	.	100,3	.	.	.	100,1	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März- 1. Vj., Juni- 2. Vj., usw.); Jahresdurchschnitt- Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postglo- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufende Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von Übrigen Gemeinschuldern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1998			1999			
		Durchschnitt		April	Mai	Junl	März	April	Mal	Junl
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 518,1	5 930,0	4 728,5	4 441,7	8 399,3	6 636,5	5 565,4	5 561,0	9 197,0
davon	"	4 718,4	5 157,3	3 965,8	3 821,9	7 619,0	5 698,2	4 728,6	4 945,9	8 367,7
Gemeinschaftsteuern	"	2 324,4	2 413,3	2 207,5	2 253,6	2 611,4	2 247,9	2 539,8	2 495,8	2 919,8
davon	"	- 5,4	52,4	- 275,0	- 245,3	484,8	312,0	- 108,6	- 90,4	744,3
Lohnsteuer ²⁾	"	237,3	324,7	204,7	144,0	1 061,5	411,2	277,6	205,1	1 311,8
veranlagte Einkommensteuer	"	339,5	352,0	302,6	244,2	242,4	406,0	517,7	234,5	239,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	263,7	424,1	122,4	- 393,3	1 657,1	1 117,5	- 125,4	104,5	1 524,3
Zinsabschlag ²⁾	"	1 347,7	1 353,8	1 188,9	1 580,6	1 326,1	844,7	1 343,0	1 742,3	1 393,9
Körperschaftsteuer ²⁾	"	211,1	237,0	234,8	238,1	235,6	358,9	284,5	254,2	234,4
Umsatzsteuer	"	498,8	448,0	339,8	353,5	495,5	597,6	399,6	374,1	579,8
Einfuhrumsatzsteuer	"	97,0	94,3	78,8	102,7	92,7	81,9	91,1	119,2	99,9
Bundesteuern	"	111,9	109,9	84,5	93,7	56,5	149,9	82,6	84,2	70,9
darunter	"	37,4	31,2	30,6	32,8	32,7	50,6	30,2	27,5	22,9
Mineralölsteuer	"	228,6	240,8	262,5	230,7	252,1	290,2	277,6	208,1	226,6
Versicherungsteuer	"	19,7	9,2	4,1	6,4	8,5	12,7	28,4	4,6	6,1
Zölle ³⁾	"	31,8	36,8	38,0	22,0	50,5	37,7	30,0	26,1	24,6
Landesteuern	"	54,6	67,4	74,6	63,5	57,1	106,1	90,0	66,0	74,1
darunter	"	91,8	95,9	115,5	107,9	109,3	104,0	99,1	87,0	96,9
Vermögensteuer	"	36,9	52,8	129,8	2,9	0,0	0,0	129,5	5,4	0,0
Erbschaftsteuer	"									
Grunderwerbsteuer	"									
Kraftfahrzeugsteuer	"									
Gewerbsteuerumlage	"									
		1997	1998	1997	1998			1999		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Junl	Sept.	Dez.	März	Junl
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 544,9	2 801,9	3 351,4	1 835,5	2 809,3	2 865,0	3 697,8	1 776,3	...
davon	"	8,4	8,5	6,7	8,8	8,4	10,0	6,9	8,2	...
Grundsteuer A	"	270,5	288,3	226,5	261,2	343,6	305,9	242,5	261,0	...
Grundsteuer B	"	1 246,9	1 366,2	1 346,4	1206,4	1 355,1	1 550,6	1 352,6	1 205,7	...
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	983,8	1 011,5	1 740,4	323,0	1 061,8	964,1	1 878,6	259,6	...
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ⁵⁾	"	35,3	35,2	31,4	36,1	40,5	34,3	29,7	37,3	...
		1997	1998	1997	1998			1999		
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Jul	Okt.	Jan.	April
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 403	4 515	4 444	4 388	4 481	4 515	4 599	4 487	4 579
* Männliche Arbeiter	"	4 563	4 678	4 608	4 518	4 643	4 678	4 769	4 647	4 741
darunter Facharbeiter	"	4 792	4 966	4 837	4 790	4 927	4 960	5 070	4 945	5 058
* Weibliche Arbeiter	"	3 356	3 426	3 363	3 381	3 418	3 426	3 450	3 443	3 485
darunter HilfsarbeiterInnen	"	3 119	3 158	3 103	3 136	3 158	3 161	3 165	3 166	3 194
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,00	27,67	27,12	27,25	24,47	27,58	28,04	27,89	28,05
* Männliche Arbeiter	"	27,89	28,58	28,00	28,16	26,38	28,47	28,96	28,84	28,96
darunter Facharbeiter	"	29,14	30,59	29,21	30,11	30,32	30,43	31,08	30,99	31,13
* Weibliche Arbeiter	"	21,03	21,45	21,10	21,24	21,33	21,44	21,61	21,63	21,82
darunter HilfsarbeiterInnen	"	19,32	19,63	19,24	19,52	19,57	19,67	19,69	19,70	19,80
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	"	6 413	6 558	6 459	6 447	6 530	6 549	6 630	6 572	6 705
* kaufmännische Angestellte	"	5 996	6 150	6 059	6 077	6 118	6 136	6 211	6 199	6 312
* männliche Angestellte	"	6 885	7 036	6 953	6 956	7 008	7 008	7 110	7 083	7 217
* weibliche Angestellte	"	4 964	5 098	5 004	5 029	5 083	5 106	5 143	5 146	5 228
* technische Angestellte	"	6 760	6 906	6 793	6 766	6 881	6 904	6 983	6 896	7 047
* männliche Angestellte	"	6 908	7 057	6 943	6 914	7 033	7 055	7 136	7 048	7 202
* weibliche Angestellte	"	5 327	5 435	5 361	5 349	5 405	5 446	5 481	5 453	5 560
* In Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁷⁾	"	5 154	5 346	5 176	5 239	5 330	5 350	5 398	5 475	5 608
insgesamt	"	5 173	5 367	5 197	5 264	5 353	5 372	5 416	5 506	5 634
* kaufmännische Angestellte	"	5 786	5 978	5 804	5 861	5 975	5 989	6 023	6 123	6 293
* männliche Angestellte	"	4 433	4 600	4 452	4 531	4 576	4 600	4 646	4 732	4 817
* weibliche Angestellte	"									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Jul und Oktober. — 7) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHE LANDESANSTALT
FÜR UMWELT

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 3

Juli/August 1999

3. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten
in Hessen 3
- ◆ Beurteilung und Entsorgung von Abfällen aus
künstlichen Mineralfasern 4
- ◆ Pflanzenschutzmittel im Grundwasser —
Hessische Landesanstalt für Umwelt legt Bericht vor 7
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessische Landesanstalt für Umwelt (HLfU), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessische Landesanstalt für Umwelt
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: Birgit Hofmann (HLfU), Telefon: 0611/6939-556
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten in Hessen

Elektro- und Elektronikgeräte sind zu einem selbstverständlichen bzw. unverzichtbaren Bestandteil des Alltags geworden. In deutschen Haushalten sind allein über eine Milliarde Elektrogeräte im Einsatz. Nach Literaturangaben fallen jährlich ca. 1,5 Millionen Tonnen an Elektroaltgeräten an.

Innerhalb der Europäischen Union werden 1998 schätzungsweise 7 Millionen Tonnen an Elektro- und Elektronikaltgeräten erwartet.

Im Hinblick auf die gesetzliche Regelung zur Rücknahme solcher Altgeräte wird der von der früheren Bundesregierung vorgelegte Entwurf der IT-Altgeräte-Verordnung (ITV) nicht mehr weiter verfolgt, sondern soll durch eine neue Rücknahmeverordnung ersetzt werden.

Diese Verordnung soll im Einklang stehen mit dem Entwurf einer Richtlinie zu Elektronikschrott, die die EU-Kommission zur Zeit vorbereitet.

Dieser Richtlinienentwurf wird nicht nur Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik (IT-Geräte) sondern auch Geräte der Weißen und Braunen Ware umfassen.

Aber was verbirgt sich im einzelnen hinter den hier aufgeführten Begriffen wie Elektro- und Elektronikaltgeräte, Weiße Ware, Braune Ware und Elektronikkleingeräten?

Hierzu ein Auszug aus dem Entwurf der Alt-E-Geräte-Richtlinie der LAGA (Stand Januar 1998):

Elektro- und Elektronikaltgeräte: Altgeräte, deren funktionsbestimmender Teil aus einer elektrischen Einheit besteht oder deren Funktion von elektronischen Bauteilen bestimmt wird (z.B. Platinen, Transistoren, Speicherchips, Prozessoren). Darunter fallen:

- Weiße Ware: Haushaltsgroßgeräte wie Kälte- und Klimageräte, Elektroherde, Geschirrspülgeräte, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Dunstabzugshäuben, Mikrowellengeräte, Elektro-Warmwassergeräte u.ä.
- Braune Ware: Geräte der Unterhaltungselektronik, wie Fernsehgeräte, Radiogeräte, Tuner, Verstärker, Plattenspieler, CD-Player, Kassettenrecorder, Lautsprecher, auch als Gerätekombination, Geräte der Bild- und Tonaufzeichnung und Wiedergabe (Camcorder, Videogeräte) u.ä.
- IT-Geräte: Geräte der Informations-, Büro- und Kommunikationstechnik wie Computer (z.B. Großrechner, Mainframe, Workstations, Personalcomputer, Laptop, Notebook, Palmtops), Computermonitore, Drucker, Plotter und andere informationstechnischen Zwecken dienende Wiedergabegeräte, Scanner und andere informationstechnischen Zwecken dienende Aufnahmegeräte, elektrische Schreibmaschinen, Fotokopierer und sonstige Vervielfältigungsgeräte, Telekommunikationsgeräte (z.B. Telefon- oder Telefaxgeräte), elek-

tronische Geräte der Präsentationstechnik (z.B. Tageslichtprojektoren, LCD-Panel), die im gewerblichen, öffentlichen oder privaten Bereich genutzt werden, einschließlich des vorhandenen Zubehörs wie Tastaturen, Maus, Sortiereinrichtungen, Fernbedienungen und ähnliche Geräteteile.

- Elektrokleingeräte: Elektro- und Elektronikgeräte in mülltonnengängiger Größe. Zu ihnen zählen z.B. Toaster, Kaffeemaschinen, Schneid- und Rührgeräte, Föhne, Rasierapparate, Haarschneidemaschinen, Kofferradios, Walkmans, elektronisches Spielzeug (auch blinkende Laufschuhe), Entladungslampen, Uhren, elektrische Staubsauger, Fotoapparate, Bügelgeräte, Diktiergeräte, Tisch- und Taschenrechner, die zum Teil auch der Braunen Ware, den Geräten der Informationstechnik oder sonstigen, hier aufgelisteten Gruppen zugeordnet werden können.

Um einen Überblick darüber zu erhalten, wie sich in Hessen derzeit die Entsorgungssituation für Elektro- und Elektronikaltgeräte darstellt, befragte die Hessische Landesanstalt für Umwelt alle Landkreise und kreisfreien Städte (Entsorgungspflichtige). Hierbei stellte sich heraus, daß die Einsammlung bzw. die Erfassung derartiger Geräte noch sehr unterschiedlich gehandhabt wird.

So haben einige Entsorgungspflichtige nur für Kühlgeräte ein flächendeckendes Entsorgungskonzept aufgebaut, andere verfügen bereits über ein sehr gut strukturiertes Entsorgungskonzept für mehrere Fraktionen.

Schwierigkeiten bei der Erhebung der Daten ergaben sich vor allem dadurch, daß die Einsammlung der Elektro- und Elektronikaltgeräte derzeit noch auf der Grundlage unterschiedlicher Begriffsbestimmungen erfolgt. So umfaßt die Fraktion Braune Ware in einigen Fällen Elektrokleingeräte sowie TV-Geräte und Monitore, manchmal werden TV-Geräte und Monitore auch separat erfaßt. Um hier eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen, muß angestrebt werden, daß künftig einheitliche Begriffsbestimmungen (z.B. in Anlehnung an die Alt-E-Geräte-Richtlinie der LAGA) für die einzusammelnden Fraktionen Anwendung finden.

Weiterhin ist erforderlich, auch die eingesammelten Mengen einheitlich anzugeben. Derzeit werden die erfaßten Fraktionen in den wenigsten Fällen in Stück/annum(a) und t/a angegeben, sondern entweder in Stück/a oder t/a. Damit wird eine vergleichende Mengenbetrachtung so erschwert, daß noch keine eindeutigen Tendenzen erkennbar sind.

Bei der Erhebung der Entsorgungskosten wurde ersichtlich, daß die Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten in den meisten Fällen kostenfrei gestaltet wird und für die gewerblich genutzten Altgeräte die Entsorgungskosten vielfach im Einzelfall festgelegt werden.

Die Entsorgung der eingesammelten Fraktionen wird in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich geregelt. In einigen Fällen erfolgt die Entsorgung ausschließlich über Privatfirmen, meistens sind jedoch auch soziale oder gemeinnützige Einrichtungen mit der Entsorgung beauftragt. Darüber hinaus können Altgeräte auch über den Fachhandel zurückgegeben werden.

Die Aufarbeitung der eingesammelten Fraktionen gestaltet sich in vielen Fällen schwierig, weil sie aus unterschiedlichsten Materialien bestehen und auch Schadstoffe enthalten können. Nur bei Haushaltsgroßgeräten (wie Kühlgeräte, Waschmaschinen, Geschirrspülmaschinen) kann von einer guten Recyclebarkeit ausgegangen werden, weil diese Geräte einen hohen Metallanteil besitzen und relativ einfach aufgebaut sind. Nach erfolgter Schadstoffentfrachtung (beispielsweise durch den Ausbau PCB-haltiger Kondensatoren; bei Kühlgeräten auch Entfernung der FCKWs, die sich in flüssiger Form im Kältemittel und gasförmig gebunden in den Isolierungsschäumen befinden) können diese Geräte ohne einen weiteren Demontageschritt direkt einem Shredder zugeführt werden.

Weit schwieriger gestaltet sich dagegen die Aufarbeitung anderer Fraktionen, beispielsweise bei Geräten der Unterhaltungselektronik. Hier wirkt sich erschwerend für das Recycling aus, daß sie die unterschiedlichsten Schadstoffe enthalten können. Dies wird am Beispiel ausgebaute Flüssigkristallanzeigen (LCD's) besonders deutlich. Experten gehen davon aus, daß aufgrund der vielen Rezepturen über 50 000 verschiedene Substanzen für LCD's eingesetzt werden.

Erschwerend wirkt sich auch aus, daß sich die einzelnen Geräte in ihrem Aufbau deutlich unterscheiden. Hierdurch ergibt sich ein hoher manueller Demontageaufwand, der dazu führen kann, daß die Lohnkosten höher liegen als der Gewinn aus den Materialerlösen. Die Aufarbeitung und Verwertung von Elektro- und Elektronikschrott ist derzeit noch nicht abschließend gesetzlich geregelt. Dennoch existieren für Hessens Bürger bereits folgende Möglichkeiten, Elektro- und Elektronikschrott einer geordneten Entsorgung zuzuführen:

- Abgabe auf Bau- und Recyclinghöfen
- Abgabe auf Deponien
- Abgabe bei sogenannten Recyclingkaufhäusern (derzeit nur in Rotenburg und Bad Hersfeld möglich)
- Abgabe an Zerlegebetriebe
- Abgabe am Schadstoffmobil
- Abholung im Rahmen der Sperrmüllabfuhr
- Abholung im Rahmen der Altpapiereinsammlung; verpackt in separaten und gekennzeichneten Plastikbeuteln (derzeit nur im Landkreis Gießen möglich).

Die genauen Modalitäten zur Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten können im einzelnen bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (hierbei handelt es sich um die kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte und die Landkreise) erfragt werden.

Joachim Janisch
Andrea Schmidt

Beurteilung und Entsorgung von Abfällen aus künstlichen Mineralfasern

1. Herkunft, Zusammensetzung und Eigenschaften der Abfälle

1.1 Nachdem die krebserzeugende Wirkung von Asbestfasern auf den Menschen unbestritten ist und erkannt wurde, daß Asbestfasern des Typs Krokydolith zu den stärksten krebserzeugenden Stoffen für den Menschen zählen, kam es folgerichtig auch zu Untersuchungen anderer mineralischer Feinstfasern. Besorgt wurde eine erhöhte Lungenkrebssterblichkeit bei Personen, die in der Produktion entsprechender Mineralfasern beschäftigt waren, beobachtet.

1.2 Bei der Abfallentsorgung von künstlichen Mineralfasern (KMF) kommt den Glas-, Stein-, Schlacken- und Keramikwollen aufgrund ihres hohen Mengenanfalls die größte Bedeutung zu. Entsprechende Wollen, die vorwiegend als Isoliermaterial Verwendung finden, neigen —

insbesondere wenn sie thermisch oder mechanisch belastet werden — dazu, in Feinstfasern zu verstauben, d.h. diese Fasern können z.B. bei Renovierungs- oder Abbrucharbeiten, während Sammlungen, Transporten oder während der Beseitigung freigesetzt werden. Die Gefahr, die von den gesundheitsgefährdenden Feinstfasern ausgeht, kann von Betroffenen nicht direkt erkannt werden, da die Fasern so klein sind, daß sie das menschliche Auge nicht mehr erfaßt. Die Faserstäube dringen über die Atemwege in den Körper ein.

1.3 Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe, TRGS 521 „Faserstäube“ geben den Stand der sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen, hygienischen sowie arbeitswissenschaftlichen Anforderungen an entsprechende Gefahrstoffe hinsichtlich des Inverkehrbringens und des Umgangs wieder. Der Teil 1 dieser Regeln behandelt

Schutzmaßnahmen für den Umgang mit Stoffen, Zubereitungen und Erzeugnissen, wenn

- krebs erzeugende anorganische Faserstäube (Kategorie K1 und K 2) oder
- krebsverdächtige anorganische Faserstäube (Kategorie K3)

entstehen oder freigesetzt werden können.

Die TRGS 521 ist auch auf Handhabungen bei der Entsorgung (Beseitigung oder Verwertung) von Abfällen anzuwenden, wenn diese entsprechende krebs erzeugende oder krebsverdächtige mineralische Faserstäube enthalten. Unter der Nummer 3.4 Abs. 3 dieser TRGS wird z.B. festgelegt, daß Abfall, Verschnitt und lose Verpackungen sofort in Behältnissen gesammelt werden sollen, wobei die Freisetzung von Faserstäuben so gering wie möglich zu halten ist.

1.4 Da künstliche Mineralfasern je nach ihrer Art, Zusammensetzung und Herkunft unterschiedliche Eigenschaften aufweisen, ist es zur fachgerechten Entsorgung entsprechender Abfälle Voraussetzung, Kenntnis darüber zu besitzen, welche künstlichen Mineralfasern als krebs erzeugend oder -verdächtig gelten.

Entsprechend den Technischen Regeln für Gefahrstoffe, TRGS 905 „Verzeichnis krebs erzeugender, erbgutverändernder oder fortpflanzungsgefährdender Stoffe“ sind dieses grundsätzlich künstliche Mineralfasern mit einer

- Länge von größer als 5 µm,
- einem Durchmesser kleiner als 3 µm und
- einem Länge- zu Durchmesser-Verhältnis von größer als 3 zu 1.

Diese Fasern werden auch „WHO-Fasern“ genannt.

1.4.1 Produkte aus künstlichen Mineralfasern mit WHO-Fasern gelten jedoch nur dann als krebs erzeugend oder krebsverdächtig, wenn sie zusätzlich eine hohe biologische Beständigkeit aufweisen, d.h. sich im menschlichen Körper nicht oder nur sehr langsam auflösen (lange Halbwertzeiten).

Zur Beurteilung der biologischen Beständigkeit der „WHO-Fasern“ wurde ein

Kanzerogenitätsindex (Ki)

entwickelt, bei dem davon ausgegangen wird, daß

- ein hoher Gehalt an Aluminium in den Fasern (bestimmt als Oxid) deren biologische Beständigkeit erhöht und daß
- hohe Gehalte an Barium, Bor, Calcium, Kalium, Magnesium und Natrium in den Fasern (bestimmt als Oxide) die biologische Beständigkeit vermindern.

Der Kanzerogenitätsindex wird mit Hilfe obiger Anteile (in Gew. %) nach der Formel

$$Ki = \Sigma (Na_2O, K_2O, B_2O_3, CaO, MgO, BaO) - 2 \times Al_2O_3$$

errechnet.

Ein hoher Ki-Wert weist auf eine hohe Biolöslichkeit, damit eine geringe Biobeständigkeit und somit eine geringe kanzerogene Potenz hin.

Ein niedriger Ki-Wert weist auf eine niedrige Biolöslichkeit, damit eine hohe Biobeständigkeit und somit auf eine hohe kanzerogene Potenz hin.

1.4.2 Gemäß TRGS 905 weisen

- krebs erzeugende anorganische Faserstäube der Kategorie 2 einen Ki-Wert ≤ 30 ,
- krebsverdächtige anorganische Faserstäube der Kategorie 3 einen Ki-Wert > 30 und < 40
- und anorganische Faserstäube, die keiner Kategorie zuzuordnen sind, einen Ki-Wert ≥ 40

auf.

Künstliche Mineralfasern mit einem Ki-Wert von 40 und größer werden somit nicht Mineralfasern zugeordnet, die krebs erzeugende oder -verdächtige WHO-Fasern enthalten. Dieses gilt, sofern tierexperimentelle Ergebnisse obiger Beurteilung nicht entgegenstehen.

1.4.3 Mit der dritten Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung vom 12. Juni 1998 wurde der Gefahrstoffverordnung im Anhang V unter Nr. 7 ein Kapitel über „Künstliche Mineralfasern“ hinzugefügt.

Hier wird u.a. die Biolöslichkeit der WHO-Fasern in Form von Halbwertzeiten festgelegt.

Eine hohe Biolöslichkeit bei künstlichen Mineralfasern ist gegeben, wenn die Halbwertzeit kleiner oder gleich 65 Tage ist (oder nach dem 01. Oktober 2000 kleiner oder gleich 40 Tage).

Bei Fasern mit obigen Halbwertzeiten besteht kein Verdacht mehr, daß sie eine krebs erzeugende Wirkung auf den Menschen haben.

Künstliche Mineralfasern mit höheren Halbwertzeiten verpflichten Arbeitgeber u.a., diese Fasern, soweit zumutbar und möglich, durch sonstige Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse mit einem geringeren gesundheitlichen Risiko zu ersetzen (Ersatzstoffverpflichtung) und somit auch die Abfallentsorgung problemloser zu gestalten.

2. Einstufung der Abfälle in den Europäischen Abfallkatalog

2.1 Gemäß der Verordnung zur Einführung des Europäischen Abfallkatalogs sind ab dem 01.01.1999 Abfälle

einem Abfallschlüssel des Europäischen Abfallkatalogs (EAK) zuzuordnen.

Künstliche Mineralfasern können grundsätzlich je nach Herkunft und Zusammensetzung entweder in dem

EAK-Kapitel 10 „anorganische Abfälle aus thermischen Prozessen“ und in der

EAK-Gruppe 10 11 „Abfälle aus der Herstellung von Glas und Glaserzeugnissen“ unter dem

EAK-Abfallschlüssel 10 11 03 „alte Glasfasermaterialien“

eingestuft werden oder sind im

EAK-Kapitel 17 „Bau- und Abbruchabfälle, einschließlich Straßenaufbruch“ der

EAK-Gruppe 17 06 „Isoliermaterial“ und dem

EAK-Abfallschlüssel 17 06 02 „anderes Isoliermaterial“

zuzuordnen.

Bei den obigen zwei Abfallarten handelt es sich um überwachungsbedürftige Abfälle zur Beseitigung und überwachungsbedürftige Abfälle zur Verwertung. Es handelt sich um Abfälle, die keine krebserzeugenden oder krebserzeugenden Faserstäube freisetzen können.

2.2 Entsprechend § 41 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) sind jedoch an die Überwachung und die Beseitigung von Abfällen, die u.a. im besonderen Maße gesundheits- oder luftgefährdend sind (= besonders überwachungsbedürftige Abfälle zur Beseitigung), besondere Anforderungen zu stellen.

Nach der Anlage 2 der Bestimmungsverordnung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle zählen unter dem

Abfallschlüssel 17 06 99D1 „anderes Isoliermaterial mit schädlichen Verunreinigungen“

ausgewiesene Abfallarten somit zu den besonders überwachungsbedürftigen Abfällen zur Beseitigung und zur Verwertung.

Im vorliegenden Fall bietet sich an, Isoliermaterial, das künstliche Mineralfasern enthält und hieraus schädliche Faserstäube mit krebserzeugenden Eigenschaften im Zuge der Entsorgung freisetzen kann, folgerichtig auch als einen besonders gesundheits- und luftgefährdenden Abfall und damit als besonders überwachungsbedürftigen Abfall unter dem o.g. Abfallschlüssel 17 06 99D1 einzustufen.

Hiermit erfolgt eine Einstufung, die mit dem besonders gesundheits- und luftgefährdenden und somit auch besonders überwachungsbedürftigen Abfall „Isoliermaterial, das freies Asbest enthält“ (EAK-Abfallschlüssel 17 06 01), vergleichbar ist.

Nach Auskunft von Herstellern künstlicher Mineralfasern muß derzeit hauptsächlich bei billigeren Importwaren (Neuwaren) noch auf mögliche krebserzeugende oder krebserzeugende Eigenschaften geachtet werden.

Mineralfaserabfälle, die z.B. aus der Sanierung oder dem Abriß älterer Projekte stammen, müssen grundsätzlich unter dem Verdacht, krebserzeugende Fasern enthalten zu können, gesehen werden.

3. Entsorgung der Abfälle

3.1 Verwertung

Seitens einiger Hersteller von künstlichen Mineralfasern werden Anlagen zur Aufarbeitung entsprechender Faserabfälle betrieben, wobei davon auszugehen ist, daß es sich hierbei vorwiegend um Mineralfaserabfälle handelt, die im Zuge der eigenen Produktion entstehen, wie z.B. Fehlchargen.

Darüber hinaus wird versucht, von Kundenseite rückgeführte Abfälle, soweit sie aus eigenen Produktionsstätten stammen, zu verwerten.

Die Firma Grünzweig und Hartmann (G+H) hat eine Recyclinganlage für Glaswolle-Dämmstoffe in Speyer errichtet, in der die Abfälle eingeschmolzen werden, um anschließend wieder zu Fasern verarbeitet zu werden.

Weiter wurde zwischen dem Verband des Bauhauptgewerbes und dem Bundesumweltministerium eine freiwillige Vereinbarung zur Verringerung der zu entsorgenden Bauabfälle abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang soll von den Herstellern künstlicher Mineralfasern ein Rücknahmesystem zur weitgehenden stofflichen Verwertung von Mineralwolleabfällen eingerichtet werden.

3.2 Beseitigung

3.2.1 Abfälle, die künstliche Mineralfasern enthalten und Stäube (WHO-Fasern) freisetzen können, deren

- Kanzerogenitätsindex $K_i \geq 40$ übersteigt oder deren
- Biolöslichkeit eine Halbwertszeit von über 65 Tagen unterschreitet

(ab 01.10.2000 unter 40 Tagen), sind nicht als krebserzeugend oder -krebserzeugend anzusehen.

Diese Abfälle können daher unter den EAK-Abfallschlüsseln 10 11 03 „alte Glasfasermaterialien“ oder 17 06 02 „anderes Isoliermaterial“ eingestuft werden und wie sonstige mineralische Abfälle,

unter Einhaltung der Regeln und Zuordnungskriterien der TA Siedlungsabfall und ohne besondere Anforderungen des Arbeitsschutzes

behandelt und auf entsprechenden Deponien abgelagert werden.

Werden Abfälle aus künstlichen Mineralfasern auf Deponien unter den o.g. Abfallschlüsseln 10 11 03 oder 17 06 02 angeliefert, ist z.B. mittels eines Sicherheitsdatenblatts oder verbindlicher Erklärungen des Faserherstellers nach-

zuweisen, daß diese Mineralfaserabfälle tatsächlich als nicht krebserzeugend anzusehen sind.

3.2.2 Abfälle, die künstliche Mineralfasern enthalten und Stäube (WHO-Fasern) freisetzen können, die als

- krebserzeugend ($KI \leq 30$) oder krebserzeugend ($KI > 30$ und < 40) eingestuft sind oder deren
- Biologische Halbwertszeit von 65 Tagen überschreitet (ab 1.10.2000 > 40 Tage) oder über die
- beim Deponiebetreiber keine gegenteiligen Informationen vorgelegt werden können,

sind als besonders überwachungsbedürftiger Abfall unter dem EAK-Abfallschlüssel 17 06 99D1 „anderes Isoliermaterial mit schädlichen Verunreinigungen“ auszuweisen.

Aus fachlicher Sicht erfordert die Beseitigung dieses Abfalls besondere Schutzmaßnahmen (z.B. Verpackung in reißfesten, staubdichten Säcken, Behältnis-Kennzeichnung „Inhalt kann krebserzeugende Faserstäube enthalten“, umgebungsunabhängige Frischluft oder Fil-

teranlagen für Fahrzeugkabinen z.B. von Kompaktoren, persönliche Schutzausrüstungen).

Die Abfälle sind vorzugsweise in einer muldenförmigen Vertiefung oder Senke und dort in geringer Schichtstärke auf der Deponie abzulagern.

Weiter sind die Abfälle arbeitstäglich mit geeignetem Material abzudecken. Die Einbaustelle ist im Ablageungsplan der Deponie zu kartieren.

Bei obigen Vorkehrungen kann die Ablagerung des Isolationsmaterials unter Einhaltung der Regeln und Zuordnungskriterien der TA Siedlungsabfall auf einer entsprechenden Deponie erfolgen. Wie auch aus bisher durchgeführten Messungen auf Deponien zu folgern ist, kann bei einer entsprechenden sachgerechten Deponierung von Abfällen aus künstlicher Mineralwolle davon ausgegangen werden, daß hierbei die Technische Richtkonzentration für krebserzeugende Stoffe von 500 000 f/m³ Luft (TRGS 900) nicht überschritten wird.

Rolf Kersting

Pflanzenschutzmittel im Grundwasser — Hessische Landesanstalt für Umwelt legt Bericht vor

Die Hessische Landesanstalt für Umwelt hat einen Bericht über die Belastung des Grundwassers mit Pflanzenschutzmitteln (PSM) veröffentlicht.

In Hessen werden rund 95 % des öffentlichen Trinkwassers aus Grundwasser einschließlich Quellwasser gewonnen. Schon allein im Interesse der Bereitstellung von Trinkwasser in ausreichender Menge und Beschaffenheit muß eine Beeinträchtigung der Grundwasserbeschaffenheit vermieden werden. Auch aus ökologischen Gründen ist eine qualitative Verschlechterung des Grundwassers nicht hinnehmbar.

Pflanzenschutzmittel werden vor allem in der Landwirtschaft, im Bereich von Verkehrswegen und in privaten Haushalten eingesetzt. Besonders eine zum Teil unsachgemäße und hochdosierte Anwendung von PSM hat

dazu geführt, daß derzeit über 10 % aller Wässer aus Grundwassermeßstellen Rückstände aus PSM aufweisen. Der Bericht gibt neben einer allgemeinen Einführung in die PSM-Thematik auch einen Überblick über die zeitliche Entwicklung der PSM-Belastung des Grundwassers in Hessen. Dabei werden auch die am häufigsten im Grundwasser nachgewiesenen PSM behandelt.

Der Bericht „Pflanzenschutzmittel im Grundwasser“ ist in der Schriftenreihe der Hessischen Landesanstalt für Umwelt „Hydrologie in Hessen, Teil III. Grundwasser“ (ISBN-Nr. 3-89026-264-3) erschienen.

Bezugsadresse: Hessische Landesanstalt für Umwelt, Bibliothek, Rheingaustrasse 186, 65203 Wiesbaden.
FAX: 0611-6939-573, e-mail: broschuere-hifu@hifu.de

Neuerscheinungen in der Schriftenreihe „Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz“ der HLFU

- Wasserbilanz für den Regierungsbezirk Kassel — Planungsregion Nordhessen:
Öffentliche Wasserversorgung und industrielle Eigengewinnung
B. Spichalsky (HLFU), Dr. A. Schraft (HLfB)
1999, Heft 257
- Jahresbericht 1998
1999, Heft 258
- Schadstoffbelastungen durch den Flugverkehr im Bereich des Flughafens Frankfurt
und in seinem Umfeld
- Dr. M. Büchen, W. Eickhoff, K. Freitag, Dr. P. Laubereau, K. Liebl (HLFU),
Dr. C. Ewen (Öko-Institut Darmstadt)
1999, Heft 260
- Luftschadstoffbelastung auf dem Flughafen Frankfurt/Main
Ch. Deuter, K. Liebl
1999, Heft 261
- Lufthygienischer Jahresbericht 1998
M. Baltrusch, W. Fehlinger, Dr. K. Hanewald, A. Siegmund, W. Stec-Lazaj, W. Wunderlich
1999, Heft 262
- Fachliche Grundlagen zur Beurteilung von flüchtigen organischen Substanzen
in der Bodenluft bei Altlasten
Dr. K.J. Seeger
1999, Heft 263
- Neue Rahmenbedingungen für die biologische Abfallverwertung
Volker Kummer
1999, Heft 264
- Hydrologie in Hessen
Handbuch Teil III f— Grundwasser
2. Grundwasserbericht 1998
Dr. Georg Berthold, Prof. Dr. Benedikt Toussaint
1999
- Hydrologie in Hessen
Handbuch Teil III — Grundwasser
Pflanzenschutzmittel im Grundwasser
1999

Bezugsadresse: Hessische Landesanstalt für Umwelt, Bibliothek, Postfach 32 09, 65022 Wiesbaden

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Meßstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Meßstellen	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Meßstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997			1998				1999
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		10,7	10,4	4,0	13,7	19,0	5,4	13,6	17,3	5,43	2,6
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	649	1007	149	181	142	163	262	273	309	224
Marburg- Lahnberge	"	544	877	121	123	111	108	234	246	289	163
Schotten- Eichelsachsen	"	625	889	118	173	133	212	196	267	314	217
Abfluß	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarshausen/ Diemel	"	11,8	17,3	17,4	11,9	8,58	14,3	8,68	9,88	36,2	31,6
Rotenburg/Fulda		14,6	23,7	29,2	10,7	6,18	19,6	13,5	10,2	51,1	43,7
Aßlar/Dill		6,37	11,7	13,0	4,52	1,60	10,9	7,04	5,03	23,8	20,2
Marburg/Lahn	"	11,5	21,9	20,1	7,95	5,48	18,1	12,9	12,3	44,3	32,3
Hanau/Kinzig	"	7,20	13,3	14,1	5,191	3,21	15,8	5,22	7,26	25,0	22,0
Bad Vilbel/Nidda	"	6,55	11,4	12,1	4,91	3,44	7,34	6,93	6,49	24,8	20,2
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	128	145	144	191	133	144	189	126	145	166
Diemeltalsperre	"	10,5	15,1	10,2	15,5	11,8	11,6	19,3	15,5	15,1	15,7
Grundwasserstand	Mittel [NN + m]										
Meßstelle: Bracht	"	256,92	256,81	256,90	257,38	256,89	256,48	256,70	256,64	257,41	257,22
Bauschheim	"	86,44	86,30	86,76	86,69	86,24	86,34	86,41	86,10	86,38	86,41
Lampertheim	"	86,54	86,33	86,88	86,62	86,39	86,39	86,38	86,09	86,44	86,64
Beberbeck	"	224,76	224,27	224,73	225,17	224,83	224,13	224,24	224,10	224,61	225,08
Zell	"	313,50	313,41	313,56	313,72	313,47	313,26	313,45	313,30	313,62	313,93
Schwalbach	"	271,94	271,98	272,29	272,78	271,85	271,13	271,99	271,74	273,06	272,42
Kath. Willenroth	"	295,54	295,36	295,89	295,89	295,83	294,93	294,20	295,26	296,04	295,79
Langstadt	"	128,07	127,65	128,08	128,22	128,10	127,77	127,70	127,54	127,58	127,98
Weissenborn	"	214,12	213,45	214,85	215,38	214,33	212,72	214,11	212,49	214,19	213,81

2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1995	1996	1997				1998			
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Meßstation Bischofsheim Main Flußkm 4,0</i>											
Abfluß	m ³ /s	153	180	325	162	125	121	186	134	135	456
Temperatur	Grad C	13,9	14,1	6,1	16,5	22,5	10,7	6,6	17,9	20,1	8,2
Sauerstoff	mg/l	8,3	9,0	10,2	11,0	6,5	8,5	10,7	7,6	6,6	11,6
pH		7,6	7,8	7,8	8,1	7,6	7,8	7,9	7,7	7,6	7,8
NH ₄ -N	mg/l	0,3	0,15	0,3	0,1	<0,1	0,13	0,16	0,09	< 0,07	0,11
NO ₃ -N	mg/l	6,3	6,0	6,4	5,6	5,6	6,6	6,9	5,1	4,9	4,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	7,0	7,0	7,73	6,4	6,7	7,7	7,5	5,8	5,5	5,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,09	0,08	0,05	0,05	0,14	0,10	0,07	0,09	0,14	0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,25	0,24	0,24	0,15	0,31	0,23	0,25	0,21	0,35	0,27
Leitfähigkeit	mS/m	65	70	58	68	75	78	64	72	71	58
Chlorid	mg/l	55	61	51	54	62	74	58	57	61	36
TOC	mg/l	5,7	5,4	4,8	8,0	5,0	14,4	3,7	3,3	4,3	5,8
CSB	mg/l	10,9	13,8	13,7	14,6	13,9	13,8	5,3	11,7	11,6	10,6
EDTA	µg/l	22	22,2	17	18	19,5	32,8	19,5	13,8	16,7	9,1
<i>Meßstation Oberbiel Lahn Flußkm 19,1 ³⁾</i>											
Abfluß	m ³ /s	22,0		45,5	16,3	7,6	24,0	38,4	26,2	19,3	91,4
Temperatur	Grad C	12,7	12,0	5,5	18,9	19,6	7,8	5,5	15,2	17,1	7,1
Sauerstoff	mg/l	10,4	9,9	11,5	10,7	7,6	10,4	12,1	9,2	8,4	11,2
pH		7,8	7,9	7,8	8,3	7,9	7,9	8,0	7,8	7,8	7,9
NH ₄ -N	mg/l	0,6	0,50	0,5	0,3	0,6	0,57	0,50	0,36	0,38	0,26
NO ₃ -N	mg/l	4,3	4,6	4,2	4,0	5,2	4,8	4,5	3,9	4,3	3,2
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,7	5,8	5,6	5,0	6,5	6,1	5,3	4,9	5,3	4,1
o-PO ₄ -P	mg/l	0,19	0,12	0,09	0,08	0,18	0,14	0,11	0,13	0,18	0,10
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,29	0,28	0,21	0,23	0,38	0,26	0,20	0,24	0,32	0,22
Leitfähigkeit	mS/m	37	37	33	33	45	36	31	32	35	26
Chlorid	mg/l	31	33	33,6	28,9	38,9	32	30	27	30	22
TOC	mg/l	5,2	4,3	3,4	6,6	4,0	3,7	2,9	3,6	3,8	4,1
CSB	mg/l	11	12,5	11,8	13,5	13,3	12,7	7,7	11,6	10,7	9,7

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw Mengen- einheit	1995	1996	1997				1998			
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Meßstation Letzter Heller Werra Flußkm 83,9</i>											
Abfluß	m³/s	41,5	40	71,4	40,4	20,4	27	50,7	33,1	30,4	107
Temperatur	Grad C	10,2	9,8	3,4	11,9	16,8	6,0	4,5	13,3	14,2	5,7
Sauerstoff	mg/l	12,0	11,9	11,6	12,3	12,6	11,4	12,2	13,5	10,4	11,3
pH		8,0	8,1	7,9	8,3	8,4	8,0	8,0	8,4	8,1	8,0
NH ₄ -N	mg/l	0,3	0,30	0,3	0,2	0,4	0,27	0,19	0,16	0,69	0,96
NO ₃ -N	mg/l	4,3	3,8	4,7	3,8	2,3	4,3	4,8	3,7	2,8	4,3
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,8	4,6	5,3	4,5	3,7	5,0	5,2	4,3	4,3	5,0
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,12	0,12	0,09	0,09	0,19	0,11	0,12	0,16	0,08
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,25	0,22	0,18	0,19	0,27	0,24	0,16	0,20	0,22	0,14
Leitfähigkeit	mS/m	652	770	568	679	782	957	582	750	673	355
Chlorid	mg/l	1835	1995	1300	1800	2140	2740	1480	1980	2000	8810
TOC	mg/l	6,1	5,1	4,5	3,6	8,4	3,9	3,4	4,8	8,0	4,4
CSB	mg/l	24	22,7	-	19	33	16,0	-	-	-	
EDTA	µg/l		7,5	6	5	14	5,0	5,8	8,3	3,8	5,1
<i>Meßstation Wahnhausen Fulda Flußkm 93,5</i>											
Abfluß	m³/s	33,2	47,4	80,4	39,6	33,0	36,0	56,1	46,8	40,4	154
Temperatur	Grad C	10,9	10,4	3,9	13,6	17,9	7,4	4,8	14,2	16,4	6,4
Sauerstoff	mg/l	11,3	10,9	11,6	13,2	8,8	10,2	11,7	10,6	9,6	11,2
pH		7,7	8,1	7,6	8,1	7,8	7,8	7,8	7,9	7,6	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,2	0,25	0,5	0,2	0,1	0,22	0,29	0,11	0,07	0,10
NO ₃ -N	mg/l	4,1	4,1	4,9	3,6	3,3	4,4	5,7	3,6	3,2	4,1
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,8	4,7	5,6	4,4	3,6	5,0	5,7	4,2	3,7	4,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,10	0,11	0,05	0,11	0,11	0,08	0,05	0,13	0,05
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,23	0,22	0,18	0,22	0,21	0,25	0,14	0,09	0,22	0,11
Leitfähigkeit	mS/m	49	48	44	47	47	53	47	45	44	39
Chlorid	mg/l	66	61	53	60	59	72	56	52	62	39
TOC	mg/l	5,4	4,7	4,3	5,2	5,0	4,4	3,4	4,4	3,6	4,3
CSB	mg/l	18	10,5	8	12	11	11,0	-	-	-	
EDTA	µg/l	5,6	6,3	5	5	7	8,0	3,8	5,5	2,0	3,3

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1995	1996	1997				1998			
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
<i>Meßstation Mainz-Wiesbaden Rhein Flußkm 498,5</i>											
Abfluß	m³/s	1405	1235	1570	1390	1620	1024	1325	1322	1222	
Temperatur	Grad C	14,4	15,2	8,1	17,4	22,3	10,5	9,2	19,8	22,4	
Sauerstoff	mg/l	9,6	9,4	11,1	9,1	7,6	9,9	11,0	7,9	7,7	
pH		7,8	7,8	7,9	7,9	7,8	7,8	7,9	7,8	7,5	
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,12	0,22	0,05	0,06	0,10	0,13	0,06	0,04	
NO ₃ -N	mg/l	2,9	2,7	2,8	2,7	1,8	2,8	3,2	3,0	109	
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,6	3,5	4,0	3,7	2,5	3,2	3,9	4,2	2,8	
o-PO ₄ -P	mg/l	0,07	0,06	0,05	0,05	0,05	0,08	0,07	0,08	0,07	
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,09	0,10	0,08	0,08	0,08	0,12	0,10	0,13	0,12	
Leitfähigkeit	mS/m	60	57	58	59	47	63	58	53	50	
Chlorid	mg/l	76	84	87	80	63	105	81	76	71	
TOC	mg/l	3,1	3,0	2,9	3	2,6	3,1	3,1	3,4	2,7	
EDTA	µg/l	7,6	6,6	7,3	5,9	4,6	8,9	6,9			

- 1) - Gesamt - N - Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs (Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluß).
- 2) - Gesamt - P - Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluß zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.
- 3) - Die Meßstelle wurde erst 1995 in Betrieb genommen.

3. Luftbelastung nach Meßstellen
a) Temperatur in °C

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	15,5	4,7	3,2	12,3	17,7	5,3	4,5	13,8	16,1	4,5	4,0
Gießen (Mittelhessen)	15,6	4,37	3,1	12,5	17,6	4,8	4,1	13,7	15,9	4,1	3,8
Viernheim (Südhessen)	17,0	5,8	4,0	14,4	19,7	6,6	5,7	15,9	18,3	5,8	4,9

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
b) Stickstoffmonoxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bebra	9	21	24	8	11	19	17	8	8	17	13
Borken	4	12	12	3	5	8	7	3	4	8	5
Darmstadt	9	32	54	9	11	29	40	7	8	28	28
Darmstadt-Hügelstraße	197	193	204	174	189	177	159	137	135	125	146
Dillenburg	44	64	71	32	50	60	67	31	36	52	52
Ffm.-Friedb.Landstraße	58	137	146	75	92	147	119	60	63	99	83
Ffm.-Höchst	29	75	95	27	33	72	72	23	25	55	50
Ffm.-Höhenstraße	54	88	104	47	52	94	90	39	43	68	67
Ffm.-Ost	24	60	74	20	25	59	71	21	24	60	54
Frankenberg	3	7	9	3	3	5	8	3	3	5	5
Fulda	27	51	60	33	44	59	62	31	32	44	42
Fürth/Odenwald	3	4	4	3	3	5	4	3	3	5	4
Gießen	24	60	74	21	31	51	68	20	23	52	48
Grebenau	3	7	5	3	3	4	4	3	3	5	4
Hanau	31	66	76	25	31	60	70	23	24	55	52
Kassel-Nord	31	59	50	27	32	50	43	24	24	35	28
Königstein	3	5	5	3	3	5	4	3	3	5	4
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	13	29	31
Linden	11	29	47	8	15	23	31	7	8	19	19
Marburg	11	35	51	9	12	33	39	8	8	29	25
Nidda	5	15	19	4	4	11	15	4	4	13	11
Offenbach	20	56	64	17	21	46	58	13	15	39	40
Raunheim	15	50	72	19	23	52	70	13	15	40	37
Riedstadt	7	28	47	11	11	29	39	7	9	25	24
Spessart	3	4	5	3	3	4	4	3	3	4	4
Viernheim	13	40	63	9	13	42	43	8	11	35	32
Wetzlar	28	74	94	23	31	86	71	23	23	56	54
Wiesbaden-Ringkirche	102	181	200	83	104	153	142	70	82	129	116
Wiesbaden-Süd	13	52	75	12	17	47	56	12	12	35	35
Witzenhausen	3	4	4	3	3	4	3	3	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<i>Bebra</i>	22	33	37	20	23	29	31	22	21	29	31
<i>Borken</i>	15	31	37	13	17	22	26	11	12	24	22
<i>Darmstadt</i>	28	30	43	30	34	37	45	30	31	39	39
<i>Darmstadt-Hügelstraße</i>	67	50	67	65	72	51	64	64	66	51	59
<i>Dillenburg</i>	40	43	50	42	46	39	48	41	40	46	46
<i>Ffm.-Friedb.Landstraße</i>	49	52	68	61	72	61	64	59	57	54	62
<i>Ffm.-Höchst</i>	48	58	78	52	50	49	53	46	44	45	50
<i>Ffm.-Höhenstraße</i>	54	49	54	52	59	49	63	50	53	50	50
<i>Ffm.-Ost</i>	36	45	57	46	50	52	62	49	52	52	44
<i>Frankenberg</i>	8	21	27	9	9	17	23	8	8	18	16
<i>Fulda</i>	33	40	51	43	44	39	48	38	36	39	41
<i>Fürth/Odenwald</i>	13	24	26	10	11	20	20	10	9	24	23
<i>Gießen</i>	41	49	63	45	43	41	51	41	41	45	46
<i>Grebenau</i>	9	20	22	9	11	18	20	10	11	19	16
<i>Hanau</i>	35	41	55	39	38	44	56	50	47	52	49
<i>Kassel-Nord</i>	35	37	42	33	35	36	42	30	26	33	35
<i>Königstein</i>	11	22	28	16	14	23	22	12	12	21	19
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	29	35	38
<i>Linden</i>	20	37	46	21	23	29	31	21	21	32	31
<i>Marburg</i>	29	38	42	25	26	32	39	26	26	36	37
<i>Nidda</i>	18	31	40	18	18	28	37	17	19	34	32
<i>Offenbach</i>	32	39	51	37	42	44	52	39	43	47	46
<i>Raunheim</i>	40	48	66	37	41	36	44	32	31	36	39
<i>Riedstadt</i>	16	28	42	22	26	32	39	23	28	47	39
<i>Spessart</i>	9	17	20	7	8	17	19	8	9	20	16
<i>Viernheim</i>	31	42	63	27	35	41	48	31	33	40	41
<i>Wetzlar</i>	35	40	52	43	42	45	52	37	35	39	42
<i>Wiesbaden-Ringkirche</i>	53	56	83	56	64	64	62	57	55	51	57
<i>Wiesbaden-Süd</i>	37	48	65	38	42	40	47	34	34	36	40
<i>Witzenhausen</i>	9	20	15	6	7	15	14	7	8	17	15

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
d) Ozon in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<i>Bebra</i>	39	17	23	51	46	21	31	48	43	22	31
<i>Borken</i>	48	22	36	68	55	26	40	62	58	33	45
<i>Darmstadt</i>	44	18	24	53	45	17	27	53	45	20	29
<i>Dillenburg</i>	28	12	18	42	31	13	22	43	31	18	23
<i>Ffm.-Höchst</i>	42	11	21	48	41	14	27	48	33	12	21
<i>Ffm.-Ost</i>	39	10	16	48	44	13	20	42	41	14	24
<i>Frankenberg</i>	70	33	44	81	72	33	53	75	63	35	50
<i>Fulda</i>	42	18	28	49	34	20	30	49	40	21	29
<i>Fürth/Odenwald</i>	74	32	40	80	83	39	56	87	78	36	50
<i>Gießen</i>	35	11	18	39	32	14	21	38	29	12	21
<i>Grebenau</i>	58	27	36	67	57	27	43	66	56	28	41
<i>Hanau</i>	31	9	18	45	38	13	25	46	38	16	27
<i>Kassel-Nord</i>	36	15	23	44	32	19	32	49	42	24	35
<i>Königstein</i>	65	30	40	73	71	29	52	77	62	31	49
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	45	23	32
<i>Linden</i>	42	17	21	54	47	21	31	52	51	29	34
<i>Marburg</i>	41	13	20	50	42	20	28	50	39	16	28
<i>Nidda</i>	56	19	29	60	60	28	39	68	58	21	34
<i>Offenbach</i>	43	13	23	43	41	12	22	44	39	16	20
<i>Raunheim</i>	42	13	18	45	37	14	23	42	36	16	29
<i>Riedstadt</i>	48	16	22	54	48	18	30	59	52	19	31
<i>Spessart</i>	74	36	48	78	77	32	52	82	70	34	45
<i>Viernheim</i>	45	13	27	54	49	15	26	56	46	15	25
<i>Wetzlar</i>	30	14	19	39	32	12	22	41	36	19	24
<i>Wiesbaden-Süd</i>	42	13	20	49	41	12	23	52	46	18	28
<i>Witzenhausen</i>	70	41	51	82	79	39	55	81	75	41	53

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
e) Schwefeldioxid in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<i>Bebra</i>	4	10	17	4	4	7	7	3	3	5	5
<i>Borken</i>	4	11	17	3	3	6	6	3	3	5	5
<i>Darmstadt</i>	4	10	16	5	4	7	11	4	3	7	7
<i>Dillenburg</i>	4	9	13	5	5	7	7	4	4	5	6
<i>Ffm.-Höchst</i>	5	13	19	5	5	11	12	5	5	10	9
<i>Ffm.-Ost</i>	5	15	24	7	6	14	16	5	5	12	10
<i>Frankenberg</i>	4	7	9	3	4	5	4	3	3	4	4
<i>Fulda</i>	4	11	15	5	4	6	9	4	4	5	5
<i>Fürth/Odenwald</i>	4	9	14	4	4	5	7	3	3	5	5
<i>Gießen</i>	5	11	15	4	4	5	8	3	3	6	5
<i>Grebenau</i>	3	9	11	4	3	5	5	3	3	4	3
<i>Hanau</i>	5	16	26	7	5	12	15	5	5	12	12
<i>Kassel-Nord</i>	5	14	17	5	4	8	9	4	4	7	6
<i>Königstein</i>	3	7	8	4	4	5	6	3	3	5	4
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	3	5	5
<i>Linden</i>	4	10	19	4	3	5	7	3	3	7	5
<i>Marburg</i>	4	11	17	4	4	8	10	4	3	7	7
<i>Nidda</i>	4	9	14	4	4	5	6	3	3	5	5
<i>Offenbach</i>	4	11	18	5	5	8	11	4	4	7	9
<i>Raunheim</i>	6	18	25	6	5	9	13	4	4	7	12
<i>Riedstadt</i>	4	8	15	4	4	6	8	4	3	6	5
<i>Spessart</i>	4	9	12	4	4	5	8	3	3	5	5
<i>Viernheim</i>	5	11	20	6	5	10	14	5	5	10	10
<i>Wetzlar</i>	4	15	22	5	4	6	7	3	3	5	5
<i>Wiesbaden-Süd</i>	5	14	26	7	6	9	12	5	5	9	9
<i>Witzenhausen</i>	5	14	17	4	5	6	5	4	3	4	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Darmstadt	0,4	0,7	1,0	0,4	0,4	0,6	0,8	0,5	0,5	0,7	0,8
Darmstadt-Hügelstraße	2,3	2,3	2,7	2,5	2,5	2,3	2,1	1,8	1,5	1,4	1,4
Ffm.-Friedb. Landstraße	1,3	2,3	2,3	1,7	2,1	2,5	2,2	1,7	1,7	1,8	1,7
Ffm.-Höchst	0,6	1,0	1,2	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5	0,8	0,8
Ffm.-Höhenstraße	0,9	1,3	1,2	1,2	1,4	1,6	1,6	1,0	0,9	1,1	1,0
Fulda	0,7	0,9	1,0	0,4	0,4	0,7	0,8	0,5	0,4	0,6	0,6
Gießen	0,7	1,0	1,2	0,6	0,7	0,9	1,1	0,6	0,6	0,9	0,8
Hanau	0,5	0,8	1,0	0,5	0,6	0,8	0,9	0,5	0,6	0,8	0,8
Kassel-Nord	0,8	1,0	1,1	0,5	0,6	0,8	0,8	0,6	0,5	0,7	0,7
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4	0,7	0,6
Linden	0,4	0,5	0,8	0,3	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5
Offenbach	0,4	0,8	1,0	0,4	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,7	0,7
Raunheim	0,5	0,9	1,2	0,5	0,5	0,8	1,0	0,4	0,4	0,8	0,8
Viernheim	0,4	0,7	1,0	0,4	0,5	0,7	0,8	0,4	0,3	0,6	0,6
Wetzlar	0,8	1,3	1,5	0,9	1,0	1,3	1,0	0,6	0,6	0,9	0,9
Wiesbaden-Ringkirche	2	2,7	2,9	1,7	1,9	2,4	2,4	1,5	1,7	2,2	2,1
Wiesbaden-Süd	0,4	0,7	1,0	0,4	0,5	0,7	0,9	0,5	0,5	0,8	0,7

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Ffm.-Höchst	115	165	243	100	115	143	172	72	72	93	93
Ffm.-Ost	72	-	157	57	72	86	115	64	72	93	93
Kassel-Nord	-	129	79	72	93	100	100	79	86	93	86
Riedstadt	29	43	93	29	36	50	50	29	36	43	50

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Meßstelle	Quartalsmittel 1996		Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998				Qm 1999
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<i>Bebra</i>	26	29	38	25	30	27	30	28	27	26	27
<i>Borken</i>	27	27	37	23	33	25	28	26	26	22	23
<i>Darmstadt</i>	29	30	46	29	38	28	34	28	30	26	29
<i>Dillenburg</i>	30	30	43	28	35	32	36	29	31	29	29
<i>Ffm.-Höchst</i>	32	38	54	31	36	33	41	30	30	31	32
<i>Ffm.-Ost</i>	28	33	48	28	34	34	48	31	30	35	38
<i>Fulda</i>	28	32	43	28	35	29	36	31	32	28	31
<i>Gießen</i>	32	34	48	30	34	30	39	31	33	32	34
<i>Hanau</i>	28	30	44	29	33	29	37	28	30	32	33
<i>Kassel-Nord</i>	33	37	38	32	39	37	37	36	32	29	29
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	30	27	27
<i>Marburg</i>	31	32	43	31	35	27	32	30	28	29	30
<i>Nidda</i>	27	29	40	22	27	21	32	26	25	23	23
<i>Offenbach</i>	31	38	59	36	34	32	41	31	30	32	33
<i>Raunheim</i>	30	35	51	29	34	32	39	28	31	29	28
<i>Riedstadt</i>	25	26	38	25	32	24	34	27	29	25	26
<i>Viernheim</i>	29	29	50	29	37	31	36	25	27	27	29
<i>Wetzlar</i>	35	40	53	33	35	34	36	29	30	32	35
<i>Wiesbaden-Süd</i>	32	38	52	31	36	35	39	30	32	33	35

Globaler Klimawandel und Agrarsektor

Empirische Analyse und wirtschaftspolitische Implikationen für die Bundesrepublik Deutschland. Von Günter Lang, Band 80 der Reihe „Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung“, XV und 271 Seiten, kartoniert, 128,00 DM, Mohr Siebeck, Tübingen, 1999.

Ausgehend von den Prognosen der Naturwissenschaft über anthropogene Klimaveränderungen untersucht die vorliegende Arbeit deren voraussichtliche ökonomische Auswirkungen auf die westdeutsche Landwirtschaft. Unter Einbeziehung der einschlägigen Literatur wird im einzelnen untersucht, welches theoretische Instrumentarium zur Bestimmung des Einflusses der Witterungsbedingungen auf die Agrarproduktion herangezogen werden kann, welchen quantitativen und qualitativen Einfluß Änderungen von klimatischen Faktoren wie Niederschlag und Temperatur auf Bodenpreise und Gewinnsituation in verschiedenen Anbausystemen ausüben und wie sich damit die Produktions- und Einkommensverteilung in der Landwirtschaft ändern könnte. Auf der Grundlage meteorologischer Daten des Deutschen Wetterdienstes, von teilweise aggregierten Daten des Testbetriebsnetzes des BML sowie eines von der Princeton University entwickelten Klimamodells (GFDL-Modell) werden anhand zweier ökonomischer Ansätze (agroklimatisches Technologie-Modell und hedonischer Ansatz) die Auswirkungen der unterstellten Klimaveränderungen für 41 Regionen Westdeutschlands geschätzt. Das agroklimatische Modell prognostiziert gegenüber dem Ausgangszustand bei einer CO₂-Verdoppelung in der Atmosphäre einen Temperaturanstieg von 1,9 °C für das Gebiet Deutschlands. Parallel dazu ist mit einer 10%igen Niederschlagssteigerung zu rechnen. Zu den wichtigsten Ergebnissen der Untersuchung zählt, daß die Agrarproduktion in Westdeutschland von den angenommenen Klimaänderungen regional und nach Betriebssystemen sehr unterschiedlich betroffen wäre, sie aber insgesamt vermutlich nicht zu den großen Verlierern zählen dürfte. Nach dem agroklimatischen Ansatz dürfte es bei der angenommenen Klimaerwärmung zu einer deutlichen Entspannung bei der Einkommenssituation der deutschen Landwirte kommen. Zu den Gewinnern zählen danach vor allem Regionen, deren klimatisches Profil schon derzeit günstig ist, wie z. B. das Rheintal. Die mit Abstand größten Nutznießer sind dabei Gemüse und Dauerkulturen. Durch die Verbesserung der Produktionsbedingungen dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Landwirtschaft verbessert werden. Nicht ganz so günstige Ergebnisse zeigt das ebenfalls durchgerechnete hedonische Modell. Hinsichtlich der umweltpolitischen Konsequenzen sind, wie der Verfasser betont, allerdings weitere Überlegungen einzubeziehen. Dazu gehört die Bewertung und Veranschlagung des zu erwartenden Schadens in den Nicht-Agrarsektoren durch die Klimaerwärmung bei vermehrtem CO₂-Ausstoß. 6890

Manege frei für Acrobat 3.0

Das offizielle Lehrbuch vom Adobe Team für Mac & Windows. 1 CD-ROM beigelegt. Herausgegeben vom Adobe Team, deutsche Ausgabe bearbeitet vom Lisardo Verlag, VII und 328 Seiten, gebunden, 79,80 DM, Lisardo Verlag, Augsburg, 1998.

Adobe Acrobat ist ein Programm, mit dem elektronische und gedruckte Dokumente im PDF-Format erzeugt und modifiziert werden können. Dabei bleiben Aussehen und Gestaltung der Originale, auch plattformunabhängig, erhalten. Außerdem können interaktive Elemente wie Hyperlinks, Video- und Audioclips, Formularfelder und Buttons in das Dokument integriert werden. Ferner kann eine durchsuchbare Bibliothek erstellt werden und die Dateien können für die Weitergabe mit Sicherheitsmechanismen ausgestattet werden. Das Buch „Manege frei für Acrobat“ besteht aus mehreren in sich ge-

schlossenen Lektionen, von denen sich jede mit einer Gruppe von Funktionen beschäftigt. Außerdem sind noch drei Projekte enthalten, die ausführlich beschreiben, wie umfangreichere elektronische Publikationen zusammengestellt werden (Projekt A: Eine Online-Version eines Buches erzeugen; Projekt B: Multimedia-Projekt; Projekt C: Dokumente weitergeben und verteilen). Die Beschreibung der Funktionen ist sehr detailliert und orientiert sich an Beispielen bzw. Übungsdateien. Diese befinden sich auf der zum Buch gehörenden CD-ROM. Im einzelnen behandelt das Buch das Navigieren in PDF-Dokumenten, das Erzeugen und die Verwendung von Verknüpfungen, die Erzeugung von PDF-Dokumenten, das Elektronische Publizieren mit Adobe Acrobat sowie die Navigationsstrukturen. Ferner wird ausführlich auf die Modifikation von PDF-Dokumenten, Verwendung von Movie- und Sounddateien sowie von Schaltflächen eingegangen. Weitere Themen sind die Erstellung von Online-Formularen und die Generierung eines Indexes. Die vorliegende Ausgabe ist zwar für die Version 3.0 erstellt worden, läßt sich aber ohne weiteres auf die kürzlich erschienene Version 4.0 übertragen. 6860

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Sozialgesetzbuch - Haushalts- und Rechnungswesen

Bearbeitet von B. Senkel und M. Lipphaus, 6. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 34. Erg.-Lfg. vom April 1999, 576 Seiten) 155,00 DM; Fachverlag C. W. Haarfeld, Essen, 1999. 2473/24

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JUNI 1999

(K - mit Kreisergebnissen, G - mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte	
Schwangerschaftsabbrüche in Hessen 1998	3,50 DM
Die Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise Hessens am 31. Dezember 1998 nach Alter und Geschlecht (K)	8,50 DM
Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 1998/99 (K)	7,00 DM
Auszubildende und Prüfungen in Hessen 1998	7,00 DM
Schlachtungen in Hessen im April 1999	1,50 DM
Gewerbeanzeigen in Hessen im 1. Vierteljahr 1999 (K)	3,50 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im März 1999	1,50 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im April 1999 (K)	3,50 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im April 1999	5,00 DM
Erteilte Baugenehmigungen in Hessen im Jahr 1998 (K)	3,50 DM
Baugenehmigungen in Hessen im April 1999	1,50 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im	
— Gastgewerbe in Hessen im März 1999	3,50 DM
— Großhandel in Hessen im März 1999	1,50 DM
— Einzelhandel im März 1999	3,50 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Januar 1999	3,50 DM
Die Ausfuhr Hessens im Januar 1999	3,50 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im April 1999 (G)	7,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im April 1999 (K)	1,50 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im März 1999	3,50 DM
Die Kriegsofferfürsorge in Hessen im Jahr 1998 (K)	3,50 DM
Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Mai 1999	3,50 DM
Personalkosten im Produzierenden Gewerbe sowie in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996 (EG-Arbeitskostenerhebung)	8,50 DM
Verzeichnisse	
Verzeichnis der beruflichen Schulen in Hessen, Ausgabe 1999	12,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden

BUCHBESPRECHUNGEN

Lokale Kommunikation

Politikberichterstattung in Tageszeitungen. Von K. Neller, aus der Reihe „DUV Sozialwissenschaft“, XIV und 136 Seiten, kartoniert, 38,00 DM, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden, 1999.

Eine wichtige Informationsquelle zum Geschehen auf kommunaler Ebene ist die lokale Tageszeitung. Die Inhalte der lokalen Presseberichterstattung werden in der Forschung ganz unterschiedlich bewertet. Einerseits werfen Kommunikationswissenschaftler den Lokalmedien meist „Hofberichterstattung“ und „Verlautbarungsjournalismus“ vor, andererseits unterstellen Politikwissenschaftler den Medien „Negativismus“, der als eine Ursache für Politikverdrossenheit gesehen wird. Am Beispiel der beiden Stuttgarter Lokalzeitungen (Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten) geht die Autorin der Frage nach, in welche der aufgezeigten Richtungen die lokale Politikberichterstattung tendiert. Auf der Basis einer inhaltsanalytischen Untersuchung wurden folgende Resultate ermittelt. Die lokale Politikberichterstattung der untersuchten Stuttgarter Lokalzeitungen ist tendenziell neutral und wird von der kommunalpolitischen Entscheidungselite dominiert. Diesbezüglich kommt die Autorin zum Fazit „Hofberichterstattung“, da die Berichterstattung beider Lokalzeitungen die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat widerspiegelt und zudem Parteien, die nicht im Gemeinderat vertreten sind, in der Berichterstattung ebenso unterrepräsentiert sind wie Bürgerinitiativen. Der Lokalberichterstattung kann eine integrative Funktion zugeschrieben werden.

6896

Ortsverzeichnis Gerichte und Finanzbehörden

Mit 1 CD-ROM im Buch, 15. Auflage, VIII und 636 Seiten, kartoniert, 98,00 DM, Deutscher Anwaltverlag, Bonn, 1999.

Die Neuauflage des Ortsverzeichnisses enthält erstmals eine CD-ROM. Dort wurden mehr als 2000 Gerichte und Finanzbehörden für mehr als 4000 eingemeindete Orte aufgeführt. Die CD-ROM bietet einen schnellen Zugriff auf alle Gerichtsadressen. 120 Anfahrtskizzen zu allen Landgerichten und den am gleichen Ort ansässigen Amts- und Oberlandesgerichten erleichtern, zumal sie ausgedruckt werden können, die Anfahrt. Aus Anlaß der neuen Insolvenzordnung (InsO) zum 1. Januar 1999 wurden auch sämtliche Insolvenzgerichte mit ihren örtlichen Zuständigkeiten aufgeführt. Wie bereits früher enthält die Ausgabe wieder die Finanzamtszuständigkeiten und -adressen. Dies erleichtert die ordnungsgemäße Angabe des Drittschuldners bei der Pfändung von Lohnsteuerjahresausgleichen. Außerdem wurde eine Vielzahl von Gesetzesänderungen berücksichtigt. Insgesamt sind folgende vier Hauptabschnitte enthalten: Zuständigkeiten, Gerichte, Staatsanwaltschaften und Finanzämter.

6909

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 83. Band (1999); Heft 2, 94 Seiten, kartoniert; Einzelheft 48,00 DM, Jahresband (4 Hefte) 136,00 DM; Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1999.

Das Heft enthält u.a. folgende Beiträge: Measuring multidimensional concentration: A geometric approach (G. Koshevoy u. K. Mosler); Power comparison of several two-sample tests for general alternatives (H. Büning u. S. Chakraborti); Double sampling plans for attributes that minimize the ASN maximum (W. Krumbholz, R. Lassahn u. H. Sevcikova); A note on the robustness of the generalized least squares estimator in linear regression (B. Arnold u. P. Stahlecker); Ordnungserhaltende positive Varianzschätzer bei gepaarten Messungen ohne Wiederholungen (J. Hartung); Steuerstatistische Einzeldaten und ihre Auswertungsmöglichkeiten für die Wissenschaft (M. Zwick).

4659/74

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Hessisches Beamtengesetz

Kommentar von Dr. J. Crisolti, M. Schwarz und J. Gerke; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 320. Erg.-Lfg. vom Mai 1999, in 3 Kunstlederordnern mit rd. 2600 Seiten) 70,00 DM; Hermann-Luchterhand-Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin-Spandau, 1999.

2294/49

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT)

(Bund, Länder und Gemeinden). Kommentar, bearbeitet von A. Breier, Dr. K.-H. Kiefer, H. Hoffmann und Dr. K.-P. Pühler, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 150. Erg.-Lfg. vom März 1999, 5358 Seiten, in 4 Ordnern) 198,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1999.

2027/51

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JULI 1999

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte	
Geschlechtskrankheiten in Hessen 1998 (K)	3,50 DM
Die Tuberkulose in Hessen im Jahr 1998 (K)	3,50 DM
Wanderungsströme in Hessen 1998 nach kreisfreien Städten und Gemeinden	
— Teil 1: Regierungsbezirk Darmstadt	22,00 DM
— Teil 2: Regierungsbezirke Gießen und Kassel	22,00 DM
Einbürgerungen in Hessen im Jahr 1998	3,50 DM
Der Lehramtsnachwuchs für das Lehramt an allgemeinbildenden und an beruflichen Schulen in Hessen 1999, Stand: 15. Mai 1999	3,50 DM
Die beruflichen Schulen in Hessen 1998 (K)	
— Teil 1: Berufsschulen, Stand: 9. November 1998	8,50 DM
— Teil 2: Berufsfach-, Fach-, Fachoberschulen, berufliche Gymnasien und Berufsaufbauschulen	8,50 DM
Schlachtungen in Hessen im Mai 1999	1,50 DM
Die Bodennutzung in Hessen 1999	
— Vorläufiges Ergebnis	1,50 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 1. Vierteljahr 1999 (K)	3,50 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im April 1999	1,50 DM
Verarbeitendes Gewerbe in Hessen 1998	
Endgültige Ergebnisse der Monatsberichterstattung	8,50 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 1999 (K)	3,50 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 1999 (K)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Mai 1999	1,50 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Jahr 1998 (K)	3,50 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im	
— Gastgewerbe in Hessen im April 1999	3,50 DM
— Großhandel in Hessen im April 1999	1,50 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Mai 1999 (K)	7,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im März/April 1999 (K)	je 3,50 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Mai 1999 (K)	1,50 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im April 1999	3,50 DM
Die Gemeindefinanzen in Hessen im 1. Vierteljahr 1999 (G)	8,50 DM
Die Einkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in den hessischen Gemeinden im Jahr 1995	12,00 DM
Meßzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Juni/Juli 1999	je 7,00 DM
Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Hessen im Jahr 1998	3,50 DM
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik, Ausgabe I/1999	4,50 DM
Beiträge zur Statistik Hessens	
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1995	20,00 DM
Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1997 und 1998	12,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden